

natürlich BUNT

Das politische Spektrum
der ökologischen Landwirtschaft



Dokumentationsband der 20. Witzenhäuser Konferenz
04. – 08. Dezember 2012



natürlich BUNT

Das politische Spektrum
der ökologischen Landwirtschaft



Dokumentationsband der 20. Witzenhäuser Konferenz
04.-08. Dezember 2012

Impressum

Redaktion: Maren Elsner, Elisabeth Karpe

Layout: Daisy Kratz, Elisabeth Karpe

Betreuung: Dr. Andrea Fink-Kessler, Dr. Karin Jürgens,
Holger Mittelstraß

Fotos der Konferenz: Johannes Läubin

Herausgeberin: Projektgruppe Natürlich Bunt
Maren Elsner, Tina Fibinger, Lisa Frank, Daisy Kratz,
Elisabeth Karpe, Yvonne Kohnen, Pia Parvati Prange

ISBN print: 978-3-86219-470-4

ISBN online: 978-3-86219-471-1

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:002-34711>

2013, kassel university press GmbH, Kassel

www.upress.uni-kassel.de

Druck und Verarbeitung: docupoint GmbH, Barleben

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 4 |
| Wie politisch sind die Ökoverbände? | 8 |
| Entstehung der ökologischen Landwirtschaft | 13 |
| Wie konnte die Idee vom ökologischen Landbau auf der Erde Fuß fassen? | 17 |
| Über die Etablierung der ökologischen Landwirtschaft in der Gesellschaft | 20 |
| Politische Aspekte im Werk Rudolf Steiners | 25 |
| Exkursion zur Burg Ludwigstein | 31 |
| Schweizer Bauernheimatbewegung: Das Ehepaar Müller | 36 |
| Führung durch die ehemalige Kolonialschule Witzenhausen | 42 |
| Aktuelle Agrarpolitik der EU | 48 |
| Agrarpolitik für den ökologischen Landbau - was kann ein Bundesland tun? | 55 |
| Die Agrarpolitik und die ökologische Landwirtschaft | 60 |
| Grundsatzprogramme der Parteien zur ökologischen Landwirtschaft | 64 |
| Ökologische Landwirtschaft im sozialistischen Kuba | 70 |
| Auswirkungen der GAP-Reform auf die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft | 76 |
| Landwirtschaftlicher Tierschutz und Politik | 80 |
| Umweltbewegungen und politische Entscheidungen | 86 |
| Gefahr von Rechts - Braune in der Ökologiebewegung | 93 |
| Exkursion zur Kommune Niederkaufungen | 98 |
| Erfahrungsbericht eines (Bauern- und Umwelt-) Aktiven | 102 |
| Witzenhausen - eine (R)evolution von unten | 107 |
| Braune in der ökologischen Landwirtschaft | 110 |
| Welche Ideale hat die ökologische Landwirtschaft heute? | 114 |
| Danke! | 127 |
| Evaluation | 128 |

Vorwort

„Natürlich Bunt - Das politische Spektrum der ökologischen Landwirtschaft“ - unter diesem Titel fand die 20. Witzenhäuser Konferenz an der Universität Kassel/Witzenhausen statt.

Am ersten Tag der Konferenz erläuterte ein geschichtlicher Abriss die historischen Zusammenhänge der Öko-Bewegung in der Lebensreformbewegung, der Anthroposophie und der Schweizer Bauernbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit besonderem Augenmerk auf ihre politischen Ausprägungen. Dieser Einblick in die Entwicklung des Ökolandbaus diente als Grundgerüst für die darauf folgenden Tage.

Am zweiten Tag stand der parlamentarische Einfluss auf den Ökolandbau im Vordergrund. Die aktuelle Agrarpolitik wurde auf EU-, Bundes- und Landesebene betrachtet. Ganz im Rahmen von außerparlamentarischen Initiativen stand der dritte Tag. Es wurde der Einfluss von Umweltbewegungen auf politische Entscheidungen an Hand von einigen Organisationen und deren Prozessen exemplarisch verdeutlicht. Des Weiteren wurde das Thema Rechte in der Ökologiebewegung behandelt.

Ihren Abschluss fand die Konferenz mit einer Podiumsdiskussion. Zusammen mit Landwirt_innen, Wissenschaftler_innen und Verbandsmitgliedern wurde diskutiert, welche Ideale die ökologische Landwirtschaft heute hat.

In Form von Vorträgen, Workshops und Exkursionen schuf die viertägige Konferenz Raum für Diskussionen und den Austausch zum Thema. Unser Ziel war es, einen Überblick über das politische Spektrum der ökologischen Landwirtschaft zu geben, Handlungsoptionen aufzuweisen und einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Das kulturelle Rahmenprogramm, bestehend aus Konzerten, Kino und Café, sorgte für eine angenehme Atmosphäre und machte die Konferenz zu mehr als nur einer Tagung.

Zu guter Letzt bleibt es uns nur noch, uns zu bedanken. Ein ganz besonderer Dank geht an MSc. Holger Mittelstraß, Dr. Andrea Fink-Keßler und Dr. Karin Jürgens, die uns während Organisations-, Durchführungs- und Nachbereitungszeit stets mit Rat und Tat zur Seite standen. Des Weiteren möchten wir uns bei den Geld- und Lebensmittelspendern sowie den zahlreichen Helfer_innen bedanken, ohne die es uns nicht möglich gewesen wäre, die Konferenz in dem Ausmaß zu organisieren. Und natürlich möchten wir uns auch bei den Referent_innen, Workshopleiter_innen und Teilnehmer_innen bedanken, die die Konferenz durch ihre Vorträge, Anmerkungen und Diskussionen mit gestaltet und lebendig gemacht haben.

Der Dokumentationsband fasst die Beiträge und die wichtigsten Informationen zusammen und soll auch die Stimmung der 20. Witzenhäuser ein wenig widerspiegeln. Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Das Konferenzteam



Das Team der 20. Witzenhäuser Konferenz:

Hintere Reihe: Daisy Kratz, Lisa Frank, Yvonne Kohnen

Mittlere Reihe: Pia Parvati Prange, Tina Fibinger, Elisabeth Karpe

Vorne: Maren Elsner

Programm der Konferenz

| Zeit | Dienstag 04.12. | |
|-------------|---|--|
| | EINFÜHRUNG | |
| Ab 19:00 | <i>Vortrag</i> Wie politisch sind die Öko-Verbände? Dr. Alexander Gerber, BÖLW > anschließend Sektempfang & Kulturprogramm | |
| Zeit | Mittwoch 05.12. | Donnerstag 06.12. |
| | GESCHICHTE | POLITIK |
| 8:00 | ANMELDUNG | |
| 9:00-10:30 | <i>Begrüßung</i> <i>Vortrag</i> Entstehung der ökologischen Landwirtschaft Gunter Vogt | <i>Vortrag 9:00-10:00</i> Aktuelle Agrarpolitik der EU Ulrich Jasper, AbL e.V. |
| | KAFFEEPAUSE | |
| 11:00-12:30 | <i>Vortrag</i> Wie konnte die Idee vom ökologischen Landbau auf der Erde Fuß fassen? Gyso von Bonin, Demeter-Landwirt Über die Etablierung der ökologischen Landwirtschaft in der Gesellschaft Heinz-Josef Thuncke, Vorsitzender Bioland NRW; | <i>Vortrag 10:30-11:30</i> Agrarpolitik für den ökologischen Landbau - was kann ein Bundesland tun? Thomas Zebunke, MUELV Hessen <i>Vortrag 11:30-12:30</i> Die Agrarpolitik und die ökologische Landwirtschaft: Prof. Dr. Jürgen Heß, Uni Kassel-Witzenhausen |
| | MITTAGSPAUSE | |
| 14:00-14:30 | > Vorstellung der Workshops | |
| 14:30-17:30 | <i>Workshops</i> > Politische Aspekte im Werk Rudolf Steiners Michael Olbrich-Majer, Demeter e.V. > Jugendbewegung & völkische Siedlungsprojekte (Exkursion zur Burg Ludwigstein) Dr. Susanne Rappe-Weber, Archiv der deutschen Jugendbewegung > Schweizer Bauernheimatbewegung: Das Ehepaar Müller Werner Scheidegger, Mitbegründer Biofarm Genossenschaft & Bio Suisse > Agrargeschichte vor Ort: Führung durch die ehemalige Kolonialschule Witzenhausen Prof. Dr. Werner Troßbach, Uni Kassel-Witzenhausen | <i>Workshops</i> > Grundsatzprogramme der Parteien zur ökologischen Landwirtschaft Tina Fibinger u. Pia Parvati Prange, Uni Kassel-Witzenhausen > Ökologische Landwirtschaft im sozialistischen Kuba Dr. Christian Schüler, Uni Kassel-Witzenhausen > GAP-Reform 2013 und ihre Auswirkungen für die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft Henrik Maaß, jAbL > Landwirtschaftlicher Tierschutz und Politik Siegfried Jäckle, Forum Pro Schwarzwaldbauern e.V. |
| | ABENDPROGRAMM | |
| ab 20:00 | Kino: Was weg is, is weg | |

| Zeit | Freitag 07.12. | Samstag 08.12. |
|-------------|---|--|
| | AUSSERPARLAMENTARISCHE INITIATIVEN | Abschluss & Ausblick |
| 8:00 | ANMELDUNG | |
| 9:00-10:30 | <i>Vortrag</i> Umweltbewegungen und politische Entscheidungen Martin Hofstetter, Greenpeace e.V. | <i>Podiumsdiskussion</i> POLITIK & LANDWIRTSCHAFT- welche Ideale hat die ökologische Landwirtschaft heute? |
| | KAFFEEPAUSE | Moderatorin: Dr. Birgit Wilhelm, WWF Diskussionsteilnehmer_innen: Phillip Brändle, jAbL Prof. Dr. Anna Maria Häring, Hochschule Ebers- walde Josef Jacobi, Upländer Bauernmolkerei Hans-Jürgen Müller, Bioland-Landwirt und Spre- cher der VÖL Hessen Dr. Jörn Sanders, vTI Braunschweig |
| 11:00-12:30 | <i>Vortrag</i> Gefahr von Rechts - Braune in der Ökologiebewegung Johannes Melchert, Uni Göttingen | |
| | MITTAGSPAUSE | ABSCHLUSSESSEN |
| 14:00-14:30 | > Vorstellung der Workshops | |
| 14:30-17:30 | <i>Workshops</i> > Links und Umwelt bewegt (Exkursion zur Kommune Niederkaufungen) > Erfahrungsbericht eines (Bauern- und Umwelt-) Aktiven Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer AbLe.V. > Witzenhausen - eine (R)evolution von unten Holger Mittelstraß & ehemalige Studierende der Uni Kassel-Witzenhausen > Braune in der ökologischen Landwirtschaft Johannes Melchert, Uni Göttingen | |
| | ABENDPROGRAMM | |
| ab 20:30 | Konzert: Octopus Prime | |

Wie politisch sind die Ökoverbände?

Vortrag von Dr. Alexander Gerber

Was heißt politisch? Eine allgemeine Definition besagt: „Politik sind alle Interaktionen, die die Verteilung materieller und immaterieller Güter durch den Staat betreffen“. Es geht also um staatliches Handeln, um die Organisation unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Interessant ist, dass es auch um die Verteilung immaterieller Güter geht. Dafür bedarf es aber bestimmter Wertvorstellungen, die ständig weiterentwickelt werden müssen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um das Thema Agro-Gentechnik.

Müssen die Ökolandbau-Verbände überhaupt politisch sein? Was sind ihre Aufgaben? Sie beraten und informieren die Landwirte, sie pflegen das Warenzeichen und verbessern die Vermarktungschancen für ihre Mitglieder. Für den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Mitglieder spielen die politischen Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle. Daher müssen die Ökoverbände auch als Lobbyverbände agieren und für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen. Im Wesentlichen geht es darum, dass man möglichst zu geringen Kosten produzieren kann, d.h. dass die Soziallasten, die die Unternehmen zu tragen haben, möglichst gering sind, dass es wenige Auflagen gibt, die die Produktion verteuern und dass rechtliche Restriktionen, die zu einem hohen Verwaltungsaufwand führen, möglichst klein sind. Es geht also letztlich darum, Gesetze und Verordnungen sowie Förder- und Anreizprogramme im eigenen Sinne zu beeinflussen. Unter Umständen steht man damit in der Auseinandersetzung mit anderen Interessensgruppen. Besonders Biobetriebe stehen jedoch im Spannungsfeld zwischen der ökonomischen Tragfähigkeit und dem umfassenden Anspruch der Unternehmer und Kunden im Sinne der Nachhaltigkeit: umwelt- und tiergerecht zu fairen Preisen und Löhnen Qualitätsprodukte zu erzeugen. Das wirft einen neuen Blick auf die politische Lobbyarbeit der Ökoverbände. Denn anders als sonstige Wirtschaftsverbände setzen wir uns nicht für ein möglichst lockeres, sondern für ein möglichst scharfes Ordnungsrecht ein. Konkret: in der Regel für eine inhaltliche Verschärfung der Öko-Verordnungen.

Damit ist schon eine Teilantwort auf die Frage gegeben, was wir in den letzten Jahren politisch erreicht haben. Wenn man sich die Veränderungen der EU-Ökoverordnung anschaut, kann man in fast allen Bereichen feststellen, dass die Vorgaben strenger geworden sind. Streng im Sinne, dass Regelungen, die nicht zu Bio passen, abgeschafft wurden. Z.B. ist jetzt die 100 %-ige Bio-Fütterung vorgeschrieben, die Liste erlaubter konventioneller Zutaten wurde stark gekürzt oder es gibt Vorschriften für die Aquakultur.

Im Prinzip geht es darum, das, was wir unter Bio verstehen, auch in den gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln. Wir wollen eine Glaubwürdigkeit erreichen, die uns am Markt in die Lage versetzt, die höheren Preise durchzusetzen, die wir zurzeit leider noch brauchen. Das ist aber nur deshalb so, weil wir aktuell die gesellschaftlichen Kosten, die der konventionelle Landbau verursacht, externalisieren. Sie spiegeln sich also nicht im Produktpreis wider, sondern sie werden vom Verbraucher an anderer Stelle bezahlt, beispielsweise, wenn die Wasserwerke die Pestizide wieder aus dem Trinkwasser herausholen müssen. Es gibt Studien, die zeigen das Öko-Produkte sogar billiger im Vergleich zu konventionellen werden, wenn externalisierte Kosten internalisiert

werden. Ein politisches Ziel ist es daher, die gesellschaftlichen Kosten, die die Wirtschaft verursacht, den jeweiligen Produktpreisen zuzuordnen.

Auf eine zweite Ebene begeben wir uns mit einem weiter gefassten Politikbegriff, der besagt, dass jedes Handeln, das Einfluss auf das Leben einzelner oder von Gruppen hat, politisches Handeln ist. Das bedeutet, dass jedes wirtschaftliche Handeln auch politisches Handeln ist. Für Bioverbände ist deshalb das Wirtschaften mehr als der Selbstzweck, mit investiertem Kapital einen möglichst hohen „shareholder-value“ zu erzielen. Eigentlich ist sogar das Gegenteil der Fall. Denn der Gewinn ist kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung dafür, dass für Mensch und Natur sinnvoll gewirtschaftet werden kann. Wir versuchen daher, Wirtschaftsbeziehungen auch aus einer politischen Perspektive heraus sinnvoll zu gestalten. Beispielsweise versuchen wir, die Handelswege in der Wertschöpfungskette so zu gestalten, dass an jeder Stelle das Einkommen erzielt wird, das notwendig ist, um qualitativ hochwertige Arbeit machen und davon leben zu können. Dabei werden neben den Menschen auch die natürlichen Ressourcen und das Wohl der Tiere berücksichtigt. Es geht hier um politisches Handeln, das Verantwortung für das eigene wirtschaftliche Tun übernimmt.

Schließlich die dritte Ebene: Ökoverbände sind keine reinen Lobbyverbände, sie sind auch Umweltverbände. Das wird deutlich, wenn man auf ihre Entstehung blickt. Zu Grunde lag nicht die gute Geschäftsidee eines Landwirtes, sondern die Sorge, dass die Art und Weise des gängigen Wirtschaftens nicht zukunftsfähig ist, sowie den Tieren, dem Boden und der Umwelt schadet. Aus einer Verantwortung der Schöpfung gegenüber wurde eine andere Art des Wirtschaftens entwickelt und erst danach wurde überlegt, wie man diese wirtschaftlich betreiben kann. Es entstand also ein typischer Angebotsmarkt. Die Öko-Bewegung wurde zu einem Teil der Umweltbewegung und es ging den Bioverbänden stets auch um gesellschaftliche Veränderung. Wie notwendig diese Veränderung ist, haben 2009 führende Geowissenschaftler in einer Studie dargestellt, in der sie die Belastungsgrenzen der Erde ermittelt haben, die nicht überschritten werden



Dr. Alexander Gerber

Jg. 1966, studierte nach einer landwirtschaftlichen Lehre auf einem biologisch-dynamisch bewirtschafteten Hof von 1989 bis 1994 Agrarwissenschaften an der Uni Hohenheim.

Dort arbeitete er anschließend am Fachgebiet für Landwirtschaftliche Kommunikations- und Beratungslehre als wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Von 1998 bis 2002 war er Geschäftsführer des transdisziplinären Forschungsprojektes „Modellvorhaben Kulturlandschaft Hohenlohe“.

2002/2003 war er Koordinator für Ökologischen Landbau und Verbraucherschutz an der Uni Hohenheim.

Seit Sept. 2003 ist er Geschäftsführer des Bundes Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW).

dürfen, wenn die Erde überlebensfähig sein soll. Neun der damals zehn definierten Grenzbereiche werden von der Landwirtschaft direkt beeinflusst. Bei drei Bereichen, nämlich beim Stickstoffkreislauf, der Biodiversität und dem Klimawandel, sind die definierten Grenzen bereits weit überschritten. Für alle drei Bereiche stellt der Ökolandbau einen sehr guten Lösungsansatz dar.

Noch ein anderes Beispiel: Wir haben beim Saatgut einen enormen Konzentrationsprozess. 70 % des weltweit eingesetzten Saatgutes stammt von 10 Konzernen. Diese Abhängigkeit der Bauern von diesen Konzernen verstärkt sich durch die Agro-Gentechnik weiter. Zu dem jeweiligen Saatgut gibt es ein spezifisch notwendiges Spritzmittel und passende Dünger. Damit muss der Bauer seine Souveränität aufgeben.

Auch auf agrarpolitischer Ebene gibt es Absurditäten. Der Staat zahlt den Bauern eine mehr oder weniger bedingungslose, direkte Einkommensübertragung aus den Mitteln der ersten Säule. Inzwischen macht das bei den meisten Landwirten 30-50 % des Einkommens aus. Damit wird direkt die Landwirtschaft finanziert, wie sie heute üblich ist, mit all ihren Folgen für die Umwelt und in der Tierhaltung. Mit den Mitteln der zweiten Säule, die im Volumen etwa einem Zehntel der ersten Säule entspricht, versuchen wir die Schäden, die wir mit der Stützung der Landwirtschaft über die erste Säule verursachen, zu reparieren. Für die gemeinsame Agrarpolitik brauchen wir einen Systemwechsel: Öffentliche Gelder dürfen nur noch für öffentliche Leistungen der Landwirtschaft ausgegeben werden. Mittel der ersten Säule an soziale oder ökologische Kriterien zu binden, ist ein erster Schritt auf dem Weg dahin, dass man künftig von der ersten Säule ganz wegkommen würde und Mittel aus der gemeinsamen Agrarpolitik ausschließlich an ökologische und soziale Leistungen gebunden wären, also Zahlungen, die denen der zweiten Säule entsprechen. Das wäre für den Ökolandbau wichtig, denn aus der zweiten Säule werden die nationalen Umweltprogramme und auch die Programme zum Ökolandbau finanziert.

Das sind nur drei von zahlreichen weiteren Beispielen, die deutlich machen, wie dringend erforderlich das politische Engagement und Gegensteuern auch durch die Ökoverbände ist.

Wir werden im Bereich der Ernährung eine ähnliche Entwicklung haben wie in der Frage der Atomenergie. Zunächst wurde Öko als verrückte Minderheit abgetan. Ab einer gewissen Bedeutung am Markt gab es eine herablassende Akzeptanz. Inzwischen stehen wir an einem Punkt, wo es um einen Streit zwischen zwei Systemen geht. Die heftigen Gegensätze prallen unter anderem in der Frage nach der weltweiten Ernährungssouveränität aufeinander. Wir Ökolandwirte sagen, dass nur eine kreislauforientierte Humuswirtschaft zu einer dauerhaften Stabilisierung und Ertragsfähigkeit der Böden führt und dass gerade dort, wo Hunger herrscht, bäuerliches Wissen und regionale Wirtschaftskreisläufe essentiell sind, um das Leben zu sichern. Dem gegenüber steht die Agrarindustrie, die meint, allein mit ihren Maschinen und ihrem Wissen lässt sich die weltweite Ernährungssouveränität erreichen. Dahinter stehen knallharte wirtschaftliche Interessen, denn wenn sich der Ökolandbau durchsetzen würde, könnte die Agrarindustrie nicht mehr so viel Geld verdienen. Deshalb werden wir inzwischen politisch aktiv bekämpft. Irgendwann werden wir zähneknirschend Anerkennung bekommen – genauso wie in der Energiefrage. Irgendwann wird man erkennen, dass an Humuswirtschaft, artgerechter Tierhaltung und Kreisläufen kein Weg vorbeiführt. Und irgendwann werden wir eine Bundeskanzlerin haben, die nicht die Energiewende,

sondern die Ernährungswende verkünden wird. Welches sind die Instrumente dafür? Wir brauchen eine Umlage, finanziert z.B. aus einer Stickstoff- und Pestizidabgabe, mit der nachhaltige Landbauverfahren verbilligt werden.

Zum Abschluss möchte ich noch darauf eingehen, wie wir die politische Arbeit in Deutschland organisieren.

Wir haben mehrere Verbände des ökologischen Landbaus, die sich alle als politische Verbände verstehen, wobei jeder Verband unterschiedliche Schwerpunkte vertritt. Aber im Grundsatz sind sich alle Verbände der Landwirte und Verarbeiter einig und in der politischen Arbeit herrscht keine Konkurrenz. Aus diesem Grund haben sich die Verbände zu einem gemeinsamen Dachverband zusammengeschlossen. Das ist der „Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft“ (BÖLW). Nur so kann man sich mit einer gemeinsamen Stimme der gesamten Branche für andere politische Rahmenbedingungen und eine andere Art der Land- und Lebensmittelwirtschaft einsetzen. Das erhöht den politischen Druck und die Lautstärke, was wichtig ist, denn die Politik reagiert immer dort, wo der meiste Druck ist. Außerdem haben wir durch die Vielfalt der Verbände die Möglichkeit, zu bestimmten Themen Einzelstimmen nach vorne zu stellen. Im Leitbild des BÖLW geht es darum, die ökologische Lebensmittelwirtschaft zu einer gesellschaftlichen Kraft werden zu lassen, die dazu beiträgt, die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten zu sichern. Wir können mit Stolz sagen, dass es uns mit unseren Mitstreitern gelungen ist, bis heute die Gentechnik von deutschen Äckern fern zu halten. Unser Hauptaugenmerk liegt zurzeit auf der EU-Ökoverordnung, die für den Biosektor von ganz eminenter Bedeutung ist.

Ich hoffe, dass ich einen Überblick geben konnte über das politische Selbstverständnis der Bioverbände, dass ich aufzeigen konnte, warum die politische Arbeit so wichtig ist. Die ökologische Lebensmittelwirtschaft ist nicht nur eine Form des Wirtschaftens und des Geldverdienens, sondern letztlich eine gesellschaftliche Bewegung, der es darum geht, sich in die Politik und in die Gestaltung unserer Gesellschaft einzumischen.

Vortrag textlich bearbeitet durch E. Karpe

Diskussion

Teilnehmer: Wie viel Wert legt der Bund ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) auf die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, wie dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) oder der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL), die nicht ökologisch sind?

Dr. Gerber: Der BÖLW legt großen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, ob ökologisch oder nicht. Beispielsweise der runde Tisch gegen Gentechnik, bei dem eine enge Zusammenarbeit mit Umweltverbänden, der AbL, der Kirche, den Gewerkschaften usw. stattfindet. Und die sogenannte „Plattform Agrarpolitik“, bei der es einen intensiven Austausch zwischen der AbL, dem BDM, anderen gesellschaftlichen Verbänden und den Bioverbänden gibt.

Teilnehmer: Haben intensiv wirtschaftende Biobetriebe höhere externe Kosten als extensiv wirtschaftende konventionelle Betriebe?

Dr. Gerber: Im Bezug auf Klimawirkung, Treibhausgasemission, Stickstoffüberschuss schneiden Ökobetriebe in Studien tendenziell immer besser, als die konventionellen Betriebe ab. Aber es kommt auch zu Überschneidungen, was bedeutet, der konventionelle Spitzenbetrieb ist immer besser, als der schlechte Biobetrieb und umgekehrt. Externe Kosten sind meist keine Frage von groß oder klein, sondern eine Frage des Managements. Das Anliegen von Biobetrieben ist es, durch Strukturierung und Management die externen Kosten möglichst gering zu halten. Der Grund für die derzeitigen hohen Preise von Ökoprodukten ist der, dass die externen Effekte (Belastung des Grundwassers mit Nitrat, Klimagasemission) schon im Produktpreis inbegriffen sind.

Teilnehmer: Wie bewegt sich der BÖLW (bzw. die Bioverbände generell) im Spannungsfeld zwischen Konzentrationsstrukturen durch den Handel und Interessenvertretung von Landwirten_innen?

Dr. Gerber: Alle Anbauverbände sind im BÖLW organisiert, Landwirte, die nicht Mitglied in einem Verband sind (etwa die Hälfte), sind nicht organisiert. Eine Schwierigkeit liegt im Bereich des Handels, wo von ca. 2800 Bioläden nur etwa 10 % über den BÖLW organisiert sind. Derzeit wird an einer Lösung für die Organisation der großen Filialen gearbeitet, da sie maßgeblich am Fachhandelsumsatz beteiligt sind. Des weiteren macht der konventionelle Handel aktuell 50 % des Umsatzes von Bioprodukten aus, deshalb besteht hier großes Interesse, auch den konventionellen Handel zu integrieren. Der BÖLW hat den Anspruch, 100 % der Biobranche zu repräsentieren, was derzeit noch nicht gelingt. Dennoch wird er von der Politik als die Stimme für die Biobranche wahrgenommen. Die Biobranche als solche begibt sich in ein Spannungsverhältnis, weil sie einerseits ihren inhaltlichen Ansprüchen gerecht werden muss, aber andererseits wirtschaftlich bestehen muss.

Diskussion textlich bearbeitet durch L. Frank

Entstehung der ökologischen Landwirtschaft

Vortrag von Dr. Gunter Vogt

Die Konzepte ökologischer Landbewirtschaftung entstanden in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts sowohl im deutschsprachigen als auch im angelsächsischen Raum.

Drei zentrale Einflussfaktoren bestimmten die Entwicklung des ökologischen Landbaus:

(a) Die chemisch-technische Intensivierung der Landwirtschaft befand sich in einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Krise.

(b) Die um die Jahrhundertwende entstandene biologisch ausgerichtete Landbauforschung - „landwirtschaftliche Bakteriologie“ - bot eine Alternative zur chemisch-technischen Intensivierung.

(c) Vor dem Hintergrund der Technisierung und Urbanisierung der modernen Welt setzte sich die Lebensreformbewegung für eine „naturgemäße Lebensweise“ und eine gesunde Ernährung ein.

Insgesamt lassen sich fünf verschiedene ökologische Landbausysteme (in unterschiedlichen Zeiträumen) unterscheiden, die die gemeinsamen Grundsätze ökologischer Landbewirtschaftung - eine nachhaltige Landbauweise, ein biologisches Verständnis von Bodenfruchtbarkeit, ein ganzheitliches Naturkonzept, die Erzeugung hochwertiger, gesunder Nahrungsmittel und Visionen einer „alternativen“ Lebensweise und Gesellschaft - in unterschiedlichen Konzepten umsetzten.

Natürlicher Landbau (20er und 30er Jahre)

Der natürliche Landbau strebte eine „naturgemäße Lebensweise“ an (Leben und Arbeiten in ländlicher Natur durch Siedlung; Selbstversorgung über Obst- und Gartenbau). Die vegetarische Ausrichtung der Lebensreformbewegung forderte einen viehlosen Landbau; die Landbaumethoden verknüpften die biologisch-wissenschaftlichen Konzepte zu Bodenfruchtbarkeit, Stalldüngerpflege, Düngung und Bodenbearbeitung miteinander. Schließlich galten die über Jahrtausende dauerhaften Ackerbaukulturen im Fernen Osten als Vorbild, vor allem die Rückführung kompostierter städtischer Abfälle und Fäkalien in einer „bodenproduktiven Abfallwirtschaft“.

Ewald Könemanns dreiteiliges, zu Beginn der 30er Jahre erschienenes Werk „Biologische Bodenkultur und Düngewirtschaft“ faßt die Konzepte des natürlichen Landbaus zusammen. Die 1925 von Walter Rudolph gegründete Zeitschrift „Bebauet die Erde“ gewährleistete den Zusammenhalt und die Kontinuität des ökologischen Landbausystems „natürlicher Landbau“: Sie diente dem Informationsaustausch, der Beratung über die Beantwortung von Leserbriefen und die Vermittlung von Betriebsmitteln sowie die Vermarktung von Erzeugnissen. Des weiteren bildete die Zeitschrift ein Forum für „forschende Landwirte“, die an der Schnittstelle biologisch ausgerichteter Landbauwissenschaften und Landbaupraxis arbeiteten. Die um die Jahreswende 1927/28 gegründete Organisation „Arbeitsgemeinschaft Natürlicher Landbau und Siedlung“ (ANLS) - seit 1935 „Arbeitsgemeinschaft Landreform“ - hatte nur eine untergeordnete Bedeutung. Ihre Aktivitäten umfassten lokale Vermarktungsprojekte, die Erstellung von Richtlinien und die Vergabe eines Gütesiegels sowie Ausbildungsinitiativen, wie Kurse zum ökologischen Landbau in Siedlerschulen.



Dr. Gunter Vogt

Sein Studium der Agrarwissenschaften an den Universitäten Berlin und Stuttgart-Hohenheim mit bodenkundlichem Schwerpunkt schloss Gunter Vogt mit einer bodenchemischen Diplomarbeit zum „Verhalten von Kupfer in Weinbergböden“ ab.

Am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt am Main arbeitete er anschließend an Gutachten u. a. für den Deutschen Bundestag und das Forschungsministerium mit.

Es folgte die Dissertation zur „Entstehung und Entwicklung des Ökologischen Landbaus im deutschsprachigen Raum“ an der Universität Gießen.

Nach einer IT-Weiterbildung arbeitet Gunter Vogt seit 10 Jahren im Bereich Geographische Informationssysteme als Programmierer, Datenbank-Entwickler, Berater und Projektleiter.

Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise (seit 1924)

Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise beruht auf Rudolf Steiners esoterisch-okkulten Weltanschauung der Anthroposophie; ihre vier Kernpunkte umfassen:

- (a) das anthroposophische Naturbild mit seinen ätherischen, astralen und geistigen Kräften;
- (b) den Einbezug dieser übersinnlichen Kräfte in die Landbewirtschaftung, beispielsweise durch die biologisch-dynamischen Präparate;
- (c) die Gestaltung eines Betriebes als eine lebendige Wesenheit, einen Betriebsorganismus bzw. eine Hofindividualität; sowie
- (d) den Aufbau eines „persönlichen Verhältnisses“ zum Naturgeschehen.

Noch während Rudolf Steiners Vortragsreihe „Geisteswissenschaftliche Grundlagen zum Gedeihen der Landwirtschaft“ wurde 1924 der Versuchsring anthroposophischer Landwirte gegründet. Der anfängliche interne Rundbrief wurde 1930 von der Zeitschrift „demeter - Monatsschrift für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise“ abgelöst. Beratung und Öffentlichkeitsarbeit erfolgte über 20 biologisch-dynamische Auskunftsstellen. Die Verwertungsgenossenschaft Demeter vermarktete biologisch-dynamische Erzeugnisse in den 30er Jahren unter dem Gütesiegel „demeter“. 1933 schlossen sich sämtliche biologisch-dynamischen Organisationen in dem Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise zusammen.

Obwohl weltanschauliche Differenzen bestanden und die Anthroposophische Gesellschaft 1935 verboten wurde, konnten die biologisch-dynamischen Organisationen weiterarbeiten: Um die erlangten Freiräume zu erhalten, präsentierte die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise eine biologisch-dynamische Landbaupraxis ohne deren anthroposophischen Hintergrund, nahm Elemente der „Blut-und-Boden“-Ideologie in ihre Konzepte auf und arbeitete punktuell mit den nationalsozialistischen Machthabern zusammen. In einer Aktion gegen „Geheimlehren und sogenannte Geheimwissenschaften“ wurden 1941 die biologisch-dynamischen Organisationen durch den der SS zugeordneten Sicherheitsdienst verboten, Literatur

beschlagnahmt und einige biologisch-dynamische Landwirte zeitweise inhaftiert.

Organisch-biologischer Landbau (50er und 60er Jahre)

Mit dem organisch-biologischen Landbau fasst der ökologische Landbau erstmals in der traditionellen Landwirtschaft Fuß. Die Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel und deren Absatz zu „gerechten Preisen“ bildete die Grundlage, um die vom Untergang bedrohte bäuerliche Lebenswelt (christliches Glaubensverständnis; Bewahrung der Schöpfung; Erhalt von Familientradition und Hof) zu erhalten. Die organisch-biologischen Erzeugnisse wurden gemeinsam über die Absatz- und Verwertungsgenossenschaft Heimat vermarktet: Neben dem Genossenschaftsbund Migros und dem Reformwarenunternehmen Biotta wurden Verbraucherinnen und Verbraucher direkt über einen Paketversand beliefert. Der Informationsaustausch erfolgte über die von Hans Müller geleitete Bauernheimatschule Möschberg und Regionalgruppen, sowie die seit 1946 erscheinende Zeitschrift „Kultur und Politik“.

Neben ihrer organisatorischen Arbeit in der Schweizerischen Bauernheimatbewegung arbeitete Maria Müller vorhandene Literatur des natürlichen und angelsächsischen organischen Landbaus sowie der Landbauwissenschaften auf und erprobte ökologische Landbaumaßnahmen in ihrem Garten. Sie gab ihre Erkenntnisse an die organisch-biologischen Bauernfamilien weiter, die aufbauend auf traditionellem Wissen und den gesammelten Erfahrungen im Arbeitsalltag eine eigenständige ökologische Landbaupraxis entwickelten. Zentrale Elemente der organisch-biologischen Landbaupraxis bildeten nicht bzw. flach wendende Bodenbearbeitung, Flächenkompostierung und Fruchtfolgen mit mehrjährigem Futterbau. Des Weiteren trug der Frankfurter Arzt und Mikrobiologe Hans Peter Rusch zur Entstehung des organisch-biologischen Landbaus bei: Sein Naturhaushaltskonzept - der „Kreislauf der lebendigen Substanz“ - bildete den Hintergrund des organisch-biologischen Landbaus, sein mikrobiologischer Bodentest diente als Leitschnur und Kontrolle der Landbewirtschaftung. Aus heutiger wissenschaftlicher Sicht existiert die von ihm postulierte Kategorie „lebendige Substanz“, also unzerstörbare, Erbsubstanz enthaltende „Elementarteilchen des Lebens“ nicht.

Biologischer und ökologischer Landbau (50er und 60er Jahre)

Der biologische Landbau und der heutige ökologische Landbau (der organisch-biologischen Anbauverbände) entwickelten die Ansätze des natürlichen Landbaus weiter. Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu Naturhaushalt, Bodenbewirtschaftung und Nahrungsmittelqualität wurden integriert. Daneben finden sich erstmals Innovationen aus der ökologischen Landbaupraxis (Bodenbearbeitung, Unkrautbekämpfung). Die beiden Themenbereiche umweltschonende Landbewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung lösten die Thematik „Erhalt einer bäuerlichen Tradition“ ab.

Zusammengefasst bedeutet ökologische Landbewirtschaftung eine Intensivierung und Reproduktion mit „biologischen“ und „ökologischen“ Mitteln. Die hauptsächliche Nutzung von betriebseigenen Ressourcen erlaubt, weitgehend auf externe Betriebsmittel zu verzichten. Als wesentliches Ziel strebt der ökologische Landbau die Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel für eine gesunde Ernährung an.

Vortrag textlich bearbeitet durch Dr. G. Vogt

Literatur:

Vogt, G. (2000): Entstehung und Entwicklung des ökologischen Landbaus im deutschsprachigen Raum. Bad Dürkheim, Stiftung Ökologie & Landbau, 399 S., (= Ökologische Konzepte 99)

Vogt, G. (2000a): Ökologischer Landbau im III. Reich. Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 48, 2, 161 – 180

Diskussion

Teilnehmer: Ihr Vortrag endete mit den 60er Jahren. Können Sie etwas zur weiteren Entwicklung sagen?

Dr. Vogt: Parallel zum organisch-biologischen Landbau gab es in den 50er und 60er Jahren noch den biologischen Landbau. Er war die direkte Fortsetzung der Landreform. Die Übergangsphase trennte sich von den engen Idealen der Lebensreform. Es ging vor allem um die Bewirtschaftung von Hausgärten und um die Ernährung. Aktuelle Kenntnisse von Bodenfruchtbarkeit und Lebensmittelqualität wurden ergänzt. Der Vegetarismus und vieles der Landbausiedlungen standen nicht mehr im Mittelpunkt. In den 80er und 90er Jahren wurde die Organisation professioneller und die Vermarktungsstrukturen wurden aufgebaut. Artgerechte Tierhaltung spielte auf einmal eine deutlich größere Rolle. Die Weiterentwicklungen der Landtechnik durch Herrn Kress und Herrn Weichert trieb den Ökolandbau weiter voran.

Teilnehmer: Welche sozialen Schichten haben in den Anfangsjahrzehnten diese Bewegung entwickelt und getragen ?

Dr. Vogt: In der Lebensreformbewegung waren alle Schichten vertreten: Bildungsbürgertum, Lehrerberufe, aber auch politisch eher rechtsextreme und linksextreme Personen sowie viele Heimkehrer. Ein breites Spektrum, das wegen seines Unbehagens gegenüber Industrie, Technik und großen Städten miteinander verbunden war.

Teilnehmer: Wie politisch waren diese frühen Bewegungen? Waren Sie nur politisch, weil sie anders waren und dadurch aufgefallen sind?

Dr. Vogt: In den 20er und 30er Jahren verspürte nicht nur eine kleine extreme Splittergruppe das Unbehagen gegenüber der Industrie und Technik, sondern große Teile der Bevölkerung. Letztendlich wagten aber nur wenige den Schritt zum Aussteiger. In den damaligen Zeitschriften des natürlichen Landbaus und des biologisch-dynamischen Landbaus finden sich allerdings nur wenig politische Aussagen.

Teilnehmer: Haben Sie eine Vorstellung, wie sich der ökologische Landbau in den nächsten 20 Jahren entwickelt?

Dr. Vogt: Vermutlich wird es eine Aufspaltung in hochwertigere und niederwertigere ökologische Produkte geben und die Qualitätssegmente „regional“ und „slow-food“ werden wichtiger werden.

Diskussion textlich bearbeitet durch L. Frank

Wie konnte die Idee vom ökologischen Landbau auf der Erde Fuß fassen

Vortrag von Gyso von Bonin

Unmittelbar nach den Vorträgen zum „Gedeihen der Landwirtschaft“ 1924 von Rudolf Steiner haben sich praktische Landwirte zusammen gefunden und einen Versuchsring gegründet. In Zeiten der zunehmenden Chemisierung, *„Man wird die Kartoffeln am Ende des Jahrhunderts nicht mehr essen können“* sollten die neuen Ideen zum Gedeihen der Landwirtschaft sofort ausprobiert werden.

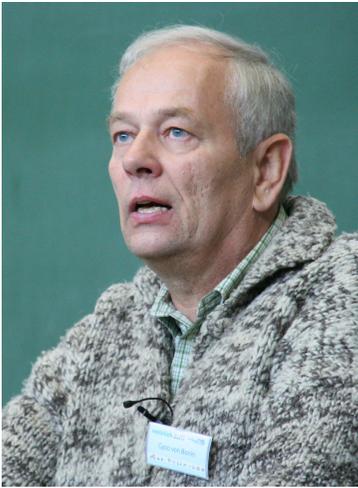
Marienhöhe

Auf der Marienhöhe entstand 1927 ein Versuchs- und Beratungsring und von dort aus entwickelte sich eine intensive Umstellungsbewegung, meist östlich der Oder. Dort begannen 14 große Güter mit der Umstellung; z.B. auch das Gut Bottschow, ca. 30 km östlich von Frankfurt. Ab 1931 wurden dort 1250 ha schrittweise umgestellt. Im Jahr 1938 gab es schon etwa 300 biologisch-dynamische Höfe, Güter und Gärtnereien.

Der Aufbau einer intensiven Kompostwirtschaft, eine Vergrößerung der Viehherde sowie der Anbau von Futterleguminosen waren die wichtigsten Maßnahmen. Dazu kam die Gestaltung der Landschaft. Um die Winderosion auf den leichten Sandböden zu verringern wurde in Bottschow die Feldflur in ca. 50 ha große Schläge eingeteilt und von 12 m breiten Hecken umgeben. Die Erträge verbesserten sich langsam, ebenso wie die Gesundheit der Haustiere. Die Wirtschaftlichkeit der durch Verschuldung seit der großen Inflation geschwächten Betriebe verbesserte sich erheblich. Es fehlte aber noch der Markt, bzw. höhere Preis für ökologische Produkte.

Die Bewirtschaftung musste 1942 durch das Verbot der Nazis aufgegeben werden. Der größte Widerstand kam in dieser Zeit von Verleumdungen der chemischen Industrie. Nach einer „Denkschrift“ von der IG Farben - die größten Hersteller der Stickstoffdünger - die an alle Gestapostellen und Ministerien gesandt wurde, stellte sich die DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft) bzw. deren Geschäftsführer Prof. Nolte vom Kalisyndikat in Thüringen mit einer diffamierenden Schrift gegen diese neue Landwirtschaft. Das Verbot durch das Regime folgte dann 1942. Das Verbot des Reichsbauernführers von Baden-Württemberg 1933 war wieder aufgehoben worden.

Außergewöhnlich war die Entwicklung auf den leichten Sandböden der Marienhöhe, dem Vorwerk von dem Rittergut Bad Saarow ca. 30 km östlich von Berlin. Es war eine große Herausforderung, auf den öden, steppenartigen Sandböden zwischen Kiefern, Birken und Kaninchen die Idee vom geschlossenen bäuerlichen Betriebsorganismus zu verwirklichen. Dieser Hof wird noch heute, allen Anfeindungen zum Trotz, seit nunmehr 85 Jahren konsequent biologisch-dynamisch bewirtschaftet und das auf Sandböden mit nur knapp 20 Bodenpunkten. Von dort aus wurden die Höfe und Güter, die im Osten umgestellt hatten, betreut und beraten. Es gab Tagungen über Kompost, Tiergesundheit, Humusaufbau und -pflege, Gründung der Marke Demeter, Ideen für ökologischen Waldbau und vieles mehr.



Gयो von Bonin

Geb. 1947 an der Schlei. Aufgewachsen mit den fünf Geschwistern auf einem Demeter-Hof in Ostholstein.

Studium der Landwirtschaft und Mathematik in Berlin. Landwirtschaftliche Lehre in Düren, staatl. geprüfter Landwirt in Rendsburg. 1975-1980 Betriebs- und Umstellungshelfer auf verschiedenen Höfen. Verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Seit 1980 Umstellung und Bewirtschaftung des Gut Körtlinghausen in Rüthen Deutschland (www.Koertlinghausen.de). Seit 1987 ehrenamtlich aktiv im Vorstand von Demeter-Nord und verschiedenen anderen Gremien.

Ab 2010 Seniorexperte für Umstellung auf Ökolandbau (www.ses-bonn.de). 2011 Einsatz in Bolivien am Rand der Anden zur Einrichtung eines Versuchsfeldes an der Berufsschule für Kleinbauern in Cochabamba.

Ebenso gab es viele Anfeindungen und Widerstände:

Schmähschriften, die Deportation des Betriebsleiters Helmut Bartsch ins KZ, die Front und die russische Besatzung machten den Landwirten Schwierigkeiten.

Die Besatzungsmacht wollte, dass Versuche in Russland durchgeführt werden. Die Arbeit scheiterte dann aber an der Weigerung von Erhard Bartsch, in die SED einzutreten.

Die Planwirtschaft im Kommunismus und Versuche der staatlichen Enteignung und Kapitalmangel nach der Wende machten den Demeter-Landwirten zu schaffen.

Aber immer wieder haben die Landwirte mit Mut, Glück und Fleiß Wege gefunden und heute ist die Marienhöhe ein vorbildlich geführter Ausbildungsbetrieb in Brandenburg. Ein Besuch und die Besichtigung dort, vor allem die Kompostpflege, die Landschaftsgestaltung und der Wald sind auf jeden Fall empfehlenswert.

Adolphshof

Der Adolphshof liegt ca. 60 km nördlich von Witzenhäusen. Er besteht bereits seit 60 Jahren.

Das ist auf jeden Fall eine Besonderheit. Nicht nur, weil der Betrieb seit 60 Jahren überlebt, sondern weil er schon 60 Jahre biologisch-dynamisch bewirtschaftet wird. Das gleicht einem Wunder, denn die Landwirtschaft hat in den letzten 60 Jahren eine rasante Entwicklung durchgemacht.

Ich habe 40 dieser Jahre miterlebt, in denen von weit über 4 Mio Höfen nur noch rund 300.000 Betriebe geblieben sind. Die Landwirtschaft ist einseitig geworden: Aus dem vielseitigen Betrieb mit Haustieren, Getreide und Hackfrüchten sind einseitige Industriebetriebe geworden. Einerseits Kuhbauern, Maisfarmer (für Biogas), Rüben-Weizenbetriebe oder Weinbetriebe, andererseits industrielle Tiermastbetriebe ohne Fläche oder gigantische Eierfabriken, die mit Landwirtschaft nichts mehr zu tun haben. Auf dem Adolphshof steht der Mensch im Mittelpunkt. Es arbeiten Menschen für Menschen. Die Menschen wollen keine Maissteppen und Tierfabriken, sondern ökologische Produkte aus der Region. Heute bietet der Adolphshof ein vielseitiges

Angebot: Dienstleistungen für Menschen, Therapien, Ausbildungen und Schülerpraktika.

Welch Freude, dass hier so viele neue Ideen ihren Platz gefunden haben und umgesetzt wurden. Der Adolphshof ist ein ökologischer und sozialer Leuchtturm in der Umgebung. Die Bäuerliche Gesellschaft und der Adolphshof gehören von Anfang an zusammen. All das ist kein Museum, sondern Wirklichkeit, in einer Zeit, in der das Hauptthema ist, wie man aus viel Geld noch mehr Geld machen kann.

Körtlinghausen

Auf meinem Betrieb ist das etwas anders: Körtlinghausen ist ein großes Waldgut am Nordrand vom Sauerland im Besitz der Familie von Fürstenberg. Seit 1980 habe ich den landwirtschaftlichen Teil, gut 200 ha, gepachtet und auf Demeter umgestellt.

Die Fruchtfolge besteht aus Roggen, zweimal Klee gras, Raps, Weizen, Grassamenvermehrung, Gerste, Hafer, Hackfrüchte, Leguminosen und Dinkel. Sie wird seit 32 Jahren beibehalten. Wir produzieren Milch, Fleisch, Getreide, Speiseöl und Kartoffeln. Der Futtermittelkreislauf ist zu 100 % geschlossen. Zur Zeit leben und arbeiten 15 Menschen auf dem Hof. Davon sind 6 Kinder. Weiter kommen viele Schüler, Praktikanten und Lehrlinge dazu.

Als ich die damals, vor 32 Jahren, 180 ha gepachtet hatte, standen alle Ampeln auf grün. Der Eigentümer, ein engagierter Forstmann und Ökologe, wollte auf seinem Betrieb eine andere Richtung und finanzierte den Bau eines Kuhstalles. Von der GLS Bank in Bochum war es damals noch möglich, fast 500.000 DM ohne Sicherheiten zu leihen. Die Familie Kanne (Kanne-Brottrunk) kaufte mein Getreide ohne jedes Zertifikat zum vollen Preis. Der Milchpreis (konventionell) lag bei 80 Pfennig pro Liter. Nachfrage gab es für alle Produkte, alles stand auf Wachstum. Es gab viele Gründungen von Erzeugergemeinschaften. Dazu setzte ein Strom von jungen Menschen ein, die sich im ökologischen Landbau engagieren wollten. Inzwischen haben mehr als 70 junge Menschen ihre Ausbildung auf meinem Betrieb gemacht.

Es gab damals fast nur Demeter und nicht wie heute viele verschiedene Ökoverbände. Bioland steckte noch in den Kinderschuhen. Aber es gab auch Hindernisse:

Ein unglaublicher Schub an Bürokratie setzte ein: Ökokontrollstellen, die Milchquotenregelung, BSE, Kälberregistrierung, übermächtige Veterinärämter, Mindestgrößen von Ausbildungsbetrieben.

Das größte Hindernis für die Ausbreitung des ökologischen Landbaus war und ist der unglaubliche Schub in die lebensfeindliche Landnutzung, die sich durch den Einsatz von Glyphosat, die Industrialisierung der Landwirtschaft und der Form der Tierhaltung kennzeichnet. Der Kern unserer Landwirtschaft ist die bäuerliche Landwirtschaft. Das Denken in geschlossenen Systemen wie ein geschlossener Futterkreislauf, Kompostwirtschaft und eine gute Fruchtfolge sind dabei ausschlaggebend.

„Alles was in eine Betriebsindividualität von außen eindringt, ist wie Medizin für einen kranken Organismus.“ Darum bleiben wir auf dem Lande und kämpfen täglich!

Vortrag textlich bearbeitet durch G. v. Bonin

Über die Etablierung der ökologischen Landwirtschaft in der Gesellschaft

Vortrag von Harald Gabriel

Bioland

Bioland gibt es bereits seit 40 Jahren. Als eine starke Gemeinschaft mit 5600 Betrieben und 1000 Partnern verstehen wir uns weder als Firma noch als Warenzeichennutzer, sondern als Wertegemeinschaft des Ökolandbaus, deren Gründungsimpuls sehr politisch war. In der Schweiz waren die Bauern in den 50er und 60er Jahren stark von der Agrarindustrie abhängig. Es ging darum, diese durch ökologische Kreisläufe selbstständiger und unabhängiger zu machen. Auch heute noch spiegeln unsere Richtlinien die Gründungsideale wider. So beginnen sie mit dem Zitat eines Gründungsvaters:

*„Keine naturwidrige Handlung bleibt ohne Folgen.
Kein natürliches Prinzip kann man unbestraft verletzen,
keine natürliche Ordnung beseitigen ohne Gefahr für sich selbst.
Die Einordnung des Menschen in die Ordnungen der Schöpfung
ist eine unabdingbare Voraussetzung für sein Leben.“*

Dr. H. P. Rusch

Gerade heute dreht sich alles um Richtlinien, Qualitätssicherung und Marketing. Dazu ist es wichtig zu verstehen, was ökologische Kreisläufe bedeuten. Wir als lebendige Wesen sind dafür verantwortlich, diese Kreisläufe zu erhalten. Nur dann ist richtiger Ökolandbau umsetzbar.

Aktueller Stand des Ökolandbaus am Markt, in der Politik und der Gesellschaft

Bio ist am Markt etabliert und wird überall gekauft. Die Erschließung neuer Vertriebswege hat maßgeblich zum Wachstum beigetragen. Ein großer Erfolg des Ökolandbaus ist, dass er gegen die staatliche Förderung wuchs, das heißt, zu Beginn seines Wachstums wurde er noch nicht subventioniert. Die heutige Entwicklung zeigt eine deutliche Zunahme am Markt, aber der benötigte Flächenzuwachs in Deutschland bleibt aus. Folglich haben wir große Akzeptanz am Markt und in der Gesellschaft, aber nicht ausreichend Akzeptanz in der Landwirtschaft.

Der gesellschaftliche Erfolg liegt nicht darin, dass Bio am Markt erfolgreich ist, sondern darin, dass er gesellschaftliche Lösungen bietet. Gerade deshalb ist er auch für die Politik interessant und ist dort gefragter denn je. Er wurde Teil von Regierungsprogrammen und in fast jedem Parteiprogramm steht heute ein Passus zum Ökolandbau. Kaum eine Partei kann es sich leisten, sich nicht zum Ökolandbau zu äußern. Der Rat für nachhaltige Entwicklung bezeichnet den Ökolandbau als den Goldstandard für nachhaltige Entwicklung. Der Ökolandbau ist nicht nur ein Marktsegment, er bietet inhaltlich das, was die Zukunft der Landwirtschaft braucht.

Etablierung des Ökolandbaus in der Gesellschaft, am Markt und im Handel

Die Wurzeln des Biolandbaus liegen weit zurück. Die meisten Gründer von Bioland waren sehr konservative Bauern. Sie kamen aus dem christlich-konservativen Spektrum

und wollten die Schöpfung bewahren. Die erste Bewegung war die christlich-soziale Bewegung. Die zweite Bewegung begann in den 80er Jahren. Die Umweltbewegung interessierte sich mehr und mehr für den Ökolandbau. Es gründeten sich Erzeugergemeinschaften bzw. Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften. In den 80er Jahren definierte man sich als gesellschaftlichen Gegenpol. Das war die Zeit, in der vom Ökolandbau auch als alternativem Landbau gesprochen wurde. Diese Sonderrolle erzeugte viel Selbstbewusstsein dafür, als Nischenproduktion selbst tätig zu werden. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl steigerte die Sensibilität der Gesellschaft für Umweltfragen. So wurde das Bewusstsein, das zuvor nur in kleineren Kreisen vorhanden war, in der breiten Masse geweckt. Viele unserer Mitglieder sind mit der Antiatomkraftbewegung zum Ökolandbau gekommen. Auch heute sind viele Bauern noch sehr aktiv, wenn es gegen Atomkraft geht. Zu dieser Zeit wurden schon intensiv Sojaimporte und ähnliches diskutiert. Damals gab es viele Aktionen und Diskussionen mit Kirchen und Dritte-Welt-Gruppen darüber, was in der Landwirtschaft getan werden muss, um das Land mit eigenen Flächen versorgen zu können und andere Länder nicht auszubeuten.

Ende der 80er Jahre wurden nicht die positiven Seiten des Ökolandbaus gefördert, sondern der Staat nutzte ihn zur Marktentlastung. Ein Bewusstsein zur wirklich ökologischen Ausrichtung war damals noch nicht der Hintergrund.

In den späten 80er Jahren gab es einen Wachstumsschub des Ökolandbaus. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern der EU stellten sehr viele Betriebe um.

Mit Beginn der 90er Jahre setzte dann eine Umorientierung der Agrarpolitik ein. Es wurden nicht mehr nur Marktmaßnahmen reguliert, sondern flankierende Agrarumweltmaßnahmen aufgebaut. Damit setzte die erste gezielte Förderung des Ökolandbaus ein. Die ersten Staaten begannen Programme aufzulegen. Dies war der kritische Punkt, an dem der Staat in die Definition des Ökolandbaus einstieg. 1991 kam die EG-Ökoverordnung als Kennzeichnungsverordnung zunächst nur für Pflanzen, dann für Tiere. Die Verbände engagierten sich



Harald Gabriel

*Geboren 1956 in Ostwestfalen, Schule und Studium der Germanistik in Wien und Hamburg
1979 - 1985 landwirtschaftliche Lehre und Praxis auf Biobetrieben Norddeutschlands
1986 - 1989 Studium GhK Witzhausen
1990 - 1993 Institut für Ökologie (Erwachsenenbildung)
1994 - 1996 Geschäftsführung Kulturlandschaft Uckermark
Seit 1996 Geschäftsführer Bio-land LV Niedersachsen/Bremen*

sehr stark für diese Verordnung, um die Verbraucher vor sogenanntem „Pseudo-Bio“ zu schützen. Die EG-Ökoverordnung war und ist angelehnt an die Verbandsrichtlinien. Zum ersten Mal war ökologisches Wirtschaften gesetzlich geregelt. Dies war eine große Anerkennung. Damit einher gingen jedoch auch Probleme. Zum einen bedeutete diese Verordnung einen enormen bürokratischen Aufwand für die Bauern und zum anderen sind Betriebe in den Ökolandbau eingestiegen, die eigentlich nicht in Verbände aufgenommen worden wären (zum Bsp. flächenlose Geflügelbetriebe, die auf Futterzukauf angewiesen sind).

Die nächste große Ausweitung des Ökolandbaus kam mit der BSE-Krise und der Agrarwende. Es gab das Ökolandbaugesetz, was einerseits ein Schutz, andererseits eine zusätzliche bürokratische Hürde war. Das Biosiegel hatte sehr viel Transparenz und Vergleichbarkeit geschaffen.

Dann stiegen auch konventionelle Organisationen in den Ökolandbau ein. Der Bauernverband gründete einen Fachausschuss Ökolandbau. Der Ökolandbau war keine Nische mehr, die man klein reden konnte, sondern ein Bereich mit einer quantitativen, aber vor allem auch qualitativen Wirkung. Das stellte das Alleinvertretungsrecht des Bauernverbandes in Frage.

Die Notwendigkeit, von der Direktvermarktung in den mehrstöckigen Handel einzusteigen, führte dazu, dass wir einen qualifizierten Handel bekamen. 2002 folgte der Einstieg der Discounter in den Biovertrieb. Damit war klar, dass der Ökolandbau in der Mitte der Gesellschaft angekommen war. Mit dem Einstieg in den globalen Markt kamen auch die Tendenzen zur Konventionalisierung. Das Preisdiktat beschäftigt viele Betriebe, die sich mit internationaler Konkurrenz auseinandersetzen müssen.

Wachstum am Markt, Wachstum der Betriebe und ein starkes Interesse der Politik hat die Biobranche in den vergangenen Jahren sehr beschäftigt. Für den Ökolandbau ist es schwer, mit der konventionellen Landwirtschaft, hinter der enormes Kapital steht, mitzuhalten.

Natürlich stellt sich auch die Frage, wie billig Bio sein kann. Die Idee, die den Ökolandbau zum Erfolg brachte, kann man nicht verkaufen. Der Ökolandbau kann nicht billig, er kann nur gut. Dieses „gut“ muss umgesetzt werden und es muss dann auch am Markt honoriert werden.

Gesellschaftlicher Erfolg bedeutet auch, eine Auseinandersetzung mit den Bauern und unseren Partnern zu führen. Nur durch Kommunikation kann man ein lebendiges System wie den Ökolandbau in die Zukunft tragen. Bisher standen immer allein die Produkte im Vordergrund, aber für die Gesellschaft ist das nicht mehr ausreichend. Es muss klar sein, dass für den Ökolandbau entsprechende Rahmenbedingungen gegeben sein müssen. Im Gegenzug wird eine lebendige Landschaft gestaltet und erhalten. Ökolandbau ist kein Produkt, sondern ein System, dessen Wirtschaften abhängig von einer intakten, gesunden Umwelt ist. Es geht um Landschaft, es geht um unsere Umwelt. Unser Anliegen ist es, diese Grundidee unseren Kunden, Partnern und Interessenten zu vermitteln.

Wir brauchen eine ökologische Intensivierung für Mensch und Natur. Eine hoch effiziente ökologische Landwirtschaft ist das Zukunftsmodell. Wir müssen, was den Ressourceneinsatz angeht, intensiver wirtschaften. Das heißt, wir müssen schonender im Einsatz und Verbrauch der knappsten Ressourcen, wie z.B. Boden und Wasser sein.

Was ist der Ökolandbau für die Gesellschaft? Ein wichtiges Marktsegment? Ein wichtiges Staatsprogramm? Eine Bewegung?

Für mich ist sehr klar, es muss eine Bewegung sein. Wir haben gezeigt, dass ökologisches Wirtschaften möglich ist. Wir haben für die Gesellschaft ein System vorgeschlagen, das zeigt, wie man mit knappen Ressourcen sparsam umgeht. Wir haben gezeigt, dass Märkte von Leuten geschaffen werden können. Aber wir können nicht nur am Markt wachsen, sondern wir brauchen gesellschaftliche Bündnisse. Wir müssen gemeinsam mit anderen wirken, weil der Ökolandbau sonst nicht konkurrenzfähig ist. Solange Rahmenbedingungen vorherrschen, die es lohnenswerter machen, auf Kosten von Ressourcen, Bauernhöfen und Artenvielfalt zu wirtschaften, solange bleibt es für den Ökolandbau schwierig, ökonomisch am Markt stand zu halten.

Diskussion

Teilnehmer: Ich sehe die Entwicklung des Ökolandbaus optimistisch, die Verbraucher werden zunehmend sensibler und aufgeklärter, was durch die Medien, die auch beim Ökolandbau genau hinschauen, unterstützt wird. Wie sehen die Verbände diese Entwicklung?

von Bonin: Zu Beginn hatten wir Verbände die Definitionshoheit des Ökolandbaus. Dann kamen Politik, Verbraucher und inzwischen sind es die Medien. Auf Medien und Verbraucher hört die Politik. Es ist wichtig, realistisch zu bleiben. Die strengsten Richtlinien bringen nichts, wenn sie niemand einhalten kann.

Gabriel: Die Verbände nehmen das sehr ernst und ich teile auch den Optimismus, dass es für die Landwirtschaft der Zukunft Rückenwind ist, dass die Verbraucher für das Thema zunehmend sensibler werden. Es werden sicherlich viele differenzierte Beiträge auf uns zukommen. Dies bedeutet für den Ökolandbau, wir müssen konsequent weiter wirtschaften. Viele Themen, die bisher eher Randbereiche waren, z.B. Bruderküken, kommen jetzt nach vorne.

Teilnehmer: Das EU-Bio-Siegel ermöglicht den Betrieben, Tierhaltung und/oder Ackerbau zu betreiben. Welche Stellung beziehen die Verbände dazu?

von Bonin: Es gibt kein Demeter ohne Tierhaltung. Das steht in den Richtlinien. Es ist völlig klar, dass Tiere zu einem funktionierenden ökologischen Kreislauf gehören.

Gabriel: Das EU-Siegel lässt Teilumstellungen der Betriebe zu. Bei Bioland muss nicht jeder Betrieb eigene Tiere halten. Es gibt auch Kooperationsmöglichkeiten, über die sich Nährstoffkreisläufe schließen lassen. Das große Problem bei EU-Bio ist, dass es auch teilumgestellte Betriebe gibt, die also bio und konventionell wirtschaften. Dagegen kämpfen wir, die Verbände, sehr stark an. Es sollte sogar schon so weit gehen, dass die Verbände ihren höheren Ökostandard nicht mehr ausweisen dürften.

Teilnehmer: Meine Wahrnehmung ist es, dass immer mehr kleine Bioläden schließen und die meisten Bioprodukte über große Ketten verkauft werden. Wie sehen Sie die Entwicklung des Ökolandbaus?

Gabriel: Wir müssen am globalen Markt bestehen, da ist der Druck natürlich sehr hoch. Ich denke, die Differenzierung von „konventionellem“ Billig-Bio und höherpreisigen Bio-Produkten wird weiter fortschreiten. Aber wir, die Verbände sind uns einig, dass wir

einen konsequenten Ökolandbau wollen. Die Grundherausforderungen des Jahrhunderts sind die Ernährungssicherung und die Klimaentwicklung und darauf hat der Ökolandbau Antworten.

von Bonin: Die Verbraucher entscheiden viel mehr, als wir denken und viele von ihnen reden ökologisch und kaufen trotzdem bei Aldi. Die Kraft des Verbrauchers ist ganz zentral. Gerade bei dem Thema Welternährung ist es spannend, wie es in Zukunft weiter gehen wird.

Teilnehmer: Gibt es auf gesellschaftlicher Ebene eine Art Gremium oder Plattform, auf der sich die gesellschaftlichen Verbände austauschen?

von Bonin: Es gibt das Agrarbündnis, das jährlich den Kritischen Agrarbericht herausgibt. Mitglieder sind Demeter, Bioland, der BUND, der NABU, die AbL, um nur einige zu nennen. Diese haben zusammen ein sehr großes politisches Gewicht.

Gabriel: Ich halte das auch für sehr wichtig. Wir haben jetzt zur Gemeinsamen Agrarpolitik ein breites Bündnis von über 40 Verbänden auf den Weg gebracht. Mit entwicklungspolitischen Gruppen und vielen Umweltverbänden. Das ist auch der Trend, zu hinterfragen, welche gesellschaftlichen Gruppen das System Ökolandbau mittragen, für einen lebendigen ländlichen Raum. Da sind wir nicht allein mit den Ökoverbänden aktiv, sondern eben auch in den Bündnissen.

Vortrag und Diskussion textlich bearbeitet durch L. Frank

Politische Aspekte im Werk Rudolf Steiners

Workshop mit Michael Olbrich-Majer

Einleitung und Methode

Der Workshop hatte zum Ziel, einen Einblick in das Werk Rudolf Steiners (1861-1925) sowie in seine politischen Ideen und Aktivitäten zu geben und einzelne grundlegende Gedanken dieses Werkes herauszuarbeiten. Nach einer Einführung über den Zusammenhang von Politik und ökologischer Landwirtschaft am Beispiel von Demeter und über die Grundlagen der von ihm begründeten Anthroposophie, waren in Arbeitsgruppen vom Referenten vorausgewählte Texte und Textausschnitte aus dem Werk Rudolf Steiners und aus betreffender Sekundärliteratur zu folgenden Themen zu bearbeiten:

1. Grundlagen: Die Philosophie der Freiheit
2. Grundlagen: Theosophie
3. Völker und (Anti?)Nation
4. Steiner – als Politiker
5. Steiner – ein Rassist?

Die gebildeten Arbeitsgruppen sollten nach 45 Minuten eine passende Überschrift, eine Zusammenfassung und ein typisches Zitat für ihre jeweiligen Texte bzw. Textausschnitte im anschließenden Plenum vorstellen, sowie das Erarbeitete kurz bewerten. Die Ergebnisse wurden stichwortartig festgehalten und bildeten die Grundlage der anschließenden Diskussion.

Der Referent führte zunächst aus, dass die biologisch-dynamische Landwirtschaft während ihres fast 90-jährigen Bestehens stets im Einfluss der Politik stand. Nachdem die DLG Anfang der 1930er Jahre gegen die biologisch-dynamische Bewegung politisierte, wurde sie nach Machtübernahme der Nationalsozialisten zuerst verboten, konnte ihre Arbeit aber durch Unterstützung von einflussreichen Personen teilweise fortsetzen. Da viele biologisch-dynamische Betriebe in Ostdeutschland angesiedelt waren, fiel die Anzahl der Demeter-Betriebe nach dem zweiten Weltkrieg um rund 90 %.

Die Grundlage der biologisch-dynamischen Landwirtschaft bildet der „Landwirtschaftliche Kurs“, der eine Vortragsreihe Rudolf Steiners vor interessierten Landwirten im Jahre 1924 umfasst und auf der Anthroposophie basiert.

Die Anthroposophie fasst der Referent mit fünf Zitaten aus Steiners „Anthroposophische Leitsätze“ (STEINER 2010a, S. 4f.) zusammen. Als zentrales Zitat nennt er: „Anthroposophie ist ein Erkenntnisweg, der das Geistige im Menschenwesen zum Geistigen im Weltenall führen möchte. Sie tritt im Menschen als Herzens- und Gefühlsbedürfnis auf. Sie muss ihre Rechtfertigung dadurch finden, dass sie diesem Bedürfnisse Befriedigung gewähren kann. Anerkennen kann Anthroposophie nur derjenige, der in ihr findet, was er aus seinem Gemüte heraus suchen muss. Anthroposophen können daher nur Menschen sein, die gewisse Fragen über das Wesen des Menschen und die Welt so als Lebensnotwendigkeit empfinden, wie man Hunger und Durst empfindet.“ (STEINER 2010a, S. 4).



Michael Olbrich-Majer

Jg. 1960, studierte in Bonn Agrarwissenschaften und beteiligte sich verantwortlich am AK Ökolandbau und der politischen Forderung nach einer Ökolandbau-professur.

Nach Betriebshelferzeit und Zivildienst in der therapeutischen Landwirtschaft leitete er Projekte zu Bodenschutz und Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Ökoplan, Berlin.

Im Demeter - Zusammenhang war er seit 1992 zunächst für Geschäftsstellen- und Gremienkoordination sowie Richtlinien zuständig, seit 1999 dann für die Redaktion und den Verlag der Zeitschrift „Lebendige Erde“. Ab 2008 baute er mit dem Vorstand die politische Arbeit des Demeter e.V. auf.

Ergebnisse der Gruppenarbeiten

„Die Philosophie der Freiheit“ (STEINER 2010b)

Die Gruppe sieht Rudolf Steiners Ausführungen als möglichen Wegweiser zur Freiheit. Steiner geht davon aus, dass alle Menschen in ihrem tiefsten Wesenskern gleich sind und nach Freiheit streben. Durch seine Willenskraft ist der Mensch befähigt, sich in jedem zu ändern und durchläuft dabei im Laufe seines Lebens verschiedene Entwicklungsstufen. So kann er sich von Normen, Sittlichkeit und anderen Zwängen befreien. Somit wird folgendes Zitat des Textausschnittes als zentrale Aussage gesehen: „Wahrhaft Menschen sind wir doch nur, insofern wir frei sind“ (STEINER 2010b, S. 122).

„Theosophie“ (STEINER 2010c)

Die Arbeitsgruppe sieht Steiner als spirituellen Lehrer. Von der Grundannahme, dass jeder Mensch befähigt ist, zu höheren geistigen Erkenntnissen zu gelangen, legt Steiner im letzten Kapitel der „Theosophie“ (STEINER 2010c) in Grundzügen dar, wie diese Erkenntnisse mittels Denken zu erlangen sind: Es bedarf zunächst eines Lehrers, der Einsichten aus diesen geistigen Welten mitteilt. Diese sind vom Schüler, der den „Pfad der Erkenntnis“ (Steiner 2010a, S. 126) gehen will, zunächst vorurteilsfrei aufzunehmen. Dabei geht es darum, dass der Mensch durch seine Kritik und sein Urteil Erkenntnisse nicht von vornherein ablehnt und nicht zulässt (abstraktes Denken). Es soll nicht die Urteils- und Kritikfähigkeit unterbunden werden, sondern diese vielmehr erst nach unbefangener Aufnahme einer Aussage angewendet werden (lebendiges Denken). Die vorurteillose Aufnahme von Aussagen kann durch konkrete Übungen erarbeitet werden.

Völker und (Anti?) Nation

Auf Grundlage der Ausführungen von Coiplet (o.J.) und Steiner (2010d) sieht diese Arbeitsgruppe in Rudolf Steiner einen „Völkerpsychologen“. Denn Steiner geht in seinem Werk davon aus, dass jedes Volk eine eigene sogenannte Volksseele hat. Diese verschiedenen Volksseelen der Welt haben sich im Laufe der Geschichte beeinflusst und haben zur Entwicklung des „Ich“ und unterschiedlicher „Leiber“

des Menschen, dem sogenannten „physischen Leib“, dem „Ätherleib“ und dem „Astral-leib“ (Steiner 2010d, S. 171), geführt.

Die Arbeitsgruppe kritisiert die Zuordnung der Volksseelen zu Rassen und bemerkt, dass durch den Begriff der Volksseele die Individualität des Menschen keinen Platz habe.

Steiner – als Politiker

Aus den Textausschnitten der Biographien Rudolf Steiners von Zander (2011) und Gebhard (2011), sowie aus Steiners Aufruf „An das deutsche Volk und die Kulturwelt“ (Steiner 1919) geht hervor, dass Rudolf Steiner auch ein politischer Mensch war. Er schlägt kurz nach dem ersten Weltkrieg mit der sogenannten „Dreigliederung des sozialen Organismus“ einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus als zukünftige gesellschaftliche Ordnung vor, den Zander (2011, S. 357) allerdings als zu undifferenziert bewertet. Steiner proklamiert eine Trennung von Rechtsleben, Geistesleben und Wirtschaftsleben in selbständig sich verwaltende Teile einer Gesellschaft. Seine Idee wird als Randerscheinung gesehen und seine Versuche, aktiv am politischen Leben teilzunehmen, schlugen fehl. Gebhard (2011, S. 254) sieht ihn als einen „einsamen Verkünder einer besseren Welt“. Offen bleibt die Frage, ob er Pazifist und Internationalist war.

Steiner, ein Rassist?

Die fünfte Arbeitsgruppe befasste sich mit einem Memorandum niederländischer Forscher zur Frage, ob Rudolf Steiner ein Rassist gewesen sei (Brüll und Heisterkamp 2008) und mit einem dies betreffenden Biographieausschnitt (Lindenberg 1992). Nach Auffassung der Autoren des Memorandums ist er kein Rassist gewesen, es ist aber nicht abzustreiten, dass Steiner rassistische Aussagen getroffen hat.

Zwar war der Gebrauch des Begriffes „Rasse“ für Menschen unterschiedlicher Herkunft zu Steiners Lebzeiten weit verbreitet, doch lassen sich einige Zitate des Gesamtwerkes nicht durch den zeithistorischen Kontext erklären. Zum Beispiel: „Die Menschen würden ja, wenn die Blauäugigen und Blondhaarigen aussterben, immer dümmmer [...] Die blonden Haare geben eigentlich Gescheitheit“ (Steiner, zitiert nach Brüll und Heisterkamp 2008, S. 5). Zu diesem Zitat merken die Autoren des Memorandums an: „Der hier unterstellte Zusammenhang zwischen Haut- und Haarfarbe und Intelligenz braucht in seiner Abwegigkeit nicht weiter kommentiert zu werden“ (Brüll und Heisterkamp 2008, S. 5). Auch wenn Steiner solche Aussagen gemacht hat, gründen seine Lehren nicht auf einer Rassenlehre und fordern keinen Rassenkampf, dennoch sind solche Aussagen nicht hinnehmbar.

Nach Vorstellung der Ergebnisse bemerkt der Referent, dass einige Aspekte von Steiners Werk deutlich geworden sind und weist darauf hin, dass es sich nur um eine geringe Auswahl von Quellen handelt, die kein vollständiges Bild vermitteln können, sondern lediglich Ausschnitte zeigen.

Diskussion

Anschließend bestand die Möglichkeit, über das Gehörte und Gelesene zu diskutieren, sowie Verständnisfragen zu klären. Die Frage, ob Steiner politisch war oder nicht, sollte dabei als Leitfrage über der Diskussion stehen.

Zunächst entwickelte sich eine Diskussion über Anthroposophie als Lehre im Allgemeinen. Im Rahmen des Workshops war es jedoch nicht möglich, z.B. klare Schritte zur Erkenntnis oder Übungen zur Meditation ausführlich darzustellen. Vielmehr ging man auf Steiners Persönlichkeit und Lehre ein. Ein Teilnehmer stellte die Widersprüchlichkeiten in Steiners Aussagen fest. Einerseits geht er davon aus, dass jeder Mensch alles erreichen und zur höheren Erkenntnis kommen kann. Andererseits schreibt er in seiner Betrachtung über unterschiedliche Völker, dass die „Blauäugigen“ bestimmte Dinge doch besser können als andere. Dieser Widerspruch konnte im Workshop nicht aufgeklärt werden.

Grundsätzlich vertraten die Teilnehmer die Auffassung, dass Steiner im Laufe seines öffentlichen Lebens zu den verschiedensten Themen Aussagen getroffen und Ideen entwickelt hat. Dabei wurde er mit dem Vorwurf konfrontiert, einige Aussagen nicht ausreichend durchdacht zu haben. Dem stellt der Referent als Beispiel den „Landwirtschaftlichen Kurs“ entgegen. Rudolf Steiner hat sich zwei Jahre nicht blicken lassen, weil er keine Zeit hatte, sich auf den Kurs vorzubereiten. Die Landwirte mussten ihn zwei Jahre bearbeiten, bis er den Kurs gehalten hat. Das spricht nicht dafür, dass er sich in etwas unvorbereitet hingestürzt hat. Aber ein 20-jähriges öffentliches Leben ist lang, da gibt es bestimmt unvorbereitete Momente.“

Im Bezug auf sein politisches Wirken stellte sich die Frage, welchen Einfluss er zu seiner Zeit hatte.

Teilnehmer: Ich würde gerne nochmal zurück zum Politiker kommen. Mir ist noch nicht ganz klar, wie politisch er eigentlich war. Wie weit hatte er damals politischen Einfluss?

Teilnehmer: Ich habe das Buch „Kernpunkte der sozialen Frage“ von Steiner gelesen. Und da entwickelt er ein Modell, wie man eine Gesellschaft aufbauen könnte. Und dieses Modell ist viel komplexer, als es von Zander (2011) bewertet wurde.

Teilnehmer: Nur, weil jemand eine Theorie entwickelt, so umfassend sie auch sein mag, ist er dadurch auch automatisch politisch? Oder geht es nicht auch darum, welche Einflüsse er politisch hatte und was er aktiv gemacht hat, außer eine Theorie zu schreiben.

Teilnehmer: Nach Steiners Definition wäre er ein politischer Mensch. Weil er sagt, jeder Mensch steht irgendwo im Rechtsleben, also die Verträge, die die Gesellschaft abschließt, betreffen das Rechtsleben. Und das macht man auf der politischen Ebene, also heutzutage in demokratischen Prozessen. Und daran nimmt jeder teil, sodass jeder Mensch ein politischer Mensch ist. So könnte man das beantworten.

M. Olbrich-Majer: Die Rechtssphäre ist nach Steiner die politische Sphäre und jeder ist da mit drin, wenn er sich einbringt. Und wenn er sich nicht einbringt, ist er trotzdem davon betroffen. Aber um das nochmal richtig zu stellen: Ich würde sagen, im Verhältnis zu uns war Steiner zumindest zwei, drei Jahre äußerst politisch. Er hat Vorträge gehalten, vor Gewerkschaftsmitgliedern und Politikern gesprochen, um genau dieses Modell in die Gesellschaft zu bringen. Er hat also nicht nur geschrieben. Er hat wirklich agitiert – wie man das damals so machte - mithilfe seiner Freunde usw. Das war das eine. Man

muss sich vorstellen, Deutschland war nach dem ersten Weltkrieg zusammengebrochen. Da war die Frage: gibt es jetzt Sozialismus, gibt es einen Ersatzkaiser in Form von Hindenburg oder setzt sich das anarchische Modell, das neun Wochen in München bestanden hat, durch. Es war ein Chaos. In dem Moment hat er ziemlich aktiv für seine Idee geworben, was man nicht unterschätzen darf. Das kommt bei Zander (2011) ein bisschen skeptisch raus. Ob er sich wirklich als Politiker hat wählen lassen wollen, weiß ich nicht. Und aus dieser Dreigliederungsidee heraus ist eine Firma und eine Modellschule gegründet worden. Er hat also schon konkret gewirkt.

Abschließende Bemerkungen zur Relevanz Rudolf Steiners durch den Referenten

Abschließend weist Michael Olbrich-Majer auf die aktuelle Relevanz Rudolf Steiners hin. Aufgrund des anthroposophischen Menschenbildes, das den Menschen als frei annimmt, sowie Steiners geldtheoretischen Überlegungen, gibt sein Werk Impulse für Diskussionen über das bedingungslose Grundeinkommen, mehr Bürgerbeteiligung im politischen Prozess, sowie direkte Demokratie. Aktuelle Relevanz hat Steiner nach Ansicht des Referenten auch durch seine Überlegungen zur „sozialen Dreigliederung“, die eine gesellschaftliche Ordnung beschreibt, in der Geistesleben, Wirtschaftsleben und Rechtsleben getrennt voneinander verwaltet werden und in denen er die Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaft und Geistesleben kritisiert. Auch heute sind diese Verflechtungen vorhanden. Als Beispiele werden die Dominanz der Wirtschaft gegenüber demokratischen Prozessen, das Sponsoring von Lehrmaterialien an Schulen durch Unternehmen und Lebensmittelspekulationen genannt.

Workshop textlich bearbeitet durch M.-J. Schmidt und T. Fibinger

Literatur

Zander, Helmut (2011): Rudolf Steiner. Die Biografie, Piper Verlag München 2011, S. 346 – 363, Kapitel „Die Entstehung der anthroposophischen Politik im Krieg“ bzw. „Gesellschaftspolitik. Der Staat als geistiger Organismus“

Gebhardt, Miriam (2011): Rudolf Steiner. Ein moderner Prophet. Biographie, DVA München 2011, S. 254, 255

Steiner, Rudolf (1919): Aufruf: An das deutsche Volk und die Kulturwelt. 1.4.1919. Zusammen mit zahlreichen Unterzeichnern. Quelle: www.dreigliederung.de/essays/1919-04-001.html

Steiner, Rudolf (2010a): Anthroposophische Leitsätze. Der Erkenntnisweg der Anthroposophie. Das Michael-Mysterium. Erstveröffentlichung in der Wochenschrift „Was in der anthroposophischen Gesellschaft vorgeht“ 1924/25. 4. Aufl. Quelle: Rudolf Steiner Online Archiv: <http://anthroposophie.byu.edu/schriften/026.pdf>

Steiner, Rudolf (2010b): Die Philosophie der Freiheit. Grundzüge einer modernen Weltanschauung. Seelische Beobachtungsergebnisse nach naturwissenschaftlicher Methode. 1894. 4. Aufl. S. 116-122. Quelle: Rudolf Steiner Online Archiv <http://anthroposophie.byu.edu/schriften/004.pdf>

Steiner, Rudolf (2010c): Theosophie. Einführung in übersinnliche Welterkenntnis und Menschenbestimmung. 1904. 4. Aufl. S. 126 -143. Quelle: Rudolf Steiner Online Archiv: <http://>

anthroposophie.byu.edu/schriften/009.pdf

Steiner, Rudolf (2010d): Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhange mit der germanisch-nordischen Mythologie. Elf Vorträge, Kristiana (Oslo) 1910. 4. Aufl. S. 168 -174. Quelle: Rudolf Steiner Online Archiv <http://anthroposophie.byu.edu/vortraege/121.pdf>

Coiplet, Sylvain (o.J.): Rudolf Steiner und die Überwindung des Nationalismus. Eine Biographie. Quelle: <http://www.dreigliederung.de/gliederung/steiner.html>

Brüll, Ramon; Heisterkamp, Jens (2008): Frankfurter Memorandum: Rudolf Steiner und das Thema Rassismus. Frankfurt: Info3-Verlag.

Lindenberg, Christoph (1992): Rudolf Steiner. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 148 -151.

Jugendbewegung und völkische Siedlungsprojekte

Exkursion zur Burg Ludwigstein

Workshop mit Dr. Susanne Rappe-Weber

Der Workshop „Jugendbewegung und völkische Siedlungsprojekte“ bot exemplarische Einblicke in das Archiv der deutschen Jugendbewegung, welches in der Burg Ludwigstein ansässig ist. Im Verlauf der Veranstaltung erläuterte Frau Dr. Susanne Rappe-Weber die Entwicklung der Jugendbewegungen, insbesondere die der Wandervogelbewegung sowie die Entstehung völkischer Siedlungsprojekte. Die Wandlung der Burg Ludwigstein mit immer neuen Generationen junger Leute wurde bei einer Führung über das Gelände veranschaulicht.

Die Burg ist nicht nur Kulturdenkmal und Ort der Erinnerung. Neben dem Archiv für einmalige Nachlässe bedeutender Künstler und Pädagogen ist die Burg Ludwigstein auch Jugendherberge sowie Bildungsstätte und bietet einen Ort für Freizeiten, Tagungen, Seminare und vieles mehr. Auch heute stehen Eigenverantwortung, Selbstständigkeit, Gemeinschaft, Naturnähe und Unternehmungsgeist im Mittelpunkt und kennzeichnen das Burgleben.

Geschichte der Burg Ludwigstein:

Die Geschichte der fast 600 Jahre alten Burg Ludwigstein lässt sich in vier Abschnitte gliedern.

1415 - 1664: hessischer Amtssitz

1664 - 1830: staatliche Domänenverwaltung

1830 - 1920: die Burg stand leer und ihr Zerfall drohte

1920 - heute: Jugendburg

Die Idee, die Burg Ludwigstein zu einem Ort der Erinnerung und einem Andenken an die Geschichte der bürgerlichen Jugendbewegung zu machen, entstand Anfang des 20. Jahrhunderts und wurde 1920 mit dem Erwerb konkret. Sowohl die Entwicklung der Burg als auch die des Archivs, welches 1922 gegründet wurde, reichen bis in die Gegenwart. Der Wiederaufbau wurde durch zahlreiche Spenden und die Hilfe vieler Freiwilliger ermöglicht. Über die Jahre verwandelte sich die Ruine wieder in eine stattliche Burg und wurde schließlich zu dem, was sie heute ist.

Geschichte der Jugendbewegungen und Siedlungsprojekte:

Jugendkultur ist heute ein vielseitig verwendeter Begriff, der sowohl ein Segment in der Unterhaltungsindustrie als auch Werbefaktor für verschiedenste Produkte ist. Jugendkultur ist in heutiger Zeit nichts Spezifisches mehr, sondern sie beinhaltet ein breites Spektrum an Themen, mit denen sich junge Menschen identifizieren.

Die Jugendkultur, die es bis in die 60er Jahre gegeben hat, beschreibt eine spezifische Ausprägung von Gruppen, für die Naturerfahrungen und Wandern im Mittelpunkt standen.

Die Kultur der sogenannten Wandervögel ist mit ihrer Entstehung Anfang des 20. Jahrhunderts ein Kind des Kaiserreiches. Die Wandervogelkultur war eine Bewegung



Dr. Susanne Rappe-Weber

Jg. 1966. Die Historikerin und Archivarin leitet seit zehn Jahren das Archiv der deutschen Jugendbewegung auf Burg Ludwigstein. Sie hat an der Universität Hannover zu einem Thema der frühneuzeitlichen Agrargeschichte promoviert und nach dem Archivreferendariat am Hessischen Staatsarchiv Marburg die vakante Stelle auf der Jugendburg Ludwigstein angetreten. Zu ihren Aufgaben gehört die Schriftleitung der archivischen Publikationsreihen, die Bearbeitung wissenschaftlicher Anfragen an das Archiv sowie die Konzeption von Forschungsprojekten und Ausstellungen.

Im vergangenen Jahr hat sie das Archivjahrbuch „Historische Jugendforschung. Themenschwerpunkt: Jugendbewegte Geschlechterverhältnisse“ mit herausgegeben.

gegen die Industrialisierung, die bürgerliche Kultur, Zwänge, Untertanengeist und Autoritäten. Die Kultur stand für die Selbstorganisation und Selbsterziehung junger Leute, Gemeinschaft und Naturnähe. Die ersten Gruppen haben ihren Ursprung in großen Städten, in denen die genannten Themen, insbesondere das Naturerleben, für junge Leute eine wichtige Rolle spielten. Mädchen und Jungen organisierten sich gleichermaßen und gemeinsam in örtlichen Häusern - den Wandervogelnestern. An freien Wochenenden und in den Ferien verabredeten sie sich und gingen auf Fahrt.

Die jungen Leute hatten eine eigene Mode, die durch ihre lockere Art auffiel. Hemd, Weste, Halstuch, Wanderstock, Kniestrümpfe, festes Schuhwerk und ein einfacher Rucksack, das war das typische Bild eines Wandervogels.

Gekocht wurde auf offenem Feuer im Hordentopf und geschlafen wurde in großen Zelten, den für die Jugendbewegungen typischen Jurten. Am Abend saßen die jungen Leute am Feuer und sangen Lieder, die ganz anders klangen als der Operettengesang, den die Eltern der damaligen Zeit bevorzugt hörten. Die Wandervögel schrieben zum Teil neue Lieder, sangen mitunter aber auch Lieder, die ihren Ursprung im Mittelalter hatten. Mittelpunkt ihres Handelns war stets der Naturbegriff.

Im Oktober 1913 wurde auf dem Hohen Meißner der „Freideutsche Jugendtag“ gefeiert. Mit der bewussten Entscheidung gegen ein Fest in der Stadt setzten sich die jungen Leute von dem in Leipzig vorherrschenden Patriotismus ab. Zur selben Zeit wurden dort das Kaiserreich und die Siege über Napoleon gefeiert. Die Aufrüstung für den ersten Weltkrieg hatte begonnen.

Zitat von einem Teilnehmer: *„Ein feiner Regen ging nieder und Nebeldunst schlang sich um Baum und Strauch, als wir am Sonntagmorgen wieder zum Hohen Meißner hinauf zogen. Droben lagerte viel Volk wieder in der Mulde am Waldrande, ein gutes Bild. Man war bei der Sache, kaum jemand achtete der Nebelschwaden, die der Wind über die Kuppe trieb. Nach der Rede von Wüneke und Abinabel verlieh sich das Volk langsam, wir aber schritten durch*

den Nebel über die Wiesen zu einer stillen Stelle inmitten im Herbstlaub flammender Bäume am Hang des Berges. Nach all dem Trubel suchten wir die Einsamkeit, um auch mal wieder unter uns sein zu können.“

Kein Säbelrasseln, keine großen Verkleidungen, keine Aufmärsche, keine Stadtkulisse, sondern ein Naturfest. Für die 3000-4000 Teilnehmer war dies ein sehr eindrucksvolles Ereignis und die meisten von ihnen nannten sich von da an „Meißnerfahrer“.

Das Programmheft zum Meißnertreffen beinhaltete den Zentraltext „Mensch und Erde“, verfasst von Ludwig Klages, der die damalige Situation der jungen Leute prägnant beschreibt:

„Die Mehrzahl der Zeitgenossen in Großstädten zusammen gesperrt und von Jugend auf gewöhnt an rauchende Schloten, Getöse des Straßenlärms und taghelle Nächte, hat keinen Maßstab mehr für die Schönheit der Landschaft, glaubt schon Natur zu sehen beim Anblick eines Kartoffelfeldes und findet auch höhere Ansprüche befriedigt, wenn in den mageren Chausseebäumen einige Stare und Spatzen zwitschern.“

Die Themen sind sehr zivilisationskritisch und mahnen vor der Bedrohung der Natur und Dezimierung der Arten durch Eingriffe wie Straßen, Bauten usw.. Ludwig Klages war ein Vordenker, mit dem sich die jungen Leute identifizieren konnten.

Mit Beginn des ersten Weltkrieges gibt es einen Einbruch für die erste Generation der Wandervögel. Die jungen Leute werden einberufen und tausende sterben.

Die Überlebenden wollen ein Denkmal für die gefallenen Jugendlichen errichten und gleichzeitig einen Ort schaffen, an dem die vor dem Krieg entwickelten Ideen weitergedacht werden können. Diesem Gedanken liegt die Jugendburg Ludwigstein zu Grunde.

In der Weimarer Republik ist die Situation der jungen Leute durch eine Vielzahl neuer Möglichkeiten gekennzeichnet. Politische Parteien werden gebildet, es gibt Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Arbeiterschaft. Es gibt aber auch Schwierigkeiten in der neuen Republik: der verlorene Krieg, der Versailler Vertrag, die schleppend anlaufende Wirtschaft, Verachtung des Parlamentarismus und Isolierung im internationalen Zusammenhang. Die Jugend steht im Fokus und die Hoffnung wird in gut ausgebildete junge Leute gesetzt. Auch wenn Ausbildungsmöglichkeiten gegeben sind, fehlt die Perspektive.

In der besagten Zeit verändern sich auch die Wandervogelgruppen. Sie thematisieren nicht mehr nur den Naturbegriff und das auf Fahrt gehen. Einige Gruppen werden eingebunden und sollen sich für die nationale Größe Deutschlands engagieren. Sie werden von Parteien und charismatischen Führern gewonnen. Es entwickelt sich ein Spektrum von Organisationen, die genau das machen, was der Wandervogel zur Zeit des Kaiserreiches auch gemacht hat, mit dem Unterschied, dass die Vielzahl der Gruppen politisch wird. Insgesamt ist die bündische Zeit sehr stark in die Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links eingebunden. Die Siedlungsprojekte finden ihren Ursprung und in den Jugendbünden entsteht die Idee, einen Freiwilligendienst ins Leben zu rufen. Arbeitslager auf dem Land knüpfen an jugendbewegte Gemeinschaftsbedürfnisse sowie Naturgedanken an und bieten eine Perspektive sich weiterzubilden. Im Lauf der Zeit verbinden sich manche Jugendbünde mit der NSDAP und anderen völkischen Parteien und Gruppierungen. Daran angelagert ist eine antislawische Ausrichtung, die sich gegen

Saisonarbeiter aus dem Ausland und die „polnische Überfremdung“ im deutschen Osten stark macht. Die völkisch-rassistische Weltanschauung wurde in vielen Bünden Grundlage für das Engagement in dem freiwilligen Arbeitsdienst.

1933 eigneten sich die Nationalsozialisten das Symbol der freien Jugendbewegung an und richteten eine HJ-Gebietsführerschule auf der Burg Ludwigstein ein. Das Archiv, welches von 1922-1933 gesammelt worden ist, sollte gesichert werden und wurde nach Berlin gebracht. Die Dokumente sind jedoch im Kriegsverlauf verloren gegangen. Nach dem zweiten Weltkrieg begann unmittelbar die Wiederorganisation der Jugendgruppen. Die Darstellung der Jugendbewegung heute ist also Nachkriegsgeschichte. Auch heute stehen Natur erleben und Selbstorganisation noch im Vordergrund. Der Konsum von Medien und Genussgütern wird in den Hintergrund gestellt. Die Gemeinschaft und die Natur als Ort für verschiedenste Aktivitäten ohne jeglichen Leistungsdruck treten in den Fokus.

Das Archiv:

Das Archiv der Burg Ludwigstein wurde 1922 als Reichsarchiv der Deutschen Jugendbewegung gegründet und bewahrt Dokumente der deutschen Jugendbewegung sowie der deutschen Jugendverbände von 1890 bis heute. 1941 wurde das Archiv für nationalsozialistische Jugendarbeit beschlagnahmt und nach Berlin gebracht, wo es während des Krieges verloren ging. Nach Ende des zweiten Weltkrieges wurde das Archiv von Grund auf neu aufgebaut. Heute wird das Archiv von drei fest Angestellten und einigen Freiwilligen geführt. Die Dokumente werden nicht nur archiviert, sondern dienen häufig auch als wissenschaftliches Recherchematerial oder werden in wechselnden Ausstellungen präsentiert.

Bund Artam:

Der Bund Artam wurde 1926 gegründet und bestand aus ca. 2000 Freiwilligen pro Jahr, die auf rund 300 Gütern in landwirtschaftlichen Bereichen tätig waren. Ihr Ziel war zum Einen das autarke Leben und Arbeiten in Gemeinschaften auf dem Land, zum Anderen die Vertreibung polnischer Saisonarbeiter von den Gütern im Osten und die Wiederbesiedelung eben dieser Gebiete mit Deutschen.

Durch das gemeinsame Arbeiten entstanden Gemeinschaften, die sich auch kulturell betätigten. Für die Mitglieder, die im Arbeitsdienst auf dem Land das bäuerliche Handwerk erlernten, wurden Fortbildungen angeboten, die neben praktischen Themen zur Landwirtschaft auch völkisch-nationale Themen der Blut- und Bodenideologie oder aus der „Rassenlehre“ beinhalteten.

Deutschland sah sich von Feinden umgeben und arbeitete auf eine neuerliche Auseinandersetzung hin. Diese Situation motivierte die jungen Artamanen, an einer autarken Versorgung für die Gesellschaft mitzuwirken. Nach Möglichkeit wurden Höfe gekauft und von Gemeinschaften des Bund Artam besiedelt und bewirtschaftet.

Durch die Konkurrenz des Freiwilligen Arbeitsdienstes und später des Reichsarbeitsdienstes verlor der Bund Anfang der 30er Jahre an Bedeutung. Nach seiner Auflösung kamen viele Artamanen in Leitungs- bzw. Ausbildungspositionen der Hitlerjugend, des Reichsarbeitsdienstes und ähnlicher staatlicher Organisationen unter. Die siedelnden

Artamanen führten ihre Siedlungen auf dem Land weiter. Ein Gau des Bundes organisierte in der Hitlerjugend den Landdienst.

Auszug aus einer Zeitschrift der Artamanen von November 1929 „Blut und Boden – Monatsschrift für wurzelstarkes Bauerntum für deutsche Wesensart und nationale Freiheit“:

„Vernichtung der Städte“ ein Gedicht von Wolfram Brockmeier

„Du Stadt bist ohne Heil von Gott geschlagen. Deine Tage sind stinkend, deine Nächte bitter und kalt. Die sich durch deine steinernen Schluchten tragen, geboren werden, verfaulen und sterben auf bösem Asphalt, unselige Menschen die in dir wohnen sind arm und alt. Bald aber birst die Rinde deiner Straße, schon bricht die Landschaft auf zum großen Sturm. Berg rollt o Berg heran, uralte Winde rasen und Wasser zerren wild an deinen Mauern. Dann bleibt von dir kein Stein, kein Dach noch Turm, der Häuser dumpfe Sarkophage müssen fallen, verstürzen deine Paläste, deine Kirchen, Fabriken und Hallen. Erde nur Erde wird sein, wie vor Zeiten, über dir wuchern und wachsen, endlos sich breiten und dauern.“

Workshop textlich bearbeitet durch P. Prange

Schweizer Bauernheimatbewegung: Das Ehepaar Müller

Workshop mit Werner Scheidegger

Zusammenfassung

Hans Müller (1891–1988) und seine Frau Maria Müller-Bigler (1894–1969) waren treibende Kräfte der Entstehung des organisch-biologischen Landbaus im deutschsprachigen Raum. Dem Engagement für den ökologischen Landbau ging ein vielfältiges Wirken für soziale, kulturelle und politische Anliegen voraus. Die durch Hans Müller in der Schweiz ins Leben gerufene Bauernheimatbewegung (heute Bioforum Schweiz) legte den Boden für eine erste Blütezeit des organisch-biologischen Landbaus in den 1960er Jahren. Dieser Impuls wurde in Deutschland von ihren Schülern aufgegriffen, führte zur Gründung von Bioland und ist in Österreich durch die Fördergemeinschaft für gesundes Bauerntum in die Bio-Austria eingeflossen. Das Wirken des Ehepaars Müller legte den Boden für die heutige Wertschätzung und Anerkennung des Biolandbaus in der Öffentlichkeit.

Herkunft und Werdegang

Hans Müller wuchs als Bauernsohn im Emmental auf. Von seiner Mutter wurde er früh für soziale Anliegen sensibilisiert. Er ließ sich zum Primar- und Sekundarlehrer ausbilden und schloss nach kurzer Tätigkeit als Lehrer ein Botanikstudium an der Universität Bern an. Das Thema seiner Dissertation lautete: „Ökologische Untersuchungen in den Karrenfeldern des Sigriswilergrates – Wie kommt das Leben auf den Fels?“.

Maria Müller-Bigler wuchs auf einem Bauernhof in Worb bei Bern auf und absolvierte eine Gärtnerinnenausbildung an der Gartenbauschule Niederlenz.

„Durch Bildung zu Freiheit und Unabhängigkeit“

Dies ist der Leitgedanke des Ehepaars Müller. Hans Müller verzichtete auf eine akademische Laufbahn und engagierte sich ab 1923 als Sekretär des Vereins abstinenten Bauern und Bäuerinnen in der Abstinenzbewegung. In dieser Eigenschaft gab er in der Schweiz Kurse für alkoholfreie Obstverwertung (Süssmost) und leistete einen entscheidenden Beitrag gegen die damals grassierende „Schnapswelle“, die zahlreiche Bauernfamilien an den Rand des wirtschaftlichen Ruins geführt hatte.

1927 betraute ihn die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei BGB mit der Bildungsarbeit der jungen bäuerlichen Generation. Beeinflusst von der dänischen Volkshochschulbewegung bildete er zahlreiche bäuerliche Bildungsgruppen, gründete die Versandbibliothek „Junges Bauernland“ mit rund 3000 Bänden und organisierte kulturelle Tagungen und Lehrgänge als Gegenpol zur rein fachlich-technischen Ausbildung an den staatlichen Fachschulen. Als Zentrum dieser Arbeit entstand 1932 die „Bauernheimatschule und Hausmutterchule Möschberg“.

1928 wurde Hans Müller in den Nationalrat gewählt. Zahlreiche Vorstöße dokumentieren sein Wirken. Beispielsweise eine Motion für die „Abschöpfung übergrosser Gewinne und Tantiemen zu Gunsten eines Hilfsfonds für verschuldete Bauern, Handwerker und Arbeitslose“ von 1931, eine „Motion zum Missverhältnis von Preisen und Schulden in der Landwirtschaft“ von 1932, eine Volksinitiative für eine allgemeine Altersversicherung im Kanton Bern 1942 und eine Volksinitiative für ein neues Bodenrecht 1943.

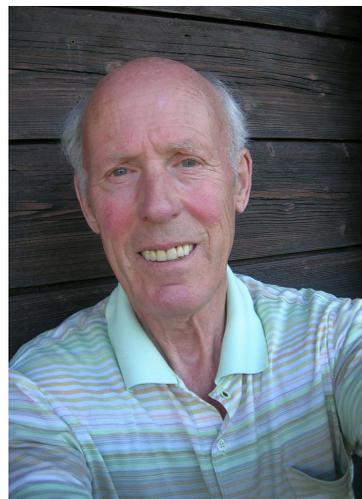
Die große Wirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit trieb zahlreiche Bauernfamilien in den Ruin. Dies veranlasste Hans Müller, sich intensiv mit wirtschaftspolitischen Themen zu befassen. Er erkannte, dass die Wirtschaftskrise nicht „wie die Maul- und Klauenseuche über die Grenze kommt“, wie einer seiner Ratskollegen meinte, sondern dass handfeste Interessen dahinter standen, aber auch, dass es durchaus Alternativen zur Lohn- und Preisabbaupolitik gibt. Dies führte ihn in die Opposition zum damals vorherrschenden wirtschaftspolitischen Kurs seiner Partei und in die Nähe der Gewerkschaftsbewegung und später der Sozialdemokraten und bescherte ihm 1935 den Ausschluss aus der BGB. Es gelang ihm nicht, das Steuer seiner Partei herumzureißen. Nur ein kleiner Teil seiner Parteigenossen folgte ihm in die Opposition, mit dem er noch bis 1946 eine kleine Fraktion im eidgenössischen Parlament bildete. Obschon die wirtschaftspolitische Stoßrichtung dieser Opposition durch die Entwicklung weitgehend bestätigt wurde, erzwang der Ausbruch des zweiten Weltkrieges andere Prioritätensetzungen.

Der Möschberg

Als oberste Erziehungs- und Lehrziele formulierte Hans Müller:

1. „Die Erziehung einer geistig beweglichen, weitblickenden und verantwortungsbewussten jungen Generation zum Dienst in Bauernhof und Gemeinschaft (...).
2. Das Pflanzen einer starken Liebe zu Bauernberuf und Heimat – auf dem Boden eines gesunden Glaubens der Tat.
3. Das systematische Studium der wichtigsten bäuerlichen Kulturfragen und die Pflege einer einfachen, bodenständigen Bauerngesinnung und -kultur.“

Die Schule auf dem Möschberg ruhte auf zwei Standbeinen. Das eine war die Bildungsarbeit, an der sich vor allem die junge männliche bäuerliche Generation beteiligte. In der reformierten Deutschschweiz bildeten sich zahlreiche örtliche Gruppen, die von der Zentrale Möschberg aus mit Anregungen und Material für ihre Gruppenabende versorgt wurden. Auf dem Möschberg selber bestand ein



Werner Scheidegger

Jg. 1936. Landwirtschaftliche Ausbildung bis zum Meisterlandwirt. Betreibt Biolandwirtschaft seit 1955.

1972 Mitbegründer und bis 1998 Geschäftsführer der Biofarm Genossenschaft.

1981 Mitbegründer und bis 1992 erster Vorsitzender der VSBLO (Vereinigung schweizerischer biologischer Landbauorganisationen), heute Bio Suisse.

1988 – 2004 Geschäftsführer des Bioforums Schweiz und Redakteur von „Kultur und Politik“.

breit gefächertes Kursangebot zu kulturellen, agrar- und gesellschaftspolitischen Themen.

Das zweite Standbein bildete die Hausmutter Schule. Diese Schule unterschied sich von den staatlichen Hauswirtschaftsschulen durch ihre Kleinheit und ihre Ausstattung in Anlehnung an damalige bäuerliche Verhältnisse, die integrierte Kinderstube und ihren Lehrplan, der von Anfang an Vollwerternährung und biologischen Gartenbau als Schwerpunkte beinhaltete. Damit spiegelte sie einerseits die Wohn- und Familienverhältnisse wider, aus denen die Schülerinnen stammten, sie bot mit der Kinderstube Anschauungsunterricht im Maßstab 1:1 und war andererseits mit ihrem Lehrplan den andern Schulen mindestens eine Generation voraus.

Hier im Schulgarten auf dem Mösberg liegt die Keimzelle der späteren Ausstrahlung als Bildungsstätte für den Biolandbau in viele Länder Europas. In aller Stille hatte Maria Müller alle damals verfügbare Literatur studiert, in die Sprache der bäuerlichen Praxis übersetzt und im kleinen Maßstab im Schulgarten ausprobiert.

Die Zäsur von 1946

1946 hat Hans Müller seine parteipolitische Arbeit aufgegeben. Nicht ohne Resignation zog er Bilanz: „Den Bauern ist über die Politik nicht zu helfen.“ In der noch unscheinbaren Versuchsarbeit seiner Frau erkannte er eine Möglichkeit, der einzelnen Bauernfamilie zu helfen, sich von am Horizont bereits abzeichnenden neuen Abhängigkeiten von der chemischen Industrie zu befreien. Im gleichen Jahr gründete er die Anbau- und Verwertungsgenossenschaft AVG Galmiz, eine Erzeugergemeinschaft, die über Jahrzehnte unzähligen Besuchern aus dem In- und Ausland als Vorzeigebispiel engagierter Selbsthilfe diente.

Zwei entscheidende Impulse bewegten Hans Müller zu dieser Gründung. Einmal der Ausspruch seines ehemaligen politischen Weggefährten und Migros-Gründers Gottlieb Duttweiler. Dieser riet ihm, seinen Bildungsvorsprung in einen Marktvorsprung umzumünzen. Und seine Frau lieferte ihm gewissermaßen die USP (unique selling proposition), das schlagende Verkaufsargument dazu: den biologischen Landbau.

Die Erfahrungen der Zwischenkriegsjahre mit ihrer Wirtschaftskrise bildeten einen weiteren Motivationsschub. Waren in den Kriegsjahren den Bauern ihre Produkte buchstäblich aus der Hand gerissen worden, drohte jetzt wieder ein Absturz mit Absatzschwierigkeiten und Preisverfall. Doch das Gegenteil trat ein: eine noch nie gesehene Hochkonjunktur, die paradoxerweise zusammen mit dem technologischen Quantensprung in der Landwirtschaft zu Absatzschwierigkeiten führte, ähnlich wie die Krise zwanzig Jahre zuvor.

Mit der USP Bio konnte die junge Erzeugergemeinschaft relativ rasch Fuß fassen. Die bessere Qualität dank Bio überzeugte. Sie hatte im Wesentlichen drei Absatzkanäle. Die Migros, dank der persönlichen Beziehung zu deren Gründer Duttweiler, die Privatkunden, die im Abonnement mit wöchentlichen Gemüsepaketen beliefert wurden und Großabnehmer, wie die Gemüsesaft-Herstellerin Biotta und die bio-familia, eine Schwesterfirma von Hipp, die mit ihrem Bio-Birchermüsli international erfolgreich wurde.

Hans-Peter Rusch

1951 veröffentlichte der deutsche Arzt und Gynäkologe Rusch in der Wiener

Medizinischen Wochenschrift einen Aufsatz über den „Kreislauf der lebenden Substanz“. Dieser Aufsatz war der Zündfunke zu einer intensiven und fruchtbaren Zusammenarbeit des Ehepaars Müller mit Rusch, die bis zu dessen Tod 1977 dauern sollte. Rusch begnügte sich als Arzt nicht mit Symptombekämpfung, wie sie in der Schulmedizin leider häufig zu beobachten ist. Er suchte nach den Ursachen und fand, zusammen mit andern Forschern, Zusammenhänge zwischen Bodenzustand und menschlicher Gesundheit.

Die erste Begegnung Hans Müllers mit Hans-Peter Rusch kann als die eigentliche Geburtsstunde der organisch-biologischen Richtung innerhalb des Biolandbaus betrachtet werden. Dutzende von Fachbeiträgen aus der Feder Ruschs in der 1946 gegründeten Zeitschrift „Kultur und Politik“ zeugen davon. Sie bildeten das wissenschaftliche Fundament für den nun einsetzenden intensiven Erfahrungsaustausch unter Praktikern.

„Nur Leben schafft Leben“

1969 stirbt Maria Müller. Die Hausmutter Schule ist geschlossen. Trotzdem erlebt der Möschberg noch einmal einen Höhepunkt mit seinen international besuchten Landbaukursen. Noch einmal entfaltet Hans Müller seine Gabe als Motivator und kann die Kursbesucher_innen mit seinem breit gefächerten Weltbild und hohem ethischen Anspruch überzeugen.

Es sind oft einfache Sätze, die den Zuhörenden haften bleiben: „Nur Leben schafft Leben“ oder „Fruchtbarkeit kann man nicht im Sack kaufen“ oder „Wir sind verantwortlich für das Stück Schöpfung, das uns anvertraut ist.“ Durch den Einbezug mehrerer erfolgreicher Praktiker als Referenten und den Anschauungsunterricht auf Biohöfen der ersten Stunde bekommen diese Landbaukurse eine große Ausstrahlung in den ganzen deutschsprachigen Raum und weit darüber hinaus. So gehören z.B. die Gründer von Bioland allesamt zu den damaligen Kursteilnehmern.

Eine Lücke wird nicht geschlossen

Der Tod von Maria Müller hinterlässt eine Lücke, die leider nicht mehr geschlossen wird. Erst jetzt wird in vollem Umfang sichtbar, welche Leistung sie in aller Stille und ohne nach außen mit einzelnen Vorträgen in Erscheinung zu treten, erbracht hat. Hans Müller kann zwar den ideologischen Überbau noch eine Zeitlang aufrecht erhalten. Aber der fachliche Nachschub bleibt aus. Mögliche Nachfolger werden von ihm auf Distanz gehalten. Weil gleichzeitig neue Initiativen entstanden, verlor der Möschberg nach und nach seine Bedeutung. Der Schwerpunkt der schweizerischen Biobewegung und die Themenführerschaft verlagern sich bald zum 1974 gegründeten Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL.

Als weitere Folge gründen einige Schüler von Hans Müller 1972 die Biofarm Genossenschaft mit dem Ziel, einen konkreten Beitrag zur Weiterentwicklung des Biolandbaus zu leisten. Die Biofarm Genossenschaft beschäftigt sich zuerst mit der nicht-chemischen Unkrautbekämpfung und gibt später in der Vermarktung und bei der Entwicklung gesamtschweizerischer Richtlinien und des Kontrollwesens neue Impulse.

Biolandbau wird zum Politikum

1971 reicht Hans Müller als Vorsitzender der Anbau- und Verwertungsgenossenschaft

AVG Galmiz beim eidgenössischen Gesundheitsamt einen Antrag ein mit dem Ziel, die Auslobung der Anbauweise, im konkreten Fall „Bio“ in der Lebensmittelverordnung zu gestatten. Die Behörde setzt zur Prüfung dieses Antrags eine hochrangige Experten-Gruppe ein. Diese stellt in ihrem Schlussbericht von 1974 an den Bundesrat den Antrag, „das Wort *biologisch* im Zusammenhang mit Lebensmitteln zu verbieten“. Unter der Federführung des kurz zuvor gegründeten FiBL setzen sich danach alle im Biolandbau tätigen Gruppierungen an einen Tisch und erarbeiten die ersten gesamtschweizerischen Richtlinien. Diese werden 1981 in Kraft gesetzt und es wird die VSBLO, die Vereinigung schweizerischer biologischer Landbauorganisationen, heute Bio Suisse, ins Leben gerufen. Zur Kennzeichnung der nach deren Richtlinien produzierten Erzeugnisse wird die Knospenmarke als Gütezeichen beim Bundesamt für geistiges Eigentum hinterlegt. Die Richtlinien der VSBLO und das 1992 auch bei der EU akkreditierte Kontrollwesen bilden später die Grundlage einer staatlichen Bioverordnung, die 27 Jahre nach dem Vorstoß von Hans Müller in Kraft gesetzt wird.

1971, im gleichen Jahr wie der erste Anlauf zu einer gesetzlichen Anerkennung der neuen Anbaumethode, reicht der mit Hans Müller bekannte Nationalrat Heinrich Schalcher eine Motion ein mit dem Ziel, eine der sieben landwirtschaftlichen Forschungsanstalten auf Bio umzustellen. Wie zu erwarten war, wird diese Motion im Parlament abgelehnt, aber der zuständige Bundesrat deutet an, dass sich der Bund ggf. an einer privaten Forschungsinitiative beteiligen könnte. Schalcher und einige sich für den Biolandbau engagierende Persönlichkeiten gründen daraufhin die Stiftung zur Förderung des biologischen Landbaus als Trägerin des FiBL, das 1974 seine Arbeit aufnimmt.

Würdigung

Hans und Maria Müller haben den Biolandbau nicht „erfunden“. Sie waren wirkungsvolle Promotoren mit viel Überzeugungskraft. Er mit seinem Blick auf die großen Zusammenhänge und mit seiner Fähigkeit, Wichtiges vom Unwichtigen zu unterscheiden und sie mit ihrer gründlichen Recherche und Versuchsarbeit im Kleinen. Beides wurde ergänzt durch die wissenschaftliche Grundlagenarbeit von Hans-Peter Rusch.

Hans und Maria Müllers Engagement waren geprägt von einer christlichen Grundhaltung. Davon zeugen die Leitartikel, die er über 40 Jahre jeder Nummer der Zeitschrift „Kultur und Politik“ vorangestellt hat und denen er meistens ein Bibelwort zugrunde legte. Er predigte aber nicht nur. Ein von ihm häufig zitiertes Wort aus dem Jakobusbrief hatte er zu seinem Leitmotiv gewählt: „Seid Täter des Wortes, nicht Hörer allein!“ Er wollte helfen, wo Not war. Sein Weg dazu war sein politischer Einsatz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Bildungsarbeit, mit der er seinen Schülern half, Möglichkeiten der Selbsthilfe wahrzunehmen.

Hans Müller war ein Visionär. Er erkannte notwendige Veränderungen lange bevor sie ins öffentliche Bewusstsein traten. Er propagierte Alternativen zum Schnapsbrennen, als dies noch als sektiererisch galt, er setzte sich in seiner politischen Arbeit für die schwächsten Glieder der Gesellschaft ein, lange bevor die dafür von ihm geforderten Instrumente salonfähig wurden und er erkannte die Schwachpunkte der chemisch-technischen Landwirtschaft, bevor deren Schäden sichtbar wurden.

Zeit seines Lebens war Hans Müller der Entwicklung eine Generation voraus. Dies, und nicht nur sein ihm immer wieder vorgeworfener autoritärer Führungsstil, haben ihn anecken lassen. Diskussionen über Details waren ihm ein Gräuel. Die großen Ziele

waren ihm wichtig. Mit 80 Jahren war er am Höhepunkt seiner Ausstrahlung angelangt. Diese war im Ausland größer als in der Schweiz, weil dort seine Autorität nicht angefochten war, während er hier ein in Vorurteilen aus der politischen Zeit befangenes Publikum vorfand und einige seiner Mitstreiter und potenziellen Nachfolger mit seinem alleinigen Führungsanspruch vor den Kopf gestoßen hatte.

Die heutige Generation Biobauern hat Hans Müller nicht mehr gekannt und weiß wenig von seinem Wirken. Das ändert nichts an der Tatsache, dass er und seine Frau zu den wirkungsvollsten Promotoren einer ganzheitlichen Betrachtung bäuerlicher Arbeit im Dienst der Gesellschaft gehörten.

Workshop textlich bearbeitet durch W. Scheidegger

Literatur

Archiv Mösching, CH-3506 Grosshöchstetten (Archiv für Agrargeschichte AfA)

Baumann, Werner; Moser, Peter: Bauern im Industriestaat, Orell Füssli Zürich, 1999

Brauner, Heinrich: Die Wurzeln des organisch-biologischen Landbaus, überarbeitete Auflage 2010, Linz 2010

Kultur und Politik, Vierteljahresschrift, Jahrgänge 1946 – 1988, Archiv Mösching

Kultur und Politik, Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge, Jahrgänge 1989 – 2012, Archiv Mösching

Mattioli, Aram (Hrsg.): Intellektuelle von rechts, Orell Füssli Zürich, 1995; darin Moser, Peter: Hans Müller, Aus dem Landwirt wieder einen Bauern machen

Moser, Peter: Der Stand der Bauern, Huber Frauenfeld, 1994

Müller, Maria: Praktische Anleitung zum organisch-biologischen Gartenbau, Grosshöchstetten 1968

Riesen, René: Die Schweizerische Bauernheimatbewegung, Francke Bern, 1972

Rusch, Hans Peter, Naturwissenschaft von morgen, Hanns Georg Müller Krailling bei München, 1955

Rusch, Hans Peter: Bodenfruchtbarkeit, Haug Heidelberg, 1968

Vogt, Gunter: Entstehung und Entwicklung des ökologischen Landbaus, Stiftung Ökologie und Landbau, Bad Dürkheim, 2000

Agrargeschichte vor Ort

Führung durch die ehemalige Kolonialschule Witzenhausen

mit Prof. Dr. Werner Troßbach

Führung durch die ehemalige Kolonialschule

Die Führung beginnt vor dem Haupteingang des Gebäudekomplexes, über dem das Wappen der deutschen Kolonialschule zu sehen ist. Danach werden zunächst die beiden Hauptteile beschrieben. Der 1905 im neogotischen Stil hinzugefügte Anbau beherbergt heute das Dekanat des Fachbereichs „Ökologische Agrarwissenschaften“ sowie die Cafeteria und den Zeichensaal. Rechterhand befindet sich ein Teil des Altbaus, der in Zeiten der Nutzung als Domäne, also vor 1898, als Stall diente und heute als Mensa Verwendung findet.

Auf dem Vorplatz gibt Herr Prof. Dr. Troßbach einen Überblick über die Gründungsgeschichte der deutschen Kolonialschule.

Vorangetrieben wurde die Gründung von protestantischen Würdenträgern und Interessierten aus dem Rheinland, die eine Notwendigkeit dafür sahen, da seit 1880 private Unternehmungen, sog. Übersee- bzw. Kolonialgesellschaften, Verträge mit Einheimischen in Afrika schlossen, die ihnen Rechte zur Landnutzung übertrugen und somit ein Bedarf an Siedlern herrschte. In Deutschland kümmerte sich die Deutsche Kolonialgesellschaft um die Propaganda und war zu dieser Zeit eine Massenorganisation. Die Reichsregierung hielt sich beim Thema der Kolonien zurück, da es genug innenpolitische und innereuropäische Probleme gab und Bismarck England als größte Kolonialmacht nicht herausfordern wollte.

Dies änderte sich jedoch 1885/86, als auf der Berliner Konferenz beschlossen wurde, wie Zentralafrika aufgeteilt und organisiert werden sollte. Deutschlands besonderes Interesse galt Kamerun und Togo. Ab 1884 wurden Schutzverträge zwischen den Privaten und der Reichsregierung geschlossen und im Jahr 1890 mit der Entlassung Bismarcks eine Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt gegründet, die meistens den Begriff „Schutzgebiete“ verwandte.

Rohstoffe und Agrarprodukte aus den Kolonien waren stark nachgefragt und um praktisch ausgebildetes Personal für die Plantagen zu finden, also keine Beamten oder Soldaten, hielt man eine Kolonialschule für notwendig.

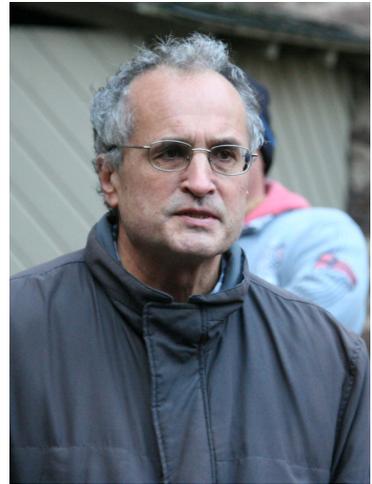
Ernst Albrecht Fabarius, der Initiator der deutschen Kolonialschule, besuchte zuvor ähnliche Einrichtungen in den Niederlanden und England. In den Niederlanden war ihm das Institut in Wageningen zu liberal und studentisch geprägt, in England gefiel ihm der disziplinierte Internatsstil besser. Das englische Internat wurde zur Vorlage der deutschen Kolonialschule, allerdings stark modifiziert durch den Geist des Wilhelminismus. Eine Anschubfinanzierung kam aus Fonds der Deutschen Kolonialgesellschaft, den Spenden einzelner Unternehmer sowie Restmitteln aus dem sog. Antisklavereiverband. „Schirmherr“ wurde Fürst Wilhelm zu Wied, ein erfahrener Weltreisender. Auch Fabarius bemühte sich bei unterschiedlichen Quellen um finanzielle Mittel. Witzenhausen fiel den Gründern aufgrund eines Fingerzeigs ins Auge, der von einem Bruder von Fabarius stammte, der in Kassel als Baudezernent fungierte. Außerdem machten die günstigen Immobilienpreise Witzenhausen interessant.

Bevor die Gebäude als Domäne genutzt wurden, beherbergten sie seit dem 13. Jahrhundert ein Kloster vom Orden der Wilhelmiten. Durch die protestantische Reformation wurden viele Klöster geschlossen und in andere Nutzungsformen überführt. Die Staatsdomäne war in den 1870er und 1880er Jahren verpachtet und befand sich in einem schlechten Zustand. Das Konsortium zur Gründung einer deutschen Kolonialschule konnte diese also günstig erwerben und begann 1898 den Lehrbetrieb.

Die Kolonialschule war keine staatliche Lehranstalt, wurde aber bezuschusst. Dem Modell der englischen Internatsschulen folgend, gab es Studiengebühren in Höhe von 300 Reichsmark, was etwa dem durchschnittlichen Gehalt eines ungelerten Arbeiters zu dieser Zeit entsprach. Daraus folgt, dass die Schülerschaft aus Söhnen von Beamten, Handel treibenden und Gutsbesitzern, also besser gestellten Gesellschaftskreisen, bestand. Lehrer für die Anstalt wurden in der benachbarten Universitätsstadt Göttingen gefunden. Die Verbindung zwischen praktischer und akademischer Ausbildung, einer heutigen Fachhochschule ähnlich, passte damals nicht ins Bildungssystem, weshalb der Abschluss „Diplomkolonialwirt“ keine staatliche Anerkennung erhielt. Gegen Ende des Kaiserreichs hatte die Kolonialschule etwa 100 Schüler.

Die Führung geht nun weiter zu den Gebäuden, die heute das völkerkundliche Museum und den Studentenclub beherbergen. Hier wird der Ausbildungsablauf und die frühere Funktion dieser Gebäude erklärt. So war im heutigen Studentenclub eine Tischlerei sowie eine Schmiede untergebracht. Gegenüber befand sich eine Molkerei. 1902 wurde das Tropengewächshaus hinzugefügt, um die Fauna im späteren Einsatzgebiet kennenzulernen.

Die Ausbildung der Kolonialschüler umfasste ein Jahr Praktikum in den verschiedenen Werkstätten und auf dem Gutsbetrieb sowie zwei Jahre theoretische Ausbildung in verschiedenen Fächern von Bodenkunde über die Lehre der Nutzpflanzen bis zu verschiedenen Sprachen. Die Ausbildung war dem heutigen Bachelorstudiengang nicht gänzlich unähnlich. Nach der Ausbildung gingen viele der



Prof. Dr. Werner Troßbach

Jg. 1955, Studium in Göttingen und Berlin (Abschluss 1979), Promotion in Bochum (1983), Habilitation in Kassel, Neuere Geschichte (1992), 1985 - 1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziokulturelle Studien FB 21 (später FB 11) Universität Kassel in Witzenhausen, seit 1999 dort Apl. Prof. für Agrargeschichte. Mitherausgeber der „Enzyklopädie der Neuzeit“, geschäftsführender Herausgeber der „Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie“.

Absolventen nach Afrika und fanden Arbeit in den Kolonien, einige waren auch in Übersee tätig und schließlich fanden sie auch Anstellungen in deutschen Gutsverwaltungen. Der nächste Punkt der Führung ist der Innenhof, in dem sich die Gruppe zu Beginn des Workshops traf. Hier befindet sich zentral die 1925 erbaute Gedächtniskapelle, das jüngste Gebäude der ehemaligen Kolonialschule. Sie gab den Schülern spirituelle Unterstützung und ist das Familiengrab der Familie Fabarius. Heute wird sie als Bibliothek genutzt. Rechts von der Kapelle befinden sich heute in der ehemaligen Klosterkirche die Räume des Deutschen Institutes für Tropische und Subtropische Landwirtschaft (DITSL).

Gegenüber der Kapelle befindet sich eine Büste von Ernst Albrecht Fabarius. Die Büste stellt Fabarius in einer Art Uniform dar, die er, obwohl er vor 1898 in Koblenz als Militärpfarrer fungiert hatte, in Witzenhausen nicht trug. Vielleicht soll die Uniform dem irrational strengen Führungsstils Fabarius Tribut zollen, der seine Schule wie eine Kadettenanstalt führte. Nach außen wirkte er jedoch recht zivil. Ideologisch fügte sich Fabarius in den kolonialen Konsens, dass die weiße Rasse die Welt führen müsse und die Kolonien an die sogenannte Zivilisation heranführen solle. Man kann ihn also als einen Kulturrassisten bezeichnen, der besonders bei den Deutschen eine kulturelle Überlegenheit erkennen wollte. Sein Lehrer Heinrich von Treitschke, ein Antisemit und Rassist, konnte seine Ansichten nicht gänzlich an Fabarius weitergeben, jedoch zeigt auch Fabarius Anflüge von radikalerem Rassismus. Er verstarb am 28. Oktober 1927 in Witzenhausen.

1919 verlor Deutschland durch den Versailler Vertrag seine Kolonien und die Kolonialschule damit ihre hauptsächliche Aufgabe, die Ausbildung von Praktikern für diese Gebiete. Hiermit endet die Führung und die Gruppe begibt sich in einen Seminarraum, um weitere Teile der Geschichte der ehemaligen Kolonialschule zu beleuchten.

Geschichte der Kolonialschule in der Weimarer Republik und im Dritten Reich:

Prof. Dr. Troßbach betont zunächst die große lokale Bedeutung der Kolonialschule und erläutert, aus welchen Teilen der Gesellschaft sich der Gründungsrat zusammensetzte. Es lässt sich erkennen, dass die Kolonialschule keine unwichtige Institution war, da ihre Gründer wohlhabende Kaufleute, Industrielle und Akademiker waren, die genug Einfluss und Finanzkraft hatten, um solch eine Lehranstalt zu etablieren. Danach wird erklärt, mit welchen Widerständen die Kolonialschule zu kämpfen hatte.

Es gibt auch bekannte Schüler der Kolonialschule. Da ist beispielsweise Richard Walter Darré, 1933 zunächst „Führer“ des Reichsnährstandes und dann auch Landwirtschaftsminister der NSDAP. Sein Studium in Witzenhausen begann er nach seiner Teilnahme am ersten Weltkrieg. 1918 erfolgte ein unehrenhafter Verweis, da er in einer Kneipe einen Kommilitonen als „Bolschewiken“ bezeichnet hatte. Er wurde später „nachdiplomiert“. In der rechtsradikalen Siedlungsbewegung der Artamanen lernte er Heinrich Himmler kennen. 1930 veröffentlichte er die Schrift „Neuadel aus Blut und Boden“.

Danach beleuchten wir die Geschichte der Kolonialschule nach dem Verlust der Kolonien. Nach dem Versailler Vertrag hatte die Kolonialschule ihre Arbeitsgrundlage verloren und wurde nun in „Schule für In- und Auslandssiedlung“ umbenannt. Die Studentenzahlen blieben jedoch auf ähnlichem Niveau wie im Kaiserreich.

Fabarius sicherte die Finanzierung durch das Reichsinnenministerium, obwohl die eigentliche Aufsichtsbehörde das preußische Kultusministerium war. Die Finanzierung sollte das „Deutschtum im Ausland“ stützen.

Im Jahr 1928 wurde Wilhelm Arning Leiter der Kolonialschule. Er war der Überzeugung, dass Deutschland die Kolonien wieder zurückgewinnen müsse. Damit hatte er einen anderen Kurs als die Nationalsozialisten, die großen Zuspruch unter der Studentenschaft fanden, denn diese zielten vor Allem auf die Eroberung und Besiedlung sogenannten Lebensraums im Osten Europas. Einerseits wollte man England nicht provozieren, andererseits fürchtete man, in den Kolonien könnte es zu einer „Rassenmischung“ und damit zur Schwächung des „deutschen Volkstums“ kommen. Beim Thema Antisemitismus war Wilhelm Arning, im Gegensatz zu Fabarius, jedoch nicht so weit von den Vorstellungen der NSDAP entfernt.

Prof. Dr. Troßbach berichtet anschließend über den Überfall von Kolonialschülern und Einwohnern Witzenhausens auf den jüdischen Wanderverein Brith Haolim, der sich im August 1931 Zutrug. Der jüdische Wanderverein war unterwegs zur Burg Ludwigstein und übernachtete in Wendershausen. Schon auf dem Weg dorthin kam es zu Anfeindungen und die Straße wurde mit Hakenkreuzen beschmiert. Nach einer Versammlung der SA in Unterrieden, die überwiegend aus Kolonialschülern bestand, und des Stahlhelms in einer Witzenhäuser Gaststätte wurde die jüdische Wandergruppe angegriffen. In der Gerichtsakte ist zu lesen, dass etwa 25 Mann drei Schlafende in einem LKW etwas entfernt von dem Gasthaus in Wendershausen, in dem sich der Wanderverein aufhielt, übel zurichteten. Der feige Überfall wurde später von der Nazipropaganda als Heldentat glorifiziert, die Anzahl der jüdischen Wandervögel erhöht und eine „heroische“ Stürmung der Gaststätte hinzugedichtet.

Die beteiligten Kolonialschüler wurden wegen Landfriedensbruch verurteilt. Einzelne Urteile wurden von der Berufungsinstanz sogar noch verschärft. Erst in der letzten Instanz wurden sie aufgehoben. Außerdem galt seit Ende 1932 eine weitgehende Amnestie für politisch rechte Straftaten. Die Führung der Kolonialschule hielt sich aus der Verhandlung heraus. Arning war jedoch auf der Seite seiner Studenten, da er die jüdischen Wanderer als Provokateure darstellte.

1933 wollte Richard Walter Darré stärkeren Einfluss nehmen und die Kolonialschule auf die sog. Ostsiedlung ausrichten. Innerhalb der NSDAP gab es einen Konflikt zwischen dem „kolonialpolitischen Amt“ der NSDAP und Darrés Landwirtschaftsministerium. Arning betrieb daraufhin Lobbyarbeit, unter anderem bei der Deutschen Bank, um die kolonialistische Ausbildung in Witzenhausen beizubehalten. Sein Gewährsmann bei der Deutschen Bank war Jagdpartner des Ritters von Epp, der Leiter des „kolonialpolitischen Amtes“ der NSDAP war. So konnte sich die koloniale Richtung gegen Darré durchsetzen.

Arning wurde danach von einem Adjutanten des Ritters von Epp namens Koch in Witzenhausen abgelöst, der im ersten Weltkrieg in Ostafrika gekämpft hatte und Kolonialromane schrieb. So gelang es, die vor allem für die Kolonialgesellschaften wichtige Ausrichtung auf Länder außerhalb Europas zu erhalten. 1935/36 gaben die Nazis ihre anfängliche kolonialpolitische Zurückhaltung weitgehend auf, da man die Rohstoffe aus den Kolonien für die geplante Kriegsführung benötigte. Die Kolonialschule hatte

nun wieder eine offiziell gebilligte Aufgabe, für die Koch nun auch einen anerkannten Abschluss forderte. Er wurde jedoch 1938 wegen mangelnder fachlicher Eignung abgesetzt.

Am 8. November 1938 fand in Witzenhausen, einen Tag früher als in den übrigen Reichsgebieten, die Reichspogromnacht statt. Der frühe Zeitpunkt hat nichts mit der Kolonialschule zu tun, sondern allgemein gingen die Pogrome von Kassel aus und erfassten früh die umliegenden Kleinstädte. Dies legt nahe, dass die Initiatoren unter den Witzenhäuser Bürgern zu suchen sind. Allerdings liegen keine genauen Kenntnisse über die Teilnehmer vor. Ob Kolonialschüler an den Pogromen beteiligt waren, lässt sich somit nicht mehr klären. In der Kriegszeit fand kaum Lehrbetrieb statt und 1944 wurde er endgültig eingestellt.

Im Anschluss werden noch Personen vorgestellt, die Brücken zum Thema der Konferenz und des ökologischen Landbaus darstellen:

Dr. Otto Buchinger, ein ehemaliger Marinearzt, der ab 1919 in Witzenhausen praktizierte und einen Lehrauftrag an der Kolonialschule hatte, war Ernährungstheoretiker und wurde mit seinen Fastenkuren berühmt. Er war Teil der Lebensreformbewegung und Quäker sowie Mitglied im Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Ab 1936 führte er eine Fastenklinik in Bad Pyrmont.

Franz Selemann, afrikanischer Abstammung, war von 1927 bis 1939 Hausdiener in der Kolonialschule. Er war in Witzenhausen ein angesehener Mann. Seinem Begräbnis wohnten viele Bürger der Stadt bei.

Hans Paasche, Offizier der Schutztruppe in Ostafrika, wurde nach seiner Rückkehr Pazifist und Teil der Antialkoholbewegung. Im ersten Weltkrieg wurde er aufgrund seiner pazifistischen Weltanschauung aus der Marine entlassen und in eine Irrenanstalt gebracht. Nachdem er im Zuge der Novemberrevolution entlassen wurde, betrieb er ökologischen Landbau auf seinem väterlichen Betrieb Gut Waldfrieden in der Neumark. Es ist nicht sicher, ob er die Kolonialschule einmal besucht hat. Allerdings nahm er im Oktober 1913 am Meißnerfest der „Freideutschen Jugend“ teil. Außerdem bezeichnete sich Otto Buchinger als Freund Paasches.

In Witzenhausen sind die Verbindungen zwischen Kolonialismus und Ökolandbau also sehr dünn zu ziehen. In Großbritannien dagegen spielten Erfahrungen der Kolonialverwaltung eine wichtige Rolle für die Etablierung des Ökolandbaus.

So propagierte Sir Albert Howard in Großbritannien Methoden der Kompostierung, die er in Indien kennengelernt hatte.

Diskussion:

Teilnehmer: Was ist nach 1944 mit der Kolonialschule geschehen?

Prof. Dr. Troßbach: Der Name „Deutsche Kolonialschule“ verschwand nicht mit dem zweiten Weltkrieg. In den 50er Jahren wurde die GmbH dann in „Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft“ umbenannt und war zunächst Träger einer

landwirtschaftlichen Ingenieursschule.

Teilnehmer: Fanden Kolonialschüler auch in der Weimarer Zeit Arbeit in den Kolonien?

Prof. Dr. Troßbach: Ja, zunächst in portugiesischen, später auch in einzelnen britischen Kolonien.

Teilnehmer: Waren die Absolventen der Kolonialschule im Ausland bekannt?

Prof. Dr. Troßbach: Ja, sie wurden in den Kolonien als gut ausgebildete Arbeitskräfte geschätzt. „Witzenhäuser“ hatten in diesem Sinne einen guten Ruf.

Workshop textlich bearbeitet durch M. Fuchs

Aktuelle Agrarpolitik der EU

Vortrag von Ulrich Jasper

Europa steckt in einer neuen Reform seiner Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Änderungsbedarf gibt es auf vielen Feldern.

Ein paar Schlaglichter: Wir haben einen erheblichen Verlust von Dauergrünland zu verzeichnen, je nach Bundesland in unterschiedlichen Ausmaßen, aber insgesamt gingen in sieben Jahren sieben Prozent der Flächen verloren. Dies ist klimarelevant, aber aus meiner Sicht auch relevant für den Bereich Tierschutz. Denn das Rind gehört auf die Weide. Wenn die Rinder nur noch im Stall stehen, mag der Stall gegenüber früheren Ställen besser sein, aber von einem umfassenden Tierschutz kann dann noch nicht gesprochen werden.

Ebenso bedroht ist die biologischen Vielfalt. Der Indikatorenbericht des Umweltbundesamts von 2012 zeigt einen weiteren Rückgang der Artenvielfalt der Agrarlandschaft. Um dies zu bemessen, hat das Bundesamt für Naturschutz bestimmte Arten als Indikatoren benannt und für diese einen Zielwert definiert, von dem wir uns aber stetig entfernen. Selbst "Allerweltsarten" wie Kiebitz und Feldlerche werden verdrängt.

Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen hat eine Erhebung über Mais anbauende Betriebe vorgenommen. 34 % dieser Betriebe in NRW bauen auf der Hälfte ihrer Flächen Mais an. 14 % verwenden sogar mehr als 70 % ihrer Fläche auf den Maisanbau. In einzelnen Landkreisen ist das Bild noch extremer. Dies ist ein Hinweis dafür, dass wir hier keine gute fachliche Praxis mehr haben, was die Fruchtfolgen angeht. Hier müssen wir etwas tun.

Die europäische Agrarwirtschaft und die Lebensmittelindustrie bemühen sich darum, die Welt zu ernähren, Wachstumsmärkte in Asien und Afrika zu bedienen. Diese Exporte fußen jedoch zu großen Teilen nicht auf den eigenen Ressourcen. Für die Produktion benötigt die Agrarwirtschaft noch einmal die doppelte deutsche landwirtschaftliche Nutzfläche außerhalb Europas. Ob dies nachhaltig ist, sei dahin gestellt.

Ein weiteres Schlaglicht ist die Verteilung der Direktzahlungen, die sehr zugunsten von wenigen großen Betrieben geht, wogegen die Masse der Betriebe, die das Geld nötiger hätte und einen größeren Anteil an Arbeitskräften beschäftigt, weniger bekommt. Die hier vorliegende Schräglage legt es nahe, auch die Verteilung der Direktzahlungen zum Thema der Reformen zu machen.

Der Vorschlag der EU-Kommission

Der EU-Agrarkommissar Ciolos hat einen mutigen Ansatz vorgelegt. Die EU-Agrarpolitik soll grüner und gerechter werden. In diesem Sinne erarbeitete die Kommission ihre Vorschläge, die seit Oktober 2011 vorliegen. Diese Vorschläge gliedern sich im wesentlichen in drei Themenbereiche:

1. Direktzahlungen;
2. marktbezogene Maßnahmen, wozu auch die Quoten- und Interventionsregimes, Exporterstattungen und die Bündelungsmöglichkeiten für Erzeuger zählen;
3. die ländliche Entwicklung, also die Fördermaßnahmen der 2. Säule, zu denen auch die Förderung des ökologischen Landbaus der EU zählt.

Zunächst zu den Direktzahlungen. In vielen Ländern Europas besteht eher das Problem der regional/national einheitlichen Zahlung, Beispiele hierfür sind Belgien, Österreich

und Frankreich. Anders als in diesen und den allermeisten anderen EU-Ländern ist das in Deutschland ab 2013 schon Realität. Bei uns liegt der Schwerpunkt der Debatte auf dem Greening. 30 % der Direktzahlungen sollen gebunden werden an die Einhaltung von drei Kriterien.

Es soll eine Fruchtfolge, oder besser eine gewisse Fruchtartenvielfalt eingehalten werden. Das bedeutet, es müssen mindestens drei Früchte angebaut werden, wobei eine Frucht maximal 70 % der betrieblichen Ackerfläche einnehmen darf und die verbleibenden zwei Früchte je mindestens 5 % ausfüllen müssen. Ausgenommen sind Betriebe mit einer Ackerfläche unter drei Hektar. Des Weiteren soll das in 2014 bestehende Dauergrünland auf einzelbetrieblicher Ebene erhalten bleiben. Den Vorschlägen entsprechend dürften im weiteren Verlauf nur noch 5 % umgebrochen werden.

Außerdem ist die Absicht, und hier liegt der größte öffentliche Streitpunkt, dass jeder Betrieb verpflichtet werden soll, 7 % seiner Ackerfläche in eine ökologische Vorrangfläche umzuwandeln. Das heißt, diese Fläche muss so genutzt werden, dass ein besonderes Umweltinteresse damit verfolgt werden kann. Es gibt nun Interessengruppen und auch das Bundeslandwirtschaftsministerium gehört dazu, die diesen Ansatz als Flächenstilllegung werten. Nach meiner Ansicht hat die EU-Kommission den Fehler begangen, in ihrem Entwurf Beispiele zu verwenden, die in Richtung der Flächenstilllegung weisen, aber diese Beispiel-Liste ist explizit offen, kann und soll also ergänzt werden.

Die Vorschläge der Plattform-Verbände

Als Reaktion haben sich die Plattform-Verbände, bestehend aus 32 Organisationen aus Umwelt, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik und Tierschutz, zusammengesetzt und die Vorschläge der Kommission bewertet und eigene Vorschläge erarbeitet. Die Plattform-Verbände fordern z.B. eine wirkliche Fruchtfolge, was in der Folge bedeutet, nur maximal 50 % der Ackerfläche mit einer Frucht zu bestellen, z.B. um den Anbau von Mais nach Mais zu vermeiden. Und weil Fruchtfolge mehr sein muss als ein Fruchtwechsel, sieht die Plattform die Leguminose als ein Kernelement, um das europäische



Ulrich Jasper

Jg. 1968, ist stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Nach Gärtnerlehre und Studium an der FH Osnabrück folgte von 1995 bis 2001 die journalistische Arbeit in der Redaktion der Unabhängigen Bauernstimme. Dann wechselte er zur AbL im engeren Sinne, mit den inhaltlichen Schwerpunkten EU-Agrarpolitik und Berliner Agrarpolitik sowie Milch. Gemeinsam mit Lutz Ribbe (EuroNatur) koordiniert er seit 2001 die Plattform-Verbände zur EU-Agrarpolitik. Veröffentlichungen u.a.:
Jasper / Schievelbein (1997): Leitfaden zur Regionalentwicklung. ABL-Verlag.
Schmidt/Jasper (2001): Agrarwende – oder die Zukunft unserer Ernährung. Beck-Verlag.
Verschiedene Aufsätze in diversen Ausgaben des Kritischen Agrarberichts.

Agrarmodell ökologischer zu gestalten. Denn die Leguminose ist nicht nur in der Lage, die Eiweiß-Lücke schließen zu helfen, sondern kann mit einer ganzen Reihe positiver Eigenschaften für die Folgekulturen und die Bodengesundheit aufwarten.

Für das Dauergrünland fordern die Plattform-Verbände, nicht 2014 als Referenz vorzugeben, sondern den Bestand, wie er sich heute darstellt.

Im Bezug auf die ökologische Vorrangfläche fordern sowohl Naturschutzverbände, als auch Wissenschaftler, dass sie 10 % einnehmen muss und dies nicht nur bezogen auf die Acker-, sondern auch auf die Grünlandfläche. Dies sei notwendig, um den Artenverlust zu beenden. Die Verbände haben sich dem angeschlossen, legen aber Wert darauf, dass die Flächen in der Nutzung bleiben können, aber mit einer Nutzungsform, von der die Artenvielfalt profitiert.

Tabelle 1: Verschiedene Vorschläge zu den Greeningmaßnahmen

| | EU-Kommission (12.10.2011) | Plattform-Verbände | DBV u.ä. |
|-------------------------------|--|--|--------------------------------------|
| Fruchtfolge | 3 Früchte, max. 70 % vom Acker | 3 Früchte, max. 50 % vom Acker | Lieber keine EU-Regelung |
| | | 20 % Leguminosen | Keine EU-Regelung |
| Dauergrünland | Erhalten bis auf 5 % (Referenzj.2014) | Erhalten (Referenzj.2011) | Keine EU-Regelung |
| Ökologische Vorrangflächen | 7 % der Ackerfläche mit Umweltnutzen | 10 % Acker und Grünland mit Umweltnutzen | Keine EU-Regelung („Stilllegung“) |

Quelle: Vortragsfolien Jasper

Die Agrarminister-Konferenz, bestehend aus den Agrarministern der 16 Bundesländer, hat sich mit der Reform und ihrer Finanzierung mehrfach befasst und plädiert dafür, den Greening-Ansatz der Kommission in dieser Art zu verfolgen, denn alles andere würde lediglich einen bürokratischen Mehraufwand für Betriebe und Verwaltung bedeuten.

Auf EU-Ebene sind erstmalig zwei Gremien gleichberechtigt an der Entscheidung über die GAP-Reform beteiligt. Zum einen der Agrarminister-Rat, in dem die Agrarminister der 27 Mitgliedsstaaten tagen, und das EU-Parlament. Im EU-Parlament wiederum erarbeitet der Agrarausschuss die Beschlussvorlagen. Derzeit ist man dort damit beschäftigt, die Vorschläge durchzuarbeiten und Einigungen auszuloten. Im Januar 2013 soll es zur Abstimmung im Ausschuss kommen. Der Zwischenstand sieht so aus:

Der Gesamtansatz, mit der Koppelung der Direktzahlungen an die Einhaltung der drei Greening-Kriterien soll belassen werden, aber Ausnahmen aufgenommen werden. Bei der Fruchtfolgeregelung sollen z.B. Betriebe mit einem Dauergrünland-Anteil von über 75 % und einer Ackerfläche, die weniger als 20 ha beträgt, ausgenommen sein, was eine Vielzahl von Betrieben betrifft. Zudem sollen Betriebe mit einer Ackerfläche von 10 bis 30 ha nur zwei statt drei verschiedene Früchte anbauen müssen. Für die ökologische

Vorrangfläche werden die gleichen Freistellungen wie oben und noch weitere erwartet. Außerdem wird empfohlen, nicht direkt mit 7 % der Ackerfläche zu beginnen, sondern im ersten Jahr mit 3 % und im zweiten Jahr dann 5 % verpflichtend zu werden.

Um wirklich flächendeckend zu einem Greening zu kommen, schlägt die EU-Kommission vor, dass bei Nichteinhaltung der Kriterien nicht nur unmittelbar 30 % der Direktzahlungen einbehalten werden, sondern dass mindestens im zweiten Jahr deutlich darüber hinaus gekürzt wird. Dem will der Agrarausschuss des EU-Parlaments nicht folgen, sondern die restlichen 70 % der Zahlungen unbedingt unberührt lassen von den Kriterien. Das deutsche Bundeslandwirtschaftsministerium ist ebenso dieser Ansicht.

Des Weiteren empfiehlt die EU-Kommission die Kappung, welche bei einem Basisbetrag von 300.000 € liegen soll. Allerdings soll sich diese Obergrenze um die tatsächlich nachweisbaren Lohnkosten eines Betriebes erhöhen. Dies soll gerade Betriebe mit vielen Arbeitsplätzen unterstützen. Dieser Punkt ist in EU-Parlament und Bundesregierung stark umstritten. Wobei die Bundesregierung den Vorschlag kategorisch ablehnt, das Parlament ihn aber noch beibehalten möchte.

Maßnahmen der zweiten Säule

In der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik beabsichtigt die Kommission, weitere Aufgabenbereiche aufzunehmen, also auch aus der zweiten Säule zu finanzieren. Dabei ist ohnehin schon zu befürchten, dass die Gelder der zweiten Säule in den kommenden Jahren abnehmen werden. Eine geplante Zusatzleistung mit hohen Kosten ist ein System zur Einkommensabsicherung (Risikomanagement).

Außerdem soll die Mittelbindung in der zweiten Säule wegfallen. Vom Grundsatz her ist die zweite Säule aufgeteilt in die drei Achsen plus LEADER. In die erste Achse fallen Stallbauinvestitionen, Bildung und Wettbewerbsfähigkeit. In die zweite Achse fallen Förderungen des ökologischen Landbaus, Agrarumweltmaßnahmen sowie Ausgleichszahlungen für benachteiligte Regionen. Und zur dritten Achse zählt schließlich die Diversifizierung der Betriebe. Bisher war es so, dass die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet waren, durch die sogenannte Mittelbindung ein bestimmtes monetäres Kontingent für jede Achse bereit zu behalten. Dies möchte die Kommission, auch auf Druck der Mitgliedsstaaten, nicht mehr fortführen. Dennoch sollen mindestens 25 % der Ausgaben auf die Themenbereiche Agrarumwelt, Klima, ökologischer Landbau und Ausgleichszahlungen entfallen. Die generelle Abnahme der Mittel der zweiten Säule ist darin begründet, dass die EU beabsichtigt, die Fördermittel von ca. 80 % auf 50 % zu reduzieren. Allgemein trifft dies besonders die oben genannten Bereiche von Agrarumwelt, Klima, ökologischer Landbau und Ausgleichszahlungen. In Deutschland sind insbesondere die ostdeutschen Bundesländer betroffen, weil sie aus der Kulisse höherer EU-Fördersätze herausfallen sollen. Zudem sollen die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen verbindlich für die Länder werden. Allerdings soll dies nicht mehr automatisch für die ökologische Landwirtschaft gelten. Die Investitionsförderungen sollen an Umweltverträglichkeitsprüfungen gebunden werden, nicht aber an Tierschutz-Standards, was wir für einen Fehler halten und wo wir Nachbesserungsbedarf sehen.

Auch die Stellung der Erzeuger in der Nahrungsmittelkette, insbesondere gegenüber den Abnehmern soll verbessert werden, schlägt die EU-Kommission vor. In der deutschen Debatte kommt dieser Punkt bis dato viel zu kurz.

Der weitere Ablauf

Derzeit liegt der Prozess im EU-Parlament. Mit einer Einigung und Abstimmung über Änderungsanträge zu den Berichtsentwürfen im Agrarausschuss wird Mitte Januar 2013 gerechnet. Jedoch wird nicht, wie ursprünglich geplant, der Agrarausschuss unmittelbar danach mit dem EU-Agrarministerrat und der Kommission in die Verhandlungen treten. Zuvor muss die erste Lesung im gesamten EU-Parlament stattfinden. Erst mit dem daraus hervorgehenden Votum werden Berichtersteller in die Trilog-Verhandlungen von Rat und Kommission entsandt. Dies eröffnet noch einmal ein Zeitfenster für alle Arten von Interessengruppen, um Einfluss auf die Meinungsbildung des Parlamentes zu nehmen. Aber auch der Agrarministerrat konnte sich bisher nicht auf eine gemeinsame Position verständigen. So wird das Thema aber hoffentlich in der irischen Ratspräsidentschaft 2013 zu einer Einigung kommen. Voraussetzung dafür ist allerdings, so haben es Parlament und Ministerrat deutlich gemacht, dass eine Entscheidung erst dann gefällt wird, wenn fest steht, wie hoch der Haushalt für die Agrarpolitik von 2014 bis 2020 ist. Zu diesem Punkt trafen sich am 21./22. November 2012 die Staats- und Regierungschefs in einem Gipfeltreffen, kamen allerdings zu keiner Einigung. Dieser mehrjährige Finanzrahmen ist auch deshalb Thema, weil der ständige Ratspräsident vorgeschlagen hat, die zweite Säule müsse über den Vorschlag der EU-Kommission hinaus reduziert werden. Zwar hat die Kommission festgelegt, der Finanzrahmen der zweiten Säule solle nominal gleich bleiben, bei steigenden Ausgaben bedeutet dies real dennoch eine Senkung. Dies genügt dem Ratspräsidenten aber nicht, er veranschlagte eine Kürzung um 7 %.

Staatliche Forderungen

Den mehrjährigen Finanzrahmen legen aber die Staats- und Regierungschefs fest. Zwischenverhandlungen führt in Deutschland das Auswärtige Amt, welches sich im Moment auch mit dem Greening und den Obergrenzen beschäftigt. Immerhin schlägt der EU-Ratspräsident vor, dass die 30 %-Bindung und die Cross Compliance-Bindung bestehen bleiben, wie von der Kommission vorgeschlagen. Bei der Definition des Greenings soll es für die Mitgliedsstaaten mehr Flexibilität geben, zum Beispiel bei der Frage nach der ökologischen Vorrangfläche. Hier sollen die Staaten aus einem festgelegten Katalog frei wählen können. Bei der einzelbetrieblichen Obergrenze steht jetzt schon in dem Papier des Ratspräsidenten, dass es keine EU-weite Verpflichtung geben soll, sondern dass es ins Belieben der Mitgliedsstaaten gelegt werden soll, ob sie die Kapazitätsgrenze einführen. Es soll auch die Möglichkeit geben, bis zu 15 % von einer in die andere Säule zu verschieben. Zum einen bietet dies die Option, die Defizite der zweiten Säule auszugleichen, aber in manchen Ländern kann es dazu führen, dass selbige noch weiter reduziert wird, um Direktzahlungen zu erhöhen.

Diskussion

Teilnehmer: Ist es richtig, dass die Regierungschefs eine übergeordnete Entscheidungsmacht haben, indem sie den Finanzrahmen festlegen?

Jasper: Das ist so. Die Kommission hat das Vorschlagsrecht auf den mehrjährigen Finanzrahmen und hat die Kernpunkte der Agrarreform schon mit aufgenommen. Das Kalül war, wir wollen das nicht den Agrariern alleine überlassen, sondern es soll mit

öffentlichem Druck auf die Ebene der Regierungschefs gehoben werden. Allerdings legen die Regierungschefs die Gelder für den Agrarhaushalt insgesamt und jeweils für die zwei Säulen fest. Tiefer gehen sie aber nicht in die Ausgestaltung der Finanzen. Sie geben bei der Agrarpolitik die Linie zur Obergrenze bzw. Kappungsgrenze und Staffe- lung, wie auch zum Greening und zu den EU-Kofinanzierungssätzen für Agrarumwelt- maßnahmen vor.

Teilnehmer: Sie sagten, es kann eine Umschichtung zwischen den beiden Säulen statt- finden, die aber nicht wahrgenommen werden muss. Sie sagten auch, dass Sie das in Deutschland nicht so einschätzen, dass so was passiert.

Jasper: Ich schätze es so ein, dass es in Deutschland keine Diskussionen geben wird, aus der zweiten Säule Gelder zu entnehmen, um die Direktzahlungen zu erhöhen. In Deutschland gibt es eher eine Diskussion, auch aus dem wissenschaftlichen Bereich, die Direktzahlungen irgendwann abzuschaffen und alles über die zweite Säule zu regeln, weil das eine stärkere Konzentration auf Einzelbetriebe bedeutet. Da ich in der zwei- ten Säule ganz zielgerichtet Maßnahmen unternehmen kann, Stallbauförderung etwa, bekommen auch wirklich nur die Betriebe Geld, die aus Sicht der Interessen der Lebens- mittelkette zukunftsfruchtig sind. Aus meiner Sicht kann das gefährlich sein. Es hat aber auch Chancen, weil die zweite Säule Agrar-Umwelt-Maßnahmen beinhaltet. Zumal in dem Papier der Regierungschefs steht, dass die Gelder, die aus der ersten Säule in die zweite Säule verlagert werden, national nicht kofinanziert werden müssen. Das heißt, wenn ich eine Maßnahme oder ein Förderprogramm aus diesen 10 oder 15 % Umschich- tungsmitteln finanziere, dann braucht das Land keine eigenen Mittel dafür einzusetzen.

Teilnehmer: Wie schätzen Sie das Zeitfenster im Bezug auf die Bundestagswahl ein? Macht es Sinn, dieses Thema in den Wahlkampf einzubringen?

Jasper: Zeitlich kann alles sein. Es kann sein, dass es im April/Mai eine Einigung gibt, es kann aber auch sein, dass sich das noch hinzieht und mit der Neuregelung der EU- Agrarpolitik erst zum 1.1.2015 begonnen werden kann. Für den Fall, dass es keine Eini- gung gibt, ist vor allen Dingen die zweite Säule sehr betroffen, weil in der jetzigen Ver- ordnung steht, dass sie 2013 endet. Dafür muss es eine Übergangsregelung geben. Die Agrarkommission bereitet sich darauf vor, setzt aber darauf, dass es davor eine Eini- gung gibt. Wenn es sich noch weiter verzögert, kann es sein, dass die Bundestagswahl das Thema mit aufgreift.

Teilnehmer: Drei Früchte mit maximal 50 % Fläche sind keine Fruchtfolge und dürfen auch nicht so bezeichnet werden. Außerdem würde ich gerne wissen, wie die AbL und Umweltverbände ökologische Vorrangfläche definieren.

Jasper: Zum Punkt der Fruchtfolge. Der Kommission stellt sich die Frage, was für die Bundesländer, die die Kontrolle übernehmen müssen, administrierbar ist. Deswegen geht der Vorschlag der EU-Kommission dahin, zu bewerten, was in einem Jahr da ist. Das ist aber keine Fruchtfolge, sondern eine Fruchtarten-Vielfalt. Mehrere europäi- sche Mitgliedsstaaten haben aber bereits die Regeln für den „Erhalt eines guten land- wirtschaftlichen und ökologischen Zustands“ (GLÖZ) zum Punkt Fruchtfolge mit einem Mehrjahres-Ansatz geregelt. Auch in der Europäischen Kommission und im Europäi- schen Parlament ist dies noch in der Diskussion. Bei den ökologischen Vorrangflächen

bleibt das Problem, was anerkannt wird. Stimmen aus den Naturschutz-Verbänden wollen das nutzen, um in ein sehr detailliertes Naturschutzmanagement auf der breiten Fläche rein zu gehen. Es wird von der Möglichkeit gesprochen, das als Biotop-Vernetzung auszubauen. Die eher landwirtschaftlich orientierten Verbände sagen, wir wollen bestimmte vorbildliche Nutzungen, die deutlich machen, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt und die Agrarlandschaft immer verknüpft waren. Nur weil wir Flächen genutzt haben, haben wir diese Vielfalt und das muss sich zeigen. Auf mineralische Düngung und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll auf diesen Flächen verzichtet werden. Es soll nach Möglichkeiten gesucht werden, einen Gewinn für die Artenvielfalt hinzubekommen. In welcher Form, lassen wir offen. Wir wollen eine Richtung kennzeichnen oder skizzieren. Eine Form von Leguminosen-Anbau sollte aber beispielsweise möglich sein, weil das ein ökologischer Gewinn ist und einen Zusatznutzen bringt. Wenn aber Leguminosen eins zu eins gerechnet werden können, ist das für die Betriebe lukrativ, aber ökologisch zu wenig. Doch viele Betriebe haben ohnehin Hecken oder andere Bestandteile, die nicht durch Leguminosen abgedeckt sind. Wir von der AbL sagen, dass mindestens alle fünf Jahre Leguminosen in der Fruchtfolge notwendig wären. Wenn ich seltener Leguminosen anbaue, spielt das für die Stickstoffversorgung keine Rolle und der ökologische Wert der Leguminosen verpufft.

Vortrag und Diskussion textlich bearbeitet durch Y. Kohnen

Agrarpolitik für den ökologischen Landbau

- was kann ein Bundesland tun?

Vortrag von Thomas Zebunke

Agrarpolitik ist für alle da!

Wir stehen thematisch und zeitlich an einem spannenden Punkt, denn 2013 ist nicht nur das Jahr der EU-Agrarreform, sondern vor uns stehen auch drei Landtags- sowie die Bundestagswahl, die die Agrarpolitik beeinflussen können oder von ihr beeinflusst werden.

Wenn zurzeit über die Bundesländer, die Bundesregierung und die EU gesprochen wird, geht es hauptsächlich um Förderung. Diese gibt es für die Bewirtschaftung der Fläche, aber auch für Investitionen und Konzepte. Kritische Stimmen hinterfragen zunehmend, ob der Staat Landwirtschaft überhaupt noch in diesem Umfang fördern sollte. Diese Entscheidung hätte erhebliche Folgen für den ländlichen Raum und als solcher sind drei Viertel der Landesfläche definiert.

Im Jahre 2050 könnte es nur noch drei Gebietskörperschaften mit nennenswertem Zuzug geben, alle im Rhein-Main-Gebiet. Da die Investitionen eine ähnliche Entwicklung nehmen, stellt sich als weitere Frage: Ist der ländliche Raum mit den bekannten Mitteln noch zu erhalten?

Nebenerwerbsbetriebe in Hessen:

In den nord- und mittelhessischen Kreisen überwiegt der Nebenerwerb bei weitem. Das hat seine Ursachen in den natürlichen Bedingungen, der Marktnähe und den alternativen, gewerblichen Einkommensmöglichkeiten. In der EU gibt es einen breiten Konsens darüber, dass der ländliche Raum erhalten werden soll. Aber das kann sich nicht nur auf Landwirtschaft allein beziehen.

Betrachten wir nun das Dauergrünland:

Regionen mit vielen Nebenerwerbsbetrieben haben auch viel Dauergrünland. Für den Naturschutz sind Grünland und Strukturen in der Landschaft besonders wertvoll. In den Ackerbauregionen gibt es davon sehr wenig. Die EU will durch das „Greening“ erreichen, dass auch in diese Regionen mehr Extensivflächen und Landschaftsbestandteile kommen.

Zu den Ökobetrieben in hessischen Landkreisen:

Ende 2012 gibt es in Hessen rund 1760 Ökobetriebe, wovon ca. zwei Drittel Grünlandbetriebe sind, die insgesamt etwa 80.000 ha ökologisch bewirtschaften. Das sind ca. 11 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Hessens, womit Hessen im bundesweiten Vergleich sehr weit vorne liegt.

Aber auch hier erkennt man wieder den Schwerpunkt in Mittelhessen und der Rhön. In den marktnahen Regionen gibt es wesentlich weniger Betriebe. Offenbar sind die Einkommensalternativen, auch die landwirtschaftlichen, attraktiver als die zusätzliche Förderung. Für die Landesregierung ist es dennoch wichtig, Angebot und Nachfrage aus der Region auch für Bioprodukte zusammenzubringen.



Thomas Zebunke

*Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
Referent für Ökologischen Landbau, Geoschutz, Qualitätspolitik*

Was kann ein Bundesland tun?

Die meisten Rechtssetzungen kommen mittlerweile aus der EU. Die Bundesländer sind eher mit Rechtsumsetzung befasst. Im Ökolandbaubereich ist das vor allem die Kontrolle, die z. T. privatisiert ist. Erstzulassungen von privaten Kontrollstellen erfolgen nach einer Akkreditierung durch die DAKKS (Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH) und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Die weitere Führung der Kontrollstellen geht in Hessen dann an das Regierungspräsidium Gießen über. Zwei der bundesweit 20 Kontrollstellen sind hier in Hessen ansässig, 17 sind hier tätig.

In der Agrarförderung kennen wir Flächen-, Projekt- und Investitionsförderung, zunehmend auch Konzeptförderung wie z.B. bei LEADER. Die aktuellen EU-Finanzverhandlungen lassen vermuten, dass es hier zu Kürzungen kommen wird. Die meisten Förderprogramme werden von EU, Bund und Land kofinanziert, aber überwiegend von den Ländern, in Hessen bis hin zu den Landkreisen beraten und verwaltet.

Den größten Anteil hat bei den Landesaufgaben die Beratung. Jedes Bundesland hat unterschiedlich finanzierte Beratungsangebote für Landwirte, die vom Land in Zusammenarbeit mit dem Berufsstand geschaffen wurden. Im Ergebnis sind die Länder eher dienstleistungsorientiert und dieser Anteil steigt.

Typisch vor allem für die süddeutschen Länder ist die Agrarmarketingförderung, in Hessen vertreten durch die Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“, die ein „Bio-Siegel Hessen“ und „geprüfte Qualität Hessen“ (konventionelles Gütesiegel) betreibt. Agrarmarketing hat immer mehr mit Regionalität zu tun, was mittlerweile ein genauso starkes Thema wie Bio ist. In den nächsten Jahren kommt noch der Tierschutz als Schlüsselthema dazu. In der aktuellen Diskussion und Erprobungsphase der freiwilligen Deklaration „Regionalfenster“ nimmt Hessen eine aktive Rolle ein.

Man sieht also, die rechtlich und finanziell fundierten Gestaltungsmöglichkeiten für Agrarpolitik in den Ländern sind gering. Das meiste wird auf europäischer oder bundesdeutscher Ebene vorbereitet oder vom Markt verlangt und durchgesetzt.

Dennoch kann ein Bundesland Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Initiativen ergreifen und seine Landwirtschaft repräsentieren.

Weitere begrenzte Möglichkeiten bieten die Auslegung von Bundesrecht, die Mitwirkung in Ländergremien, z.B. Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK), Agrarministerkonferenzen, Sondergipfel und nicht zuletzt: Bundesratsinitiativen.

Welche Möglichkeiten bestehen auf kommunaler Ebene? Für Landkreise, Städte und Gemeinden ist der Spielraum noch enger als für ein Land. Auch hier sind PR-Maßnahmen wichtig. Aber von größter Bedeutung ist der Flächenschutz. Bei vielen Kommunalpolitikern ist das ein unpopuläres Thema, denn Gewerbegebiete sind immer willkommen. Aber wir haben immer noch einen zu hohen Flächenverbrauch auch in Hessen.

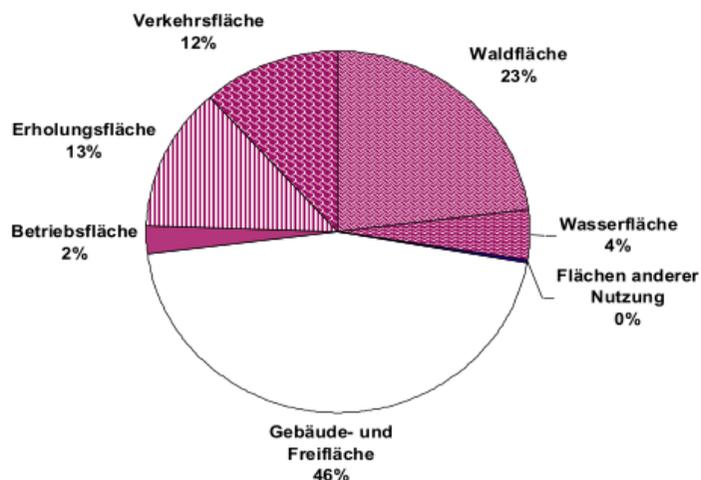


Abb. 1: Ursachen für den Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Die Bundesregierung strebt an, den täglichen Flächenverbrauch von derzeit rund 90 ha auf 30 ha pro Tag zu senken. In Hessen werden derzeit 4 ha pro Tag verbraucht.

Eine Kommune kann auch etwas für die Landwirtschaft tun, indem sie Vorrangflächen für die Landwirtschaft in die Flächennutzungsplanung einbezieht und zum Gegenstand der Landschaftsplanung macht. Das beinhaltet auch, dass Landwirtschaft und Landschaftspflege in der kommunalen Selbstverwaltung nicht geschwächt wird. Landkreise können themenbezogene, eigene Beratungskonzepte entwickeln und dabei mit Naturschutz- und Biolandbau-Verbänden zusammenarbeiten. Der ländliche und der nicht-ländliche Raum sollten stärker vernetzt werden.

Zum Ökolandbau

Im Zentrum steht heute nicht mehr, Nachfrage nach Ökoprodukten zu schaffen, uns fehlt eher das Angebot, sodass zu viel importiert werden muss, um die große Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln zu sättigen.

Hessen hat 2,1 Mio ha Fläche, davon sind 880.000 ha Landwirtschaftsfläche, wovon wiederum ca. 760.000 ha landwirtschaftlich genutzt werden. Die Gesamt-Ackerfläche beträgt ca. 475.000 ha und die Gesamt-Grünlandfläche ca. 238.000 ha. Im Ökobereich ist dieses Verhältnis genau umgekehrt. Hier wird wesentlich mehr Grünlandfläche als Ackerfläche gefördert, was die Defizite bei der Marktfruchtversorgung verschärft. Die guten Ackerflächen liegen in der Nähe der Großstädte (deshalb siedelten sich die Menschen dort früher an), und genau hier gehen Ackerflächen verloren, weil die Speckgürtel der Großstädte wachsen.

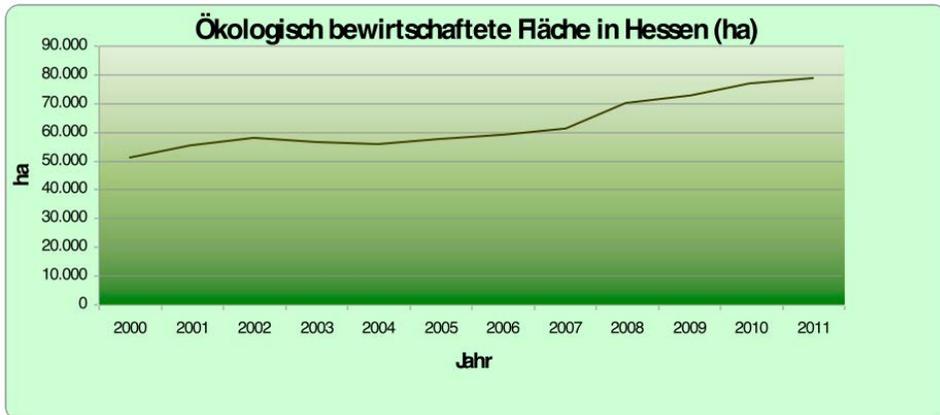


Abb. 2: Ökologisch bewirtschaftete Flächen in Hessen

Quelle: Regierungspräsidium Gießen

Die Abbildung 2 zeigt die Anbauentwicklung der letzten 12 Jahre in Hessen. Bundesweit sind 6,1 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche und 7,5 % der Betriebe biozertifiziert. Dabei gibt es immer mehr Grünland, weniger Getreide, mehr Kartoffeln, weniger Raps und kaum noch Leguminosen. In der Tierproduktion gibt es mehr Milchkühe, weniger Mutterkühe, viel zu wenig Schweine und deutlich mehr Legehennen. Die Importanteile bei Weizen, Mais, aber vor allem bei Obst und Gemüse liegen im höheren zweistelligen Bereich. Das ist nicht zufriedenstellend.

Welche Ziele hat die EU?

In den Verordnungen der EU zur Weiterentwicklung der Entwicklungspläne für den ländlichen Raum steht die Multifunktionalität der Landwirtschaft im Vordergrund. Es sollen Biodiversität, Wasser, Klima und Boden geschützt werden.

Die EU nennt außerdem folgende sechs Prioritäten:

- Wissenstransfer und Innovationen (im Rahmen der Bildungsgesellschaft)
- Wettbewerbsfähigkeit (hauptsächlich Investition, z.B. beim Bau von Ställen)
- Unterstützung von Organisationen der Nahrungsmittelkette und Risikomanagement (als Folge mehrerer Nahrungsmittelkrisen wie Dioxin, EHEC)
- Verbesserung der Ökosysteme (Agrarumweltmaßnahmen in der Fläche)
- Ressourceneffizienz (z.B. die kohlenstoffarme Wirtschaft des Ökolandbaus)
- Armutsbekämpfung (dies wird zunehmend ein Thema in ländlichen Regionen)

Was kann Agrarpolitik für den ökologischen Landbau durch ein Bundesland tun?

Ein einzelnes Bundesland hat relativ wenige Möglichkeiten. Es ist besser, sich Mehrheiten zu suchen, um gemeinsam auf den Bund oder Brüssel (EU) einwirken zu können. 2013 gibt es dann mehr Möglichkeiten, nach dem Gegenstromprinzip zu arbeiten. Das heißt, auch die Länder und die Lobbyisten überprüfen und machen Vorschläge für neue Entwicklungspläne und Verordnungen.

Rechtsumsetzung, Rechtsauslegung und Dienstleistungen auf regionaler Ebene sind die Hauptaufgaben einer Landesregierung. Wichtig ist, dass innerhalb eines Landes und einer Region emotionale Bindungen bestehen, die neue Potentiale und Motivationen hervorbringen können.

Dies gilt es zu nutzen!

Vortrag textlich bearbeitet durch T. Fibinger

Die Agrarpolitik und die ökologische Landwirtschaft

Vortrag von Prof. Dr. habil. Jürgen Hess

Die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft. In den letzten zehn Jahren hat sie sich aus der ihr lange zugewiesenen Nische herausentwickelt. Über 1 Mio ha ökologisch bewirtschaftete Fläche und 7 Mio € Umsatz mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln sind klare Beweise dafür. Schaut man auf die agrarpolitischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte, wie die Erarbeitung der EU-Verordnung zum ökologischen Landbau, die Flächenprämien für ökologische Landbewirtschaftung in der zweiten Säule und das Bundesprogramm „Ökologischer Landbau“, so könnte sogar der Eindruck entstehen, die Politik hätte den ökologischen Landbau erfunden. Das hat sie natürlich nicht. Im Gegenteil, über einen langen Zeitraum hinweg, z.T. bis weit in die 1990er Jahre hinein, hat sie ihn - oft im Schulterschluss mit der Wissenschaft - zuerst ignoriert und dann bekämpft. Entstanden ist er aufgrund der Aktivitäten von Bauern und anderen Pionierpersönlichkeiten.

Ein erster wichtiger Impuls kam bereits 1924 von Rudolf Steiner, der dem Drängen anthroposophisch orientierter Gärtner und Landwirte nachgebend, eine Vortragsreihe auf dem Gut Koberwitz in Schlesien hielt. Die Folge war ein langsames aber stetes Anwachsen der Bewegung. Erst im Zuge des wachsenden Umweltbewusstseins wuchs die Bewegung in den 1970er und 1980er Jahren rascher. Es kam zu einer Vielzahl von Verbandsgründungen (Bioland, Naturland etc.). Entdeckt hat die Politik den Biolandbau im Kontext ihrer Bemühungen um Extensivierung der EU-Landwirtschaft. Es ging darum, Milchseen und Butterberge abzubauen und der massiven Vernichtung von Lebensmitteln ein Ende zu setzen. Erstmals im agrarpolitischen Kontext beschrieben wurde der Biolandbau im Jahre 1988 im Rahmen der Extensivierungsverordnung. Damit war EU-Bio geschaffen. Kurz danach, d.h. ab den 1990ern wurden erste staatliche oder halbstaatliche Beratungskapazitäten für die ökologische Landwirtschaft etabliert. Im Jahr 1992 folgte dann die EU-VO 2092/91, in der zunächst eine Richtlinie für die pflanzenbauliche Erzeugung erlassen wurde. Bis heute entstand dann ein umfangreiches Regelwerk. Geregelt ist seit gut zehn Jahren auch die Tierhaltung. Neu hinzugekommen ist die Aquakultur, das Werk befindet sich in permanenter Weiterentwicklung.

Aufgebrochen jedoch wurden die Ressentiments gegenüber der ökologischen Landwirtschaft bereits zuvor durch ein Projekt, das ein wenig in Vergessenheit geraten ist, das Pilotprojekt „Alternativer Landbau - Boschheide Hof“. Finanziert durch die Landwirtschaftsministerien des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen startete im Jahr 1978 ein Vergleichsversuch zwischen konventioneller bzw. integrierter und ökologischer Landwirtschaft, an dem neben der Landwirtschaftskammer Rheinland etliche Institute der agrarwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn und der Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise beteiligt waren. Ein ganz wesentlicher Effekt dieses Projektes war der Abbau von Schwellenängsten. Nach seinem Abschluss oder wahrscheinlich auch als Folge war es möglich, in NRW Anfang der 90er Jahre das Konzept „Leitbetriebe Ökologischer Landbau“ ins Leben zu rufen, das bis heute Bestand und Vorbildcharakter hat.

Im Bereich der Universitäten war die Einrichtung der Professur „Methoden des Alternativen Landbaus“ an der Universität Kassel-Witzenhausen im Jahr 1982 ein Meilenstein. Die Berührungspunkte der Administration zeigen sich hier schon in der Benennung.

Noch war es nicht möglich „das Kind auch beim Namen zu nennen“. Erst bei den durch die bereits skizzierten Entwicklungen beförderten Einrichtungen weiterer einschlägiger Professuren an anderen Universitäten wurde das möglich, wie z.B. in Bonn (1987) und Gießen (1990) mit den Professuren für organischen Landbau sowie in Kiel (1992) mit einer Professur für ökologischen Landbau. Die anderen Hochschulen zogen nach, zumindest mit Teilprofessuren oder Koordinatorenstellen. Inzwischen ist die ökologische Landwirtschaft fester Bestandteil der deutschen Agrarfakultäten und nicht mehr wegzudenken. Witzgen hat sich ganz auf das Thema umgestellt, ebenso Eberswalde. Hohenheim bietet einen einschlägigen Masterstudiengang an. Parallel etabliert hat sich der Ökolandbau auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Besonders hervorzuheben sind die landwirtschaftlichen Fachschulen in Bayern (Schönbrunn) und NRW (Kleve).

Die BSE-Krise und eine grüne Landwirtschaftsministerin auf Bundesebene machten einen weiteren Entwicklungssprung möglich. 2001 entstand das Bundesprogramm „Ökologischer Landbau“ (BÖL). Zielsetzung des Programms war es, Hemmnisse abzubauen, die der weiteren Ausbreitung der ökologischen Landwirtschaft entgegenstehen. Je 35 Mio € wurden für ein ursprünglich auf zwei Jahre limitiertes Programm bereitgestellt. Heute, 12 Jahre später, gibt es das Programm immernoch und das, obwohl es inzwischen zwei Regierungswechsel gegeben hat. Allerdings wurde es über die Jahre stark eingekürzt auf derzeit (2012) nur noch 17 Mio €.

Gravierender allerdings war der Einschnitt, der durch die schwarz-gelbe Koalition im Dezember 2010 vollzogen wurde, indem das Bundesprogramm für „andere Formen der nachhaltigen Landwirtschaft“ geöffnet wurde. Ein geschickter Schachzug, das Engagement für die ökologische Landwirtschaft zurückzufahren, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, man würde jegliche Unterstützung einstellen. Betrachtet man die Fördersituation des Bundes im Bereich „Nachwachsende Rohstoffe“, die vergleichsweise üppig ist, dann wird klar, dass das wohl doch die Absicht war. Man erkennt es auch an der Flächenentwicklung. Getrieben durch die massive



Prof. Dr. habil. Jürgen Heß

Jg. 1953. Studium der Agrarwissenschaften an der Universität Bonn. Promotion und Habilitation im Bereich N-Management im Ökologischen Landbau.

Gründungsvorstand des Instituts für Ökologischen Landbau der Universität für Bodenkultur Wien.

Leiter des Fachgebietes Ökologischer Land- & Pflanzenbau der Universität Kassel. Wissenschaftlicher Leiter der Hessischen Staatsdomäne Frankenhausen (Landes- & Versuchs-Betrieb des Fachbereichs 11).

Mitarbeit in verschiedenen außer-universitären Institutionen und Gremien wie dem Begleitausschuss des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖLN), dem Forschungsinstitut für Biologischen Landbau/D(FiBL) und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft (ZSL).

Förderung der nachwachsenden Rohstoffe, liegt deren Flächenniveau inzwischen mit 2,5 Mio ha weit über dem der ökologischen Landwirtschaft, die im Wettbewerb um die Anpachtung von Flächen infolge der Subventionierung des Energiepflanzenanbaus oft nicht mehr mithalten kann. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund bedenkenswert, dass namhafte Wissenschaftsinstitutionen wie der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik und die Leopoldina z.T. bereits seit Jahren die Förderpolitik bei den nachwachsenden Rohstoffen als nicht effizient und die Ziele nicht erfüllend massiv in Frage stellen. Dass auch die derzeitige Förderpolitik für die ökologische Landwirtschaft letztlich nicht zielführend ist, kann man auch daran erkennen, dass die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln seit Jahren in Deutschland sehr viel stärker steigt als das Angebot, d.h. die ökologisch bewirtschaftete Fläche. Die Folge daraus ist, dass immer mehr Biolebensmittel importiert werden müssen – eine vergebene Chance für die deutsche Landwirtschaft, auch eine vergebene Chance für die Gesellschaft, da bedingt durch den Import von Biolebensmitteln eben auch die Ökosystemleistungen, die mit ihrem Anbau generiert werden, outgesourct werden.

Vortrag textlich bearbeitet durch Prof. Dr. habil. J. Heß

Literatur:

Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina) (2012): Bioenergie: Möglichkeiten und Grenzen. Halle (Saale). Online verfügbar unter http://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/201207_Stellungnahme_Bioenergie_kurz_de_en_final.pdf, zuletzt geprüft am 28.07.2012

Nieberg, H., Kuhnert, H., Sanders, J. 2011: Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland. Stand, Entwicklung und internationale Perspektive, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, in: Landbauforschung, Sonderheft 347, Johann Heinrich von Thünen-Institut

Rockström et al. 2009: A safe operating space for humanity, in: nature, Vol. 461, S. 472-475.

Schaack, D., Rampold, C., Willer, H., Rippin, M., von Koerber, H. 2011: Analyse der Entwicklung des ausländischen Angebots bei Bioprodukten mit Relevanz für den deutschen Biomarkt, Schlussbericht, Projektnr.: 09OE065, Bonn

Schulze-Weslarn, K.W. 1988: Erste Erkenntnisse aus dem Großversuch ‚Grünbrache‘ in Niedersachsen, in: Schriften der GEWISOLA, Band 24, S. 237-249

SÖL 2012: Ökolandbau in Deutschland - Daten und Fakten, online verfügbar unter: www.soel.de/fachthemen/oekolandbau_in_deutschland/aktuell.html.

WBA (2008): Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung – Empfehlungen an die Politik, Berichte über Landwirtschaft, SH 216, 198 S.

Diskussion

Teilnehmer: Sie hatten gesagt, beim Bundesprogramm Ökolandbau sei ein Forschungstopf eingerichtet worden. Wie ist das Verhältnis der politischen Förderung des Ökolandbaus zur industriellen Forschung?

Prof. Dr. Heß: Also für die Bioökonomiestrategie der Bundesregierung wurden über 6 Jahre 2,4 Mrd € ausgegeben. Die fließen natürlich nicht in die Öko-Landbauforschung. Ein ganz großes Dilemma ist es, dass unsere derzeitige Wissenschaftsministerin (Scha- van) sehr großen Wert darauf gelegt hat, dass in fast allen Forschungsförderbereichen am Ende eine Produktinnovation stehen muss. Das heißt also, dass sehr viele Programme darauf ausgerichtet sind, dass am Ende vermarktbar Produkte entstehen. Das heißt, wer in dem Bereich Ökosystem forschen will oder es zumindest für notwendig hält, weil es gesellschaftlich relevant ist, hat kaum eine Chance.

Eine Zahl kenne ich: BASF als ein einziges Industrieunternehmen hat in den Jahren 2005/2006/2007 166 Mio € jährlich für die Gentechnikforschung zur Verfügung gehabt. Nur um die Dimension darzustellen.

Der gesamte Ökolandbau in Deutschland bekommt derzeit ca. 7 Mio € für die Forschung und wurde vor zwei Jahren für „andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ geöffnet. Wobei die Agrarpolitik es bis heute nicht geschafft hat, diesen Begriff klar zu definieren. Das zeigt die extrem unterschiedlichen Dimensionen.

Teilnehmer: Menschen, die gegen die Richtlinien verstoßen, erwarten keine größeren Strafen. Kann man dagegen etwas tun?

Prof. Dr. Heß: Erstmal stimmt es nicht, dass sie keine größeren Strafen befürchten müssten. Dafür sind Leute ins Gefängnis gegangen. Bei den Gammelfleischskandalen hingegen werden die Strafen eher aus der Portokasse bezahlt. Bei Verstößen in der ökologischen Landwirtschaft gibt es ein abgestuftes Instrumentarium. Dieses Instrumentarium geht bei einem schweren Verstoß hin zur Aberkennung des Öko-Status mit der Konsequenz: Rückforderung von Fördermitteln. Das kann die betroffenen Betriebe im Zweifel die Existenz kosten.

Teilnehmer: Menschliche Arbeit ist teurer als Energie, weshalb energieintensives Wirtschaften attraktiver wird. Dadurch wird der Landwirt angeregt, mehr Pflanzenschutzmittel einzusetzen und nicht mit viel Personal zu hacken.

Prof. Dr. Heß: Schwarze Schafe gibt es immer, auch der Ökolandbau ist nicht heilig. In den 80er Jahren waren Biobauern Überzeugungstäter. Heute ist die Entscheidung für den Ökolandbau ökonomisch motiviert.

Diskussion textlich bearbeitet durch T. Fibinger

Grundsatzprogramme der Parteien zur ökologischen Landwirtschaft

Workshop mit Tina Fibinger & Pia Parvati Prange

Einführung und Vorgehensweise

Der Workshop hat auf Basis von Auszügen aus Parteiprogrammen, Stellungnahmen und Anträgen der Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Piraten und NPD die jeweiligen Positionen zur ökologischen Landwirtschaft, Bio-Lebensmitteln und Gentechnik untersucht.

Nach Vorstellung der zur Verfügung stehenden Literatur durch die Referentinnen, wurden diese in Arbeitsgruppen bearbeitet. Dabei waren Parteiprogramme vor allem auf den Stellenwert der Landwirtschaft im Allgemeinen, auf die Rolle der ökologischen Landwirtschaft und auf die Position zur grünen Gentechnik hin zu untersuchen und Kritik herauszuarbeiten. Anträge wurden auf ihren Inhalt und auf die Reaktion der anderen Parteien hin untersucht, sowie eigene Kritikpunkte herausgearbeitet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden anschließend im Plenum dargestellt und dokumentiert. Abschließend wurden die Ergebnisse diskutiert.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Bündnis 90/Die Grünen (im weiteren Verlauf mit „Die Grünen“ abgekürzt)

Stellungnahme der Grünen zur Landwirtschaft (Bündnis 90/Die Grünen 2011) und Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen (Bündnis 90/Die Grünen 2010):

Aus der Stellungnahme geht hervor, dass die Landwirtschaft für die Grünen einen hohen Stellenwert einnimmt. Die Partei fordert, dass die Landwirtschaft diversen Ansprüchen wie Wasserschutz, Biodiversität, Bodenqualität und Verbraucherinteressen Genüge tun muss. Die ökologische Landwirtschaft findet dabei wenig Erwähnung, sondern vielmehr der Begriff "Nachhaltige Landwirtschaft". Wie dieser Begriff definiert ist, bleibt unklar, er enthält jedoch Aspekte der ökologischen Landwirtschaft wie Umweltschutz, Tierschutz und die Ablehnung der Massentierhaltung. Nachhaltige Landwirtschaft soll zudem langfristig Erträge sichern.

Gentechnik wird von den Grünen, wie auch von den Piraten und der NPD abgelehnt. Deshalb fordern sie die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Lebensmitteln auf Fleischwaren, ein Verbot der Patentierung von Leben, sowie die Verursacherhaftung. Da in der Stellungnahme zu lesen ist: „Wir unterstützen die Forderung und Umsetzung, gentechnikfreie Regionen auszurufen und sich gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu wehren“ (Bündnis 90/Die Grünen 2011), folgert die Arbeitsgruppe einen indirekten Aufruf zu illegalen Aktionen, die sich gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen richten.

Der Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz sieht in der Landwirtschaft zudem die Aufgabe, zum Klimaschutz beizutragen. Die Arbeitsgruppe kritisiert, dass der Einsatz von Maschinen und damit zusammenhängende Probleme nicht erwähnt werden. Zudem wird die Frage aufgeworfen, inwieweit „die Grünen“ diese Forderungen auch umsetzen, falls sie regieren sollten.

Antrag „der Grünen“ zur Förderung der Forschung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft (Deutscher Bundestag 2008a) sowie die dazu entstandene Beschlussempfehlung (Deutscher Bundestag 2008b):

Den von einer Arbeitsgruppe bearbeiteten Antrag „der Grünen“ zur Förderung der Forschung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft begründen „die Grünen“ mit der gestiegenen Nachfrage nach Bio-Produkten und aufgrund drängender Probleme wie den Klimawandel. Sie fordern vor allem vor dem Hintergrund, dass deutlich mehr Gelder in die Gentechnikforschung fließen, dass das Budget für die Forschung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft steigt. Die Arbeitsgruppe hält fest, dass der Antrag von der CDU/CSU mit der Begründung abgelehnt wurde, dass alle Bewirtschaftungsformen gleichwertig behandelt werden sollten und sie deshalb keine einseitige Förderung unterstützt. Die FDP enthielt sich mit einer ähnlichen Begründung der Stimme und die SPD lehnte den Antrag ohne Begründung ab. Die Linken stimmten zwar dafür, bemerkten aber, dass das Forschungsbudget für die gesamte Landwirtschaft erhöht werden sollte und soziale Aspekte wie Arbeitsplatzsicherung im Antrag nicht berücksichtigt werden.

Die SPD

Stellungnahme der SPD zur ökologischen Landwirtschaft, Patenten und Gentechnik (SPD 2012):

Die SPD sieht in der Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zum Schutz und der Bewahrung wichtiger gesellschaftlicher Güter. Die Partei spricht der ökologischen Landwirtschaft jedoch eine besondere Bedeutung zu, da sie eine wichtige Rolle für die künftige Ernährung spiele und ihr positive Impulse für den Arbeitsmarkt und für den Umweltschutz zugeschrieben werden. Daher fordert die SPD, die ökologische Landwirtschaft im Rahmen eines „Greenings“ der 1. Säule und der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU stärker zu fördern und sie auch an der 2. Säule teilhaben zu lassen. Ziel ist eine verlässliche Finanzierung, um die Extensivierung der Landwirtschaft voranzutreiben und Landwirte während der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft zu fördern. Zudem soll Forschung und Beratung den Ressourcenverbrauch der ökologischen Landwirtschaft



Tina Fibinger

Jg. 1991, studiert seit 2010 ökologische Agrarwissenschaften an der Universität Kassel/Witzenhausen. Seit 2007 ist sie politisch aktiv beim Bündnis 90/Die Grünen, für die sie seit 2011 im Stadtparlament in Witzenhausen stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin ist.



Pia Parvati Prange

1989 in Bielefeld geboren und aufgewachsen.

Absolvierte 2009 ihr Abitur an der Rudolf Steiner Schule Schildesche (Bielefeld).

Nach viermonatigem Aufenthalt in Neuseeland und dreimonatigem Praktikum auf dem Schanzenhof in Bad Arolsen begann sie 2010 ihr Studium der ökologischen Agrarwissenschaften an der Universität Kassel/Witzenhausen.

verringern helfen und zur Ertragssteigerung beitragen.

Die Gentechnik wird von der SPD, anders als von „Grünen“ und der NPD, nicht grundsätzlich abgelehnt, sie fordert jedoch ein strengeres, transparenteres und demokratischeres Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen nach dem Vorsorgeprinzip, das ökologische und soziale Aspekte verstärkt berücksichtigen soll. Zudem sollen Möglichkeiten von Anbauverböten verstärkt genutzt werden und bestehende gentechnikfreie Zonen rechtlich abgesichert werden. Ebenso wie „die Grünen“ fordert auch die SPD bezüglich des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen die Verursacherhaftung und eine Kennzeichnung bei Verwendung gentechnisch veränderter Futtermittel. Die Arbeitsgruppe unterstützt die Forderungen der SPD, fragt sich jedoch auch, inwieweit diese Forderungen wirklich umgesetzt würden.

Antrag der SPD-Fraktion zur Stärkung der ökologischen Landwirtschaft (Deutscher Bundestag 2011):

Da die SPD der ökologischen Landwirtschaft einen besonderen Stellenwert zukommen lässt (s. o.), fordert die SPD eine angemessene Honorierung dieser Leistungen durch ökologisch wirtschaftende Landwirte. Zudem sollte der Weltagrarbericht von deutlich mehr Regierungen unterzeichnet werden und die Forschung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft intensiviert werden. Die Arbeitsgruppe kritisiert, dass die Begründungen des Antrags zwar belegt, aber zu allgemein gehalten werden, keine Positionierung zur Gentechnik vorliegt und der Bezug zur regionalen Landwirtschaft fehlt.

Die NPD

Landwirtschaft im Parteiprogramm (NPD 2010a) und in einer Stellungnahme der NPD (NPD 2010b):

Die NPD sieht in der Landwirtschaft einen zentralen Wirtschaftszweig, da die NPD eine nationale Selbstversorgung anstrebt. Dabei setzt sie auf bäuerliche Landwirtschaft und verfolgt das Ziel, den Landwirten_innen ein gesichertes Einkommen zu garantieren und die Bürokratie in der Landwirtschaft zu reduzieren. Mit Blick auf die von ihr angestrebte „Volksgesundheit“ fordert die NPD eine möglichst

ökologische Landwirtschaft und setzt aufgrund ihrer Heimatverbundenheit auf regionale Absatzmärkte, den Erhalt der Kulturlandschaft und Biodiversität. Aus Tierschutzgründen will sie Massentierhaltung verbieten und Tierquälerei eindämmen, indem u.a. das „volksfremde Schächten“ verboten werden soll.

Die NPD spricht sich zudem gegen Gentechnik und Patente auf Saatgut aus. In einem Antrag der NPD im Kreistag Nordsachsen (NPD Nordsachsen 2012) wird ihre Stellung gegenüber Gentechnik deutlicher. Sie kritisiert die Technik, da sie zu einem erhöhten Pestizideinsatz führe, ein gesundheitliches Risiko darstelle, keine Ertragsteigerungen bringe, Landwirte von Agrarkonzernen abhängig mache und zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft führe.

Die Arbeitsgruppe kommt zu dem Schluss, dass im Abschnitt des NPD-Parteiprogramms zur Landwirtschaft und in der Stellungnahme zahlreiche Forderungen gestellt werden, die sie grundsätzlich unterstützen würde und ist überrascht, dass auch die NPD diese Forderungen hat. Der rechtsradikale Hintergrund ist nur in einzelnen, wenigen Passagen wie etwa dem kulturfremden Schächten (NPD 2010a) zu erkennen. Kritisiert wird zudem, dass für die im Antrag getätigten Aussagen keine Quellen angegeben werden.

Die FDP

Landwirtschaft im Parteiprogramm der FDP:

Die FDP betrachtet die Landwirtschaft als Teil des Marktes und steht daher für eine unternehmerische Landwirtschaft, die sich an den marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren soll. Die ökologische Landwirtschaft hat innerhalb des Parteiprogramms keinen Stellenwert. Die Gentechnik soll vorangetrieben und schnell ausgebaut werden, da sie nach Ansicht der FDP u.a. das Einkommen von Kleinbauern in Bolivien verbessere. Die Arbeitsgruppe merkt an, dass die FDP die Gentechnik sehr positiv bewertet und dafür teilweise falsche Argumente aufführt. Als Beispiel wird genannt, dass die Gentechnik im Gegensatz zur Verbesserung des Einkommens von Kleinbauern in Indien ihre Existenz zerstöre.

Die Piraten

Stellungnahme der Piratenpartei zur Landwirtschaft:

Da die Piratenpartei während der Vorbereitung des Workshops ihr Parteiprogramm noch nicht fertig ausgearbeitet hatte, gab sie eine schriftliche Stellungnahme zu ihrer Landwirtschaftspolitik. (Drenger, Markus: Email vom 26.11.2012) Darin spricht sie sich für eine regional angepasste Landwirtschaft aus, die wettbewerbsfähig sein müsse. Dabei wird die ökologische Landwirtschaft zwar als wichtiger Baustein unter vielen gesehen, ihr wird dabei jedoch keine Priorität eingeräumt. Dennoch spricht sich die Piratenpartei für die Intensivierung der Forschung zur Fruchtfolgeoptimierung, zum Anbau von Zwischenfrüchten und zu einer Verbesserung der EU-internen Tierfutterversorgung (EU-Eiweißstrategie) aus. Der Gentechnik stehen die Piraten kritisch gegenüber, da Leben nicht patentiert werden dürfe und sie inkompatibel zu anderen, gentechnikfreien Anbaumethoden sei. Daher fordert die Piratenpartei ein gentechnikfreies Deutschland und die Verwendung traditionell gezüchteter Pflanzensorten und Tierrasen. Die Arbeitsgruppe merkt an, dass die Stellungnahme der Piratenpartei sehr im Allgemeinen bleibt und wenige konkrete Forderungen aufgestellt werden.

Die CDU

Landwirtschaft im Parteiprogramm der CDU:

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zeigen, dass die CDU die Landwirtschaft sowohl als „Basis unserer leistungsfähigen, exportorientierten Lebensmittelindustrie“ (CDU 2009) sieht sowie auch als wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Faktor im ländlichen Raum.

Die CDU hat das Ziel, die deutsche Landwirtschaft flächendeckend umweltfreundlicher und wettbewerbsfähiger zu gestalten und erachtet den Anbau nachwachsender Rohstoffe als wichtigen Wirtschaftszweig der Landwirtschaft. Die ökologische Landwirtschaft wird in nur zwei Sätzen erwähnt. Sie hat für die CDU keine besondere Stellung, sondern soll in gleichberechtigter Weise neben der konventionellen Landwirtschaft bestehen. Deshalb ist das Ziel der CDU, den ökologischen Landbau nur „marktorientiert“ zu fördern.

Es werden zwar auch allgemeine Aussagen zum Tierschutz und Umweltschutz gemacht, es besteht jedoch der Eindruck, dass vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte und der Erhalt oder die Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund stehen.

Zur Gentechnik wurde in dem vorliegenden Ausschnitt aus dem Parteiprogramm keine Aussage gefunden.

Die Arbeitsgruppe kritisiert, dass die die Landwirtschaft betreffenden Forderungen unkonkret sind und z.B. nur von finanzieller Förderung gesprochen wird, während v.a. der Ausweitung der Versorgung des ländlichen Raumes mit schnellen Kommunikationsnetzen und Fernwärmenetzen deutlich mehr Platz eingeräumt wird.

Diskussion

Nachdem alle Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vorgetragen hatten, wurde von den Referentinnen eine gemeinsame Diskussion über die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien angestoßen. Dabei wurde deutlich gemacht, dass sich die meisten Parteien vor klaren Aussagen scheuen und sich inhaltlich sehr gleichen. Ausschließlich die FDP mit ihrer neoliberalen Ideologie, die im Parteiprogramm klar erkennbar ist, sowie die Partei Die Linke stachen hinaus. Im Verlauf der Diskussion sowie der Abschlussrunde äußerten viele der Teilnehmenden, dass es sich lohne, die Programme der Parteien zu lesen, dass es aber trotzdem für die meisten schwer sei, sich bei der Wahl zu entscheiden. Weiterhin wurde kritisiert, dass Begriffe wie z.B. bäuerliche Landwirtschaft nicht definiert würden und so unklar sei, was die Parteien darunter verstehen. Unklar blieb, wie Parteien Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich schaffen wollten. Bäuerliche Landwirtschaft mit kleineren Betriebsstrukturen, die mehr Menschen beschäftigen, könnte hier eine Antwort sein. Dabei ergaben sich jedoch neue Fragestellungen. Vor allem blieb die Frage, wie Wettbewerbsfähigkeit und kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Umweltschutz zusammen passten. Die Teilnehmenden verständigten sich darauf, dass Zielkonflikte bestehen und die Maßnahmen zur Realisation der einzelnen Ziele kaum genannt würden.

Teilnehmer: Von den Piraten habe ich eine interessante Aussage. „Wir wollen eine leistungsfähige, regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist.“ Als Lösung

könnte man sich vorstellen, Wettbewerbsfähigkeit neu zu definieren und sich von dem Ideal, auf dem Weltmarkt bestehen zu können, loszulösen.

Workshop textlich bearbeitet durch T. Fibinger und P. Prange

Literatur:

Bündnis 90/Die Grünen (2010): Beschluss: Für eine nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft. BDK Freiburg. Available Online. <http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/362/362217.v38gruene_wende_jetzt.pdf> (30.11.12)

Bündnis 90/Die Grünen (2011): Landwirtschaft. Available Online. <<http://www.gruene.de/themen/klima-umwelt/landwirtschaft.html>> (30.11.12)

CDU (2009): Die CDU steht für eine solidarische, verlässliche und zukunftsorientierte Agrarpolitik. Landwirtschaftspolitik. Available Online. <<http://www.cdu.de/doc/pdfc/091112-landwirtschaftspolitik.pdf>> (30.11.12)

Deutscher Bundestag (2008a): Antrag: Forschung für den ökologischen Landbau ausbauen. Drucksache 16/9345 vom 28.05.2008. Available Online. <http://www.cornelia-behm.de/cms/default/dokbin/254/254566.antrag_oekolandbauforschung.pdf> (30.11.12)

Deutscher Bundestag (2008b): Beschlussempfehlung und Bericht zur Drucksache 16/9345. Drucksache 16/10603 vom 15.10.2008. Available Online. <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/106/1610603.pdf>> (30.11.12)

Deutscher Bundestag (2011): Antrag: Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken. Drucksache 17/7186 vom 28.09.2011. Available Online. <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/071/1707186.pdf>> (30.11.12)

NPD (2010a): Landwirtschaft und Naturschutz. Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der NPD. Available Online. <<http://www.npd.de/html/1/artikel/detail/1699/>> (30.11.12)

NPD (2010b): Gesunde Heimat - Gesunde Natur. Grundsätze nationaldemokratischer Politik. Available Online. <<http://www.npd.de/html/250/artikel/detail/1843/>> (30.11.12)

NPD Nordsachsen (2012): NPD im Kreistag Nordsachsen stellt zwei Anträge zur nächsten Sitzung. Pressemitteilung vom 29.05.2012. Available Online. <<http://npd-nordsachsen.de/?p=128>> (30.11.12)

SPD (2012): Positionen der SPD in den Bereichen Ökolandbau, Gentechnik und Biopatente. Unpublished Paper.

Ökologische Landwirtschaft im sozialistischen Kuba

Workshop mit Dr. Christian Schüler

Christian Schülers Interesse für Kuba wurde 1962 durch die Kuba-Krise geweckt, da gerade in seiner Heimatstadt West-Berlin zu dieser Zeit eine hohe Empfindlichkeit gegenüber weltpolitischen Veränderungen herrschte. Kuba blieb aber auch darüber hinaus in seinem Fokus, da das Land die afrikanischen Befreiungskriege trotz begrenzter eigener Mittel intensiv unterstützte. Von der Unterstützung profitieren die Kubaner zum Teil bis heute, in Form von Handelsbeziehungen mit afrikanischen Ländern. Mit dem Putsch in Chile verschob sich zwar die Aufmerksamkeit, aber auch hier handelte Kuba sehr solidarisch. Der Zusammenbruch des Sozialismus war eine sehr problematische Phase für Kuba, aber diese Zeit gab dennoch Impulse, die bis heute fortentwickelt werden.

Äußere Gegebenheiten

Kuba hat 11,2 Mio Einwohner, eine Landfläche von 104.000 km² mit 4.000 Inseln. Die Hauptinsel ist 1200 km lang, die größte Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 191 km und die geringste nur 31. Dadurch hat Kuba eine 6.000 km lange Küstenlinie. Hier überlegt man heute schon, wie einem Anstieg des Meeresspiegels im Zuge des Klimawandels begegnet werden kann, zumal die wichtigsten Städte als Hafenstädte natürlich an der Küste liegen. Die Jahresdurchschnittstemperatur beträgt 24°C, wobei die Temperaturen im Januar durchaus auf 4-5°C sinken können, in den Sommermonaten aber zumeist über 30°C liegen. Diese gehen mit einer hohen Luftfeuchtigkeit einher.

Die Jahresniederschläge liegen zwischen 900 und 2.100 mm, hauptsächlich zwischen Mai und Oktober. In den letzten Jahren finden die Niederschläge zudem regional sehr unterschiedlich statt. Im Westen sind die Niederschläge stärker, wohingegen der Osten zum Teil unter Trockenheit leidet. Problematisch ist daher die Sicherung der Süßwasserversorgung. Im Zuge dessen beginnt man in den letzten Jahren vermehrt mit dem Bau von Lagunen, um Regenwasser aufzufangen und zu speichern. Eine ganzjährige Bewirtschaftung ist zwar möglich, bezieht sich aber vor allem auf die regenreichen Sommermonate.

Angebaut wird eine große Vielfalt an Pflanzen: Zuckerrohr, Tabak, Kaffee, Mango, Papaya, Guaven, Bananen, Reis, Maniok, Malanga, Süßkartoffeln. Ein großer Teil ist Weidewirtschaft. Überhaupt ist Kuba, bedingt durch seine Geschichte, einer der Orte mit der höchsten Biodiversität an Nutz- und Kulturpflanzen und hierdurch auch Ziel für diesbezügliche Forschungen. Sowohl Spanier und Europäer, als auch Afrikaner, welche mehr oder weniger freiwillig hierher kamen, brachten ihre heimischen Gartenpflanzen mit oder holten diese nach. Zudem sind die klimatischen Gegebenheiten so, dass nahezu alles dort wachsen kann.

Geschichte

Auf der Suche nach einem kürzeren Seeweg nach Indien landete Christoph Columbus 1492 auf der Insel. 1510 begann Diego Velázquez im Auftrag der spanischen Krone Kuba zu unterwerfen. Wie zu dieser Zeit üblich, war man bemüht mit den Kolonien Geld zu verdienen. Da in Kuba jedoch keine Bodenschätze auszubeuten waren, ging man hier zu einer landwirtschaftlichen Nutzung über und führte den ersten professionellen

Tabakanbau für den Export ein. Weiterhin fand eine rasante Entwicklung des Zuckerrohranbaus statt. Der Markt hierfür war durchaus beträchtlich, denn der flächendeckende Anbau von Zuckerrüben in Europa fand erst Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts statt. Realisiert wurde dieser explosionsartige Ausbau des Zuckerrohranbaus durch Sklaven aus Afrika, für die Kuba zur damaligen Zeit das Haupt-handelszentrum war und woran noch heute eine Vielzahl von Gebäuden erinnern.

Im Gegensatz zum südamerikanischen Kontinent haben die Unabhängigkeitsbewegungen in Kuba erst am Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt. Zwischen 1868 und 1898 führten die Kubaner zwei Kriege für ihre Unabhängigkeit gegen die Spanier. Kurz bevor die Spanier endgültig abzogen, brachten sich die US-Amerikaner ein, um die Bestrebungen Kubas vordergründig zu unterstützen. Welche Interessen eigentlich dahinter steckten, wurde spätestens 1901, zur formalen Unabhängigkeit, mit dem „Platt amendment“ deutlich. Diese Vereinbarung sicherte den USA zu, auf kubanischem Boden zu intervenieren. Aus dieser Zeit stammt auch der Stützpunkt Guantanamo.

Die Galionsfigur der kubanischen Unabhängigkeit ist José Martí. Er war Poet und Schriftsteller. Durch seine kritischen Werke wurde er 1871 zur Zwangsarbeit in Spanien verurteilt, kehrte dann 1895 aber nach Kuba zurück und beteiligte sich am Unabhängigkeitskampf gegen Spanien. Er fiel am 19. Mai 1895 bei den Kämpfen.

Schon in den 30er Jahren begannen die USA massiv auf das Geschehen in Kuba Einfluss zu nehmen, indem sie die Militärdiktatur des faschistischen General Batista unterstützten. Sein Regime zeichnete sich vor allem durch Einschüchterung, gezielte Überwachung, Terror und absoluten Gehorsam gegenüber der amerikanischen Regierung aus. So kam es, dass ein Großteil der Landwirtschaft, aber auch der Industrie in die Hände von nordamerikanischen Großunternehmen geriet. Die Mehrheit der Bevölkerung war landlos und verdingte sich in Saisonarbeit, meist nur drei Monate im Jahr. Die Mehrheit aller Lebensmittel musste importiert werden. Es gab weder Strom noch fließendes Wasser und



Dr. Christian Schüler

Alter: 62 Jahre.

Landwirtschaftsstudium an der Uni Göttingen und Promotion, ebenfalls an der Uni Göttingen, im Bereich biologische Schädlingsbekämpfung.

Seit 1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Ökologischer Land- und Pflanzenbau, Uni Kassel, Witzenhausen.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind: ökologischer Kartoffelbau, Leguminosen im Ökolandbau, Kompostierung und Anwendung von Komposten, Kritik der Agrogen-technik.

Seit 1978 Mitglied in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Drei Aufenthalte in Kuba.

auch keinen Zugang zu Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Die Mafia nutzte Kuba als rechtsfreien Raum vor Nordamerika. Hier wurde Geld gewaschen und im großen Stil Prostitution und Spielhöhlen betrieben, um dubiose Geschäfte zu finanzieren. Diese verheerenden Umstände führten dazu, dass versucht wurde, die Militärdiktatur zu stürzen, was sich am 26. Juli 1953 zunächst im Angriff auf die Moncadakaserne in Santiago, durchgeführt durch eine Gruppe um die Brüder Castro, manifestierte.

Auch in anderen Teilen Kubas gab es Widerstand, welcher jedoch insgesamt scheiterte. Viele der Revolutionäre wurden erhängt oder erschossen. Fidel Castro jedoch entging diesem Schicksal und wurde lediglich inhaftiert. Später wurde er amnestiert und verließ Kuba umgehend, um den Widerstand von Mexiko aus zu organisieren. 1957 kehrte Castro in Begleitung u.a. des argentinischen Arztes Che Guevara zurück. Nach über zwei Jahren von der Bevölkerung unterstützter Guerillakampf musste Batista 1959 schließlich in die USA flüchten und die Revolutionäre übernahmen die Regierung.

Auch um den weiterhin vorherrschenden Einflüssen der USA zu entgehen, verkündeten die Revolutionäre 1961 offiziell, Kuba zu einer Sozialistischen Republik umzubauen und begannen mit der Überführung von Großgrundbesitz in Volkseigentum. 1962 eskalierte der Aufrüstungswettstreit zwischen USA und Sowjetunion in der Kubakrise. Dennoch dauerte es bis 1972, dass Kuba dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) beitrug, wodurch sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung drastisch verbesserten.

Der RGW wirtschaftete arbeitsteilig, wobei Kuba die Zucker- und Tabakproduktion für den Export zufiel. Einerseits erhielt Kuba so eine Vielzahl anderer Güter, unter anderem Erdölprodukte. Andererseits forcierte dies die einseitige Landnutzung und die Selbstversorgung der Bevölkerung litt darunter. Mit dem Zusammenbruch des RGW 1991 begann folglich eine schwierige Zeit für Bevölkerung und Regierung, von den Kubanern selbst *Período especial en tiempo de paz* (Sonderperiode in Friedenszeiten) genannt.

Die Auflösung von Sowjetunion und RGW, beinhalteten den Wegfall von Importen, wie Öl, Kunstdüngern und Pflanzenschutzmitteln. Das traf die hoch konventionalisierte Landwirtschaft empfindlich und führte zu regelrechten Einbrüchen. Dazu kam eine Verschärfung der US-Wirtschaftsblockade durch das Helms-Burton-Gesetz (1996), was den wirtschaftlichen Zusammenbruch und Nahrungsmittelknappheit zur Folge hatte. Die Maßnahmen der Politik waren u.a. die Umstellung der Zuckerproduktion auf Produkte für den heimischen Markt. Dies stellte insofern eine Schwierigkeit dar, da diese Flächen nicht dem Landwirtschaftsministerium unterstellt waren, sondern einem eigenen Zuckerministerium, welches durch seine vorherige Ausrichtung kaum die Ressourcen und das Wissen zur Nahrungsmittelproduktion besaß.

Zudem wurde nach neuen Bezugsmöglichkeiten für Öl unterhalb des Marktpreises gesucht, denn Kuba war finanziell nicht in der Lage den üblichen Marktpreis zu bezahlen. Hierbei wurde Venezuela zu einem wichtigen Partner, wobei die Bezahlung in der Hauptsache über Sachleistungen in Form von Ärzten und Sozialarbeitern funktioniert. Ein weiterer Punkt war die Erschließung neuer Devisenquellen, insbesondere des Tourismus, was schon zu Beginn kritisch gesehen und viel diskutiert war, denn mit dem Tourismus geht oftmals der Schwarzmarkt und die Prostitution einher, was sich im Nachhinein auch bewahrheitet hat. Dennoch war gerade diese Einnahmequelle einer der Faktoren, die dem Land über diese schwierige Periode hinweg geholfen hat. Wichtig war in diesem Zusammenhang, dass jeder Partner der Branche maximal 49 % Anteile erhielt und immer mindestens 51 % in kubanischer Hand blieben. Dies wurde später

auch bei anderen Investitionen so gehandhabt.

Schaut man sich heute den Weltbevölkerungsbericht an, dann ist deutlich zu erkennen, dass obwohl sich Kuba wirtschaftlich auf dem Stand eines Entwicklungslandes befindet, die humanitäre Entwicklung auf dem Stand der Industriestaaten liegt, zum Teil sogar darüber. Die zugrunde liegenden Parameter hierfür sind der ökologische Fußabdruck, die niedrige Kindersterblichkeitsrate (5,8 auf 1000 Lebendgeburten), die hohe Lebenserwartung (Männer: 77 Jahre, Frauen: 81 Jahre), der Zugang zu Gesundheitsversorgung (91 %) und Bildung (100 %) sowie die Alphabetisierungsrate (100 % bei beiden Geschlechtern).

Landwirtschaft

Schon im Mai 1959 gab es die erste Agrarreform. Sie beinhaltete die Begrenzung von privatem Landbesitz auf 405 ha pro Person, sowie die Verstaatlichung der großen Plantagen, was immerhin 44 % des Weide- und Ackerlandes bedeutete. Hierdurch konnten 160.000 Kleinbauern mit höherem Einkommen rechnen. Außerdem mussten Saisonarbeiter ganzjährig eingestellt werden und erhielten soziale Absicherung, Unfallversicherung, freien Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Schulen.

Auch stammt aus dieser Zeit, dass jeder staatlichen Einrichtung ein Stück Land, respektive eine komplette Farm mit Angestellten zur Bewirtschaftung und Versorgung der Kantinen zugeordnet wurde.

Ein ganz wesentlicher Punkt dieser Zeit war die Alphabetisierung. Jeder Kubaner, der lesen und schreiben konnte, war verpflichtet, für eine bestimmte Zeit aufs Land zu gehen und den Menschen dort unter einfachsten Bedingungen das Lesen und Schreiben beizubringen, was dazu führte, dass tatsächlich binnen weniger Jahre die Analphabetenrate drastisch reduziert wurde und der Zuspruch innerhalb der Bevölkerung noch einmal zunahm. Im weiteren Verlauf wurde auch diese Maßnahme zu einem „Exportprodukt“.

Die zweite Agrarreform 1963 beinhaltete die Begrenzung von privatem Landbesitz auf 67 ha pro Person, damit waren 63 % des urbanen Landes in staatlichen Besitz. Die 160.000 Kleinbauern verfügten über 20 % des Landes und sind seitdem in der ANAP (Nationale Vereinigung der Kleinbauern, Asociación Nacional de Agricultores Pequeños) zusammengeschlossen. Außerdem dürfen Ausländer seit 1965 kein Land mehr besitzen.

In den 60er und 70er Jahren fand eine Verbesserung der ländlichen Infrastruktur statt. Man bemühte sich, Strom- und Wasserleitungen bis in die Bauernhäuser zu bringen. Zudem wurde eine Verbesserung der hygienischen Bedingungen erwirkt und Malaria und Tuberkulose wurden eingedämmt. Kostenlose Nutzung von Schulen und Gesundheitseinrichtungen, Möglichkeit eines Studiums auch für Bauernkinder waren wichtige Errungenschaften dieser Zeit und gelten in dieser Art bis heute.

Kulturelle Einrichtungen wie Kühlschränke und Radios, welche bis dahin weitestgehend unzugänglich waren, hielten auch auf dem Land Einzug. Um die knappen Lebensmittel möglichst gerecht zu verteilen und den Schwarzmarkt einzugrenzen, führte die Regierung Lebensmittelkarten (Libreta) und das Recht auf Milch für Kinder, Schwangere und Alte ein. Die Hauptaufgabe der Landwirtschaft blieb jedoch die Produktion von Exportgütern wie z.B. Zuckerrohr, was einen hohen Einsatz von importierten chemischen

Düngern und einen hohen Mechanisierungsgrad mit sich brachte.

Auch die Milchproduktion ist eines der Beispiele für das damalige Wirtschaften. Auf Kuba produzierte man auf höchstem Niveau, durch gutes genetisches Material an Holstein-Friesian und einer fast ausschließlich auf Kraftfutter basierenden Fütterung, welches jedoch auch wieder importiert werden musste.

So wurde weiterhin ein sehr hoher Anteil benötigter Lebensmittel aus dem Ausland eingeführt, ebenso wie landwirtschaftliche Inputs, was eine starke Abhängigkeit und Anfälligkeit gegen Veränderungen des Weltmarktes und der Handelsstruktur mit sich brachte. Dies war allerdings nur möglich durch die vorteilhaften Tauschkurse der UdSSR. Wie instabil dieses System war, offenbarte sich 1990 mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks (RGW). 80 % des Exportmarktes und 80 % der Importe, chemischen Düngemittel, Kraftfutter, Veterinärmedikamente, Ersatzteile für Maschinen und Bewässerungssysteme fielen von einem Tag auf den anderen weg. Dies führte zu einem drastischen Absinken der Pro-Kopf-Kalorienaufnahme. Um dem zu begegnen, erhielten die bis dahin fast bedeutungslos gewordenen Libreta wieder großes Gewicht. Die Lebensmittelbeschaffung wurde zur Hauptaufgabe des Landes. Die gesamte Problematik wurde noch einmal verschärft unter den Bedingungen der Blockade, hier verdeutlicht am Beispiel des „Cuban Democracy Act“ von 1992: Schiffen, die in Kuba anlegen, ist es für 180 Tage untersagt, US-amerikanische Häfen anzulaufen. Damit steigen die Verschiffungskosten um 43 %.

In dieser Situation war es dann unumgänglich, dass ein Umdenken vor allem in der Landwirtschaft, hin zur Selbstversorgung, erforderlich wurde. Dies schlug sich in der dritten Agrarreform (1990er Jahre) nieder. 1993 wurden viele große staatliche Betriebe in UBPC (Unidades Básicas de Producción cooperativa, Basiseinheiten der Kooperativen Produktion) aufgegliedert. Aber auch Kleinbauern wirtschafteten nicht für sich allein. Obschon sie alleinige Nutzer des Landes blieben und dieses auch nach wie vor vererben können, organisierten sie sich in Kooperativen, den so genannten CCS (Cooperativa de Crédito y Servicio). Ebenso gab und gibt es die CPA (Cooperativa de Producción agraria). Dies sind landwirtschaftliche Produktionskooperativen, mit 40 bis 300 Mitgliedern, die ebenfalls als Einheit mit dem Staat in Verhandlung treten. Hier ist das Land im Besitz der Kooperative und wird kollektiv bearbeitet. Die Mitglieder werden täglich entlohnt und Dienstleistungen wie Wohnungen und Transport werden ihnen gestellt. Die Gewinne werden jährlich unter den Mitgliedern aufgeteilt.

Allerdings ist zu bemerken, dass gerade in dieser Phase eine große Zahl an Menschen vom Land in die Städte abwanderten und viele Flächen brach blieben, vor allem weil das Wissen fehlte, anders mit dem Land umzugehen.

1994 entstanden 121 Bauernmärkte und die Organopónicos (städtische Gärten) wurden etabliert. Aber auch grundsätzlich veränderte sich der Blickwinkel. Boden- und Wassermanagement in Hinblick auf die Besonderheiten der tropischen Böden und ihre Erosionsgefahr, Verzicht auf Chemikalien, biologischer Pflanzenschutz, Verwendung von Gründüngung und Kompost und auch der Umgang mit der Biodiversität und eigener Saatgutgewinnung traten in den Vordergrund. „Weiden ersetzen das Kraftfutter, Ochsen ersetzen die Traktoren“ dies wurde zur gängigen Parole.

Die letzten großen Änderungen geschahen 2011 im Rahmen des sechsten Parteitagess der PCC. Dazu zählte die Aktualisierung der Wirtschaftspolitik mit Verabschiedung des

neuen UBPC-Gesetzes mit größerer Autonomie und Selbstverwaltung. Während diese Kooperativen zuvor noch im Sinne der Planwirtschaft agierten und durch Misswirtschaft hoch verschuldet waren, werden sie heute für ihr wirtschaftliches Agieren in die Pflicht genommen. Auch bemüht man sich heute darum, über Zuteilung und eine Änderung der Marktordnung, die Bevölkerung wieder vermehrt dazu zu bewegen, aufs Land zu ziehen und dieses zu nutzen.

Kuba hat heute, ebenso wie viele andere Länder der Karibik und Südamerika, mit einer Vielzahl an Umweltproblemen zu kämpfen, wie Verlust der biologischen Vielfalt und Beeinträchtigung der Naturfunktionen, Degradierung der Böden, Beeinträchtigungen der natürlichen Bewaldung, Wassermangel und Probleme der Qualität des Wassers, Kontaminierung durch flüssige und feste Abfälle, Luftschadstoffe, chemische Produkte und Sondermüll sowie ein geringes Umwelt- und Risikobewusstsein.

Dazu kommt, dass der Klimawandel die Missstände zum Teil noch verstärkt. Dennoch tut Kuba eine Menge für Nachhaltigkeit und ist in diesem Sinne sogar als gesamtes Land ausgezeichnet.

Workshop textlich bearbeitet durch Y. Kohnen

Auswirkungen der GAP-Reform auf die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft

Workshop mit Henrik Maaß

Eigentlich sollte dieser Workshop auf die Vorträge vom Vormittag zur Agrarpolitik aufbauen. Da sich allerdings herausstellte, dass bei den Teilnehmer_innen noch ein sehr großer Klärungsbedarf bestand, wurde das Konzept umgestellt und es entstand eine Fragerunde. Die Fragen der Teilnehmer_innen und die Antworten sind im Folgenden zu Themen zusammengefasst.

Wie funktioniert die GAP-Reform?

Alle sieben Jahre gibt es eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Die aktuelle GAP-Reform bezieht sich auf den Zeitraum von 2014 bis 2020.

Im Sommer 2010 hat die Europäische Kommission erstmalig im Internet eine Mitmach-Aktion gestartet, um die Interessen der Bevölkerung abzufragen. Dazu konnten von jeder interessierten Bürgerin und jedem Bürger vier Fragen zur Landwirtschaft bearbeitet und Anregungen für die Reform gegeben werden.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse wurde auf einer öffentlichen Konferenz diskutiert und Ende 2010 hat die EU-Kommission einen ersten Vorschlag mit den Zielen der Reform veröffentlicht.

2011 wurden dann Stakeholder, also neben den Vertretungen der Bäuerinnen und Bauern (vor allem Copa Cogeca, auch die Bioverbände) auch die Agrarindustrie und Wirtschaft angehört und im Oktober 2011 wurde unter Berücksichtigung dieser verschiedenen Interessen der Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission veröffentlicht.

Die weiteren Entscheidungen liegen nun beim Europäischen Parlament und dem Ministerrat, die Kommission hat also nur noch eine beratende Funktion. Dass das Parlament mitentscheiden darf, ist eine Neuerung. Dafür bereiten Abgeordnete für den Agrarausschuss im Parlament einen Bericht aus den Vorschlägen der Kommission und ihren Änderungsvorschlägen vor und dieser wird im Agrarausschuss abgestimmt. Nach Vorlage des Berichtes können zuerst die Mitglieder des Agrarausschusses und später alle Abgeordneten aus dem Parlament Änderungsanträge stellen. Das waren bisher schon über 8.000, sodass der Einigungsprozess sehr langwierig ist.

Der Beschluss des gesamten Parlaments wird dann mit dem Rat der Europäischen Union, in dem in diesem Fall die Agrarminister_innen der Länder sitzen, abgestimmt, in einem sogenannten Trilog mit der Kommission, sodass am Ende die Gesetze für die Reform stehen.

Wann wird die GAP-Reform endgültig entschieden?

Zuerst muss der mehrjährige Finanzrahmen beschlossen werden, in dem unter anderem festgelegt ist, wie viel Geld überhaupt für die gemeinsame Agrarpolitik zur Verfügung steht. Momentan sind das mehr als 40 % des gesamten EU-Haushaltes. Nach der aktuellen Planung soll dieser Finanzrahmen Anfang 2013 entschieden werden, sodass das Parlament und der Rat bis Ende 2013 die Gesetze für die GAP-Reform festlegen können.

Falls durch mögliche Verzögerungen beim Finanzrahmen bzw. der Einigung auf die

GAP-Reform bis Anfang 2014 noch keine Gesetzestexte feststehen, kommt eine Übergangsreform zum Einsatz.

Wie wird der ökologische Landbau bisher in der Reform bedacht?

In dem Vorschlag der Kommission soll die ökologische Landwirtschaft nicht mehr als eine Agrarumweltmaßnahme unter anderen stehen, sondern in der zweiten Säule einen eigenständigen Block darstellen - neben Agrarumweltmaßnahmen, Agrarinvestitionsfördermaßnahmen und der Förderung des ländlichen Raumes.

Die Direktzahlungen oder ein Teil von ihnen sollen an das sogenannte „Greening“ gebunden werden. Ökologische Betriebe sollen dabei vom Nachweis dieser Greeningmaßnahmen befreit sein, da man davon ausgeht, dass sie aufgrund ihrer Bewirtschaftungsweise ausreichend für die Umwelt tun.

Welche Änderungen gibt es in den Vorschlägen noch?

Greening: Die Direktzahlungen, die ein Betrieb erhält, sollen in eine Basisprämie (70 %) und eine Greeningprämie aufgeteilt werden. Die Basisprämie ist wie bisher an die Cross Compliances gebunden, die restlichen 30 % der Direktzahlungen erhält der Betrieb nur, wenn er außerdem bestimmte Greeningmaßnahmen einhält. Dazu gehört, dass 7 % der Ackerfläche in ökologische Vorrangfläche umgewandelt werden. Das bedeutet allerdings keine Stilllegung. Auch Strukturmaßnahmen, Hecken, Bäume, Gewässer oder Streuobstwiesen fallen unter diese Definition. Außerdem wird versucht, eine gewisse Diversifikation auf die Äcker zu bringen, indem mindestens drei Früchte mit einem Mindestanteil von 5 % angebaut werden müssen, wobei die Hauptfrucht nur einen Anteil von max. 70 % haben darf. Zu den Greening-Maßnahmen gehört auch ein Verbot von Grünlandumbrüchen, um das bestehende Grünland zu schützen. Der Stichtag dafür ist der 1.1.2014.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) und andere Vertreter_innen mit Umweltinteressen fordern, dass auch Flächen, die ohne Pestizide und Kunstdünger bewirtschaftet werden oder auf denen Leguminosen angebaut



B.Sc. Henrik Maaß

geb. 1985, absolvierte nach der Ausbildung zum Landwirt das Bachelorstudium zur ökologischen Landwirtschaft an der Uni Kassel/Witzenhausen und studiert jetzt dort im gleichnamigen Masterstudiengang.

Der elterliche Familienbetrieb in Ostwestfalen ist ein 80 ha Biolandhof mit Schweinen, Mutterkühen, Legehennen und Direktvermarktung.

Seit 2009 ist Henrik Maaß aktiv bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und seit 2010 dort für die junge AbL im Bundesvorstand, wo er zur gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) sowie zur Vernetzung mit Via Campesina (weltweite Bewegung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern) arbeitet.

Projektgebunden ist er an der Organisation von Aktionen, Tagungen und Gesprächen zur GAP-Reform beteiligt.

Seit 2012 koordiniert er die AbL-Landesgruppe Hessen.

werden, zu den ökologischen Vorrangflächen zählen. Außerdem sollten alle Direktzahlungen an die Greeningmaßnahmen gebunden werden und der höchste prozentuale Anteil der angebauten Früchte auf maximal 50 % verringert werden. Der Deutsche Bauernverband (DBV) hält die Greeningmaßnahmen für überflüssige Bürokratisierung und will möglichst keine Änderungen.

Deckelung: Die Direktzahlungen sollen nicht mehr als 300.000 € pro Betrieb betragen, wobei diese „Deckelung“ ab Zahlungen von 150.000 € stufenweise erfolgt. In Deutschland würde das 80 Betriebe betreffen. Um einen Anreiz zur Arbeitsplatzschaffung zu geben, können die Lohnkosten, die ein Betrieb an seine Mitarbeiter zahlt, angerechnet werden. Dadurch erhöht sich der Höchstbetrag der Direktzahlungen (insofern ein Anspruch besteht) von 300.000 € um die Höhe der Lohnkosten.

Die AbL und andere Vertreter_innen mit Umweltinteressen fordern, die Grenzen deutlich niedriger anzusetzen und maximal 50 % der Lohnkosten anzusetzen. Der DBV will diese Regelung komplett verhindern.

Junglandwirteförderung: 2 % der Direktzahlungen sollen für Junglandwirte, also Landwirtinnen und Landwirte unter 40 Jahren eingesetzt werden.

Aktive Landwirte / Landwirtinnen: Außerdem sollen die Zahlungen nur noch „aktiven Landwirten“ zur Verfügung stehen. Dadurch soll verhindert werden, dass industrielle Unternehmen, die nicht direkt in der Landwirtschaft tätig sind, mit Geld aus der Agrarförderung unterstützt werden, wie z.B. Coca Cola. Die Definition des „aktiven Landwirts“ soll an den Anteil des Einkommens aus der Landwirtschaft gebunden sein.

Kofinanzierung: Die Länder und in Deutschland die Bundesländer haben bei der Ausgestaltung der Maßnahmen der zweiten Säule einen größeren Spielraum. Bei Maßnahmen, die sie umsetzen, müssen sie einen festgelegten Anteil der Ausgaben selber tragen. Der Anteil, den die EU bezahlt, soll auf meist 50 % vereinheitlicht werden.

Wie viel Einfluss hat der Deutsche Bauernverband auf die Reform?

In Expertenanhörungen oder Expertengremien können Organisationen auf EU-Ebene Einfluss nehmen. Der Deutsche Bauernverband hat ein eigenes Büro in Brüssel und ist mit den Bauernverbänden der anderen Länder in COPA, dem Verband der Bauernverbände, zusammengeschlossen. COPA und COGEKA (Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften) haben zusammen 50 Mitarbeiter und ständige Sitze im Agrarausschuss. Zum Vergleich: Die Bioanbauverbände haben keine eigenen Büros, sondern nur ihre Dachorganisation IFOAM hat ein Büro in Brüssel mit sieben Mitarbeitern. Diese sind allerdings nicht alle für die Landwirtschaft zuständig. Einen Sitz im Agrarausschuss bekommt IFOAM nur, wenn es um ökologischen Landbau geht.

Via Campesina, bei denen die AbL Mitglied ist, haben fünf Mitarbeiter in Brüssel, von denen aber nur einer hauptamtlich für Agrarpolitik zuständig ist.

Ein Problem ist aber nicht nur der Bauernverband, sondern die enorme Macht der Ernährungs- und Agrarindustrie. Bei einer Anhörung zu Pestiziden zum Beispiel waren 100 Leute aus der Industrie eingeladen und nur zwei von Greenpeace.

Wie können wir Einfluss nehmen?

Die Kampagne „meine Landwirtschaft“ koordiniert einen Abgeordnetencheck. Dafür werden den Abgeordneten des Parlamentes, in Hessen betrifft das sechs Abgeordnete, Fragen geschickt und um ein Pressegespräch gebeten. Dort kann man zum Beispiel die Abgeordneten, die oft wenig Expertise im Bereich der praktischen Landwirtschaft aufweisen, über die Auswirkungen der Reformvorschläge aufklären und ihre Meinungsbildung anregen. Außerdem läuft seit dem Good Food March eine europaweite Foto-Aktion, bei der jeder die eigenen Forderungen auf einem DIN A4 Blatt vor einem Hintergrund seiner Wahl in der eigenen Sprache präsentieren kann. Im Herbst 2012 wurden bereits 1300 solcher Fotos dem Agrar-Kommissar Ciolos sowie wichtigen Mitgliedern des Parlaments und des Rats überreicht.

Auf hessischer Ebene wird gerade der Entwicklungsplan im ländlichen Raum, also die Ausgestaltung der zweiten Säule, für die nächsten sieben Jahre festgelegt. Auch wenn sich die Regierung schon mit dem Hessischen Bauernverband einen „Zukunftspakt Landwirtschaft“ abgesprochen hat, kann hier noch mitgestaltet werden. Mit konkreten Forderungen könnten Menschen sich zusammenschließen und ein Positionspapier verfassen, das den Verantwortlichen der Hessischen Regierung tatsächliche Bedarfe deutlich macht. Richtig einbringen können sich die Organisationen, die als Wirtschafts- und Sozialpartner Mitglied im ELER-Begleitausschuss sind. Diese werden dann informiert und angehört.

Aber auch die Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen zu den eigenen Forderungen stärkt den Entscheidungsträgern den Rücken, die sich für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft einsetzen. Wenn sie auf viele Menschen verweisen können, werden sie auch bei Anhörungen eher ernst genommen.

Workshop textlich bearbeitet durch D. Kratz

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/agriculture> (Seite der Europäischen Kommission)

<http://www.meine-landwirtschaft.de> (hier gibt es u.a. den „Abgeordnetencheck“)

<http://www.agrarbuendnis.de> (Bündnis für eine ökologisch-soziale Agrarpolitik)

<http://www.abl-ev.de> (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)

<http://goodfoodmarch.eu> (u.a. Foto-Aktion)

<http://www.arc2020.eu> (Agricultural Rural Convention, Dachorganisation von „Meine Landwirtschaft“)

Landwirtschaftlicher Tierschutz und Politik

Workshop mit Siegfried Jäckle

In der Landwirtschaft gilt Tierschutz, je nach Sichtweise, als selbstverständlich oder als Bedrohung. Letztere Sichtweise hat mit der Entfremdung der Gesellschaft von der Landwirtschaft zugenommen, weil Tierwohl zum emotionalen Trend unserer Wohlstandsgesellschaft geworden ist. Diese Forderungen der Gesellschaft versucht die Politik ordnungsrechtlich umzusetzen. Bei der Durchsetzung und Kontrolle konzentriert sich die Administration auf leicht prüfbare quantitative Maßstäbe, wodurch der Tierschutz ökodiktatorische Züge angenommen hat. Dies zwingt bäuerliche Landwirtschaft in industrielle Normen.

Daraus ergeben sich folgende Kernfragen für den Workshop:

Welche Nebenwirkungen haben die politisch administrativen Regelungen vor Ort? Können technische/quantitative Normen das von der Gesellschaft erwartete Tierwohl sichern? Ist Tierschutz ein Marketinginstrument? Und wie können wir das Tierwohl ganzheitlich beurteilen?

Als erstes wird die Frage gestellt, was wir unter den Begriffen Landwirtschaft, Tierschutz und Politik verstehen. Die Bedeutung der Begrifflichkeiten haben keine scharfen Grenzen, weshalb wir uns schwer tun, eine Definition aufzustellen. Beispielsweise ist es bei dem Begriff des Tierschutzes zu einer Vermischung zwischen Haustieren und Nutztieren gekommen. Dies ist fragwürdig, da wir an beide Tiergruppen unterschiedlichste Anforderungen stellen.

Tierschutzaufgaben und ihre Nebenwirkungen

Anhand einiger Beispiele wird geschildert, welche Nebenwirkungen die gesetzlichen Tierschutzaufgaben auf die Verbraucher sowie auf die Erzeuger haben.

Kälberhaltungsverordnung

Auslösend für die Kälberhaltungsverordnung war die in den 60er bis 80er Jahren weitverbreitete praktizierte Kälbermast in engen Boxen und Dunkelställen. Dahinter stand die Nachfrage nach weißem Kalbfleisch. Die Regierung verabschiedete eine Verordnung, die die Einzelhaltung sowie die Anbindung der Tiere bis zu sechs Monaten verbietet. Zusätzlich ist die Größe des Stalls sowie die Beleuchtung von 80 Lux für 10 Stunden pro Tag vorgeschrieben.

Die Folgen dieser Verordnung sind, dass kleine landwirtschaftliche Betriebe z.B. im Schwarzwald aufgegeben haben, weil sie aufgrund von Platzmangel die vorgeschriebenen Vorgaben nicht erfüllen können. Obwohl in Kleinbetrieben die Kälber nicht in Dunkelställen gemästet wurden, was nur in spezialisierten Mastbetrieben gemacht wurde, sind kleine Betriebe am stärksten von der Verordnung betroffen. Weitere Folgen der Verordnung sind, dass die in Süddeutschland geborenen schwarzbunten Kälber heute zur Mast nach Spanien exportiert werden, weil dort die Auflagen nicht so streng ausgelegt sind. Die in der Kälbermast erwünschte Gruppenhaltung führt oft zu arbeitswirtschaftlichen Problemen, weshalb das Geschäft mit kompakter Technik und Kälberhütten floriert.

Zuchtsauenhaltung

In der neuen Nutztierhaltungsverordnung für Schweine, die ab 2013 gilt, wird verboten, tragende Sauen in Einzelhaltung oder in Anbindung zu halten. Auslöser der Verordnung ist die strohlose Ferkelerzeugung in Großbeständen aufgrund des Preisdruckes in den Märkten. Die Verordnung sieht vor, dass die Sauen in Gruppen gehalten werden. Vorgegeben werden Stallmaße, nur teilweise perforierte Böden, sowie eine stallinterne Kühlmöglichkeit.

Das bereitet vielen Sauernhaltern Kummer, denn sie können es sich nicht leisten, die Ställe umzubauen oder in extremen Fällen sogar neue Stallanlagen zu errichten. Die Folge sind wiederum Betriebsaufgaben, weil die Investitionen in größere Ställe zu hoch sind.

Die Ferkelerzeugung wandert an europäische Standorte mit weniger Auflagen. Um größere Ställe zu bauen, werden Kredite aufgenommen und um diese abzuzahlen, braucht man ein größeres Produktionsvolumen. So entstehen wiederum immer größere Zuchtsauenbetriebe, die von der Regierung mit Investitionsförderung unterstützt werden.

Ein kürzlich veröffentlichter Artikel beschreibt die aktuelle Situation ganz gut: Die Dänen haben für ihre intensive Tierhaltung schon früh strenge Tierschutzverordnungen in ihrem Land erlassen. Nun bauen Dänen und Holländer Schweineställe zwischen Belgien und Polen, weil die EU keine einheitlichen Auslegungen der Rechtsnormen findet.

Kleinbetriebsregelung der Anbindehaltung im Ökolandbau

In den EU-Richtlinien für Ökolandbaubetriebe ist die Freilandhaltung von Rindern vorgeschrieben. Die Definition von Freilandhaltung kann sehr unterschiedlich ausgelegt werden, da es in der EU unterschiedliche Strukturen gibt. Um diesen unterschiedlichen Strukturen gerecht zu werden, hat die EU in der Öko-Verordnung eine Kleinbetriebsregelung vorgesehen. Sie besagt, dass in Kleinbetrieben die Anbindehaltung von Rindern weiterhin zulässig ist, wenn ihnen Auslauf und Weidegang angeboten wird. Die Definition des Kleinbetriebes hat die EU den Ländern überlassen, was zu sehr unterschiedlichen Auslegungen geführt hat:



Siegfried Jäckle

Geb. 1945 auf einem Hof am Stadtrand von St.Georgen im Schwarzwald.

Landwirtschaftliche Ausbildung, Fachschule, Meisterprüfung. Wanderjahre im Allgäu, Dänemark, Wales, sowie als Betriebs Helfer und Verwalter.

Einheirat auf den Spittelhof mit 16 ha auf 950 m NN, der bis heute mit den Töchtern bewirtschaftet wird.

37 Jahre beim Landwirtschaftsamt als Berater für Tierhaltung und Futterbau tätig.

Gründung des Forum Pro Schwarzwaldbauern e.V als bergbauerlicher thinktank.

Engagement für eine bodenständige und ökosoziale Landwirtschaft.

In Südtirol gilt seit 2002 als Kleinerzeuger, wer weniger als 30 Großvieheinheiten (RGV) hat. In den nördlichen Bundesländern gilt seit 2011 die Grenze von 25 Raufutterverzehrende Großvieheinheiten (RGV) und in Bayern, Baden-Württemberg sowie Österreich sind es 35 RGV.

Dabei betont Bayern Freilandhaltung ohne konkrete Auflagen für den Stall.

Baden-Württemberg stellt zusätzliche Auflagen für Stallmaße und Auslaufgestaltung.

Österreich benutzt im Ökolandbau den sogenannten Tiergerechtheitsindex. Betriebe mit Anbindehaltung müssen mindestens 24 Punkte erreichen.

Diese Unterschiede in der Auslegung machen zunehmend Probleme bei den Kontrollstellen sowie bei Molkereien, die grenzüberschreitend Milch erfassen. Sie lenken einerseits von den wirklichen Tierschutzproblemen ab und schaffen andererseits zwischen den Bauern in den verschiedenen Ländern das Gefühl der Diskriminierung.

Cross-Compliance

Die EU-Agrarzahungen sind an unterschiedliche Verpflichtungen z.B. zum Umwelt- und Tierschutz gebunden. Diese nennt man Cross-Compliance. Die Direktzahlungen oder Fördermaßnahmen sind europaweit an die Cross-Compliance-Richtlinien gebunden.

Im Vergleich mit Konkurrenten in anderen Ländern entstehen durch diese hohen Standards höhere Produktionskosten, die durch die Direktzahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt ausgeglichen werden sollen. Grundlage für die Cross-Compliance-Kontrollen im Bereich Tierschutz sind die Nutztierhaltungsverordnungen.

Die Prüfung derer konzentriert sich auf messbare technische Parameter, wie bei der Kälberhaltung. Dies führt dazu, dass viele Landwirte „nur“ diese Parameter einhalten und alle anderen Kriterien der klassischen Tiergerechtheit außer Acht lassen, wie die Weidehaltung, welche als solche immer mehr in den Hintergrund gerät. Die Weidehaltung wird bisher in keinster Weise in der Entwicklung der Tierhaltungssysteme berücksichtigt.

Erfüllen technische Normen unsere Erwartungen?

Seit Jahren sind die Vor- bzw. Nachteile von Anbindehaltung und Laufstall Auslöser für Diskussionen in der Fachwelt.

Es ist belegt, dass die Mortalitätsrate bei Rindern in Anbindeställen signifikant geringer ist als in Laufställen. Außerdem ist sie in großen Beständen deutlich größer als in kleineren. Weiter belegt die Studie, dass die Betreuung der Einzeltiere besser ist, denn Betreuung steht im Zusammenhang mit der Tierzahl pro Tierhalter. Siegfried Jäckle sagte: "[...] wenn in einem bäuerlichen Betrieb ein Tier krank ist, dann ist die Familie krank [...]". Denn das hat Auswirkungen auf den gesamten Betrieb.

Der Laufstall für Rinder und die Käfige für Hühner stammen aus der gleichen Entwicklungsepoche. Der Laufstall ist wie die Hühnerkäfige nicht aus Tiergerechtheit entwickelt worden, sondern aus arbeitswirtschaftlichen Gründen. Trotz der Vorteile des Laufstalles für die Tiere bringt er auch ein erhöhtes Streßrisiko, vor allem durch zu enge Laufgänge und Liegebuchten.

Enthornung der Rinder ja oder nein? Welche Faktoren spielen bei der Entscheidung eine Rolle?

Die Teilnehmer_innen werden gefragt, wer für und wer gegen das Enthornen der Rinder sei. Drei Leute sind für das Enthornen und 23 dagegen. Ein Teilnehmer erklärt, dass er selbst von einem Milchviehbetrieb mit einem Laufstall, der für Kühe mit Hörnern zu eng ist, kommt. Nur bei genügend Platzangebot, breiten Laufgängen und keinen Engstellen im Stall können Kühe mit Hörnern gehalten werden. Dort besteht die Möglichkeit, dass rangniedere Tiere dem ranghöherem Tier ausweichen können. Dem gegenüber ist eine Teilnehmerin der Meinung, dass die Hörner für das Ausleben gewisser Sozialverhalten wichtig seien. Außerdem sollen die durchbluteten Hörner einen positiven Zusammenhang mit dem Wiederkäuen haben. Sind die Hörner entfernt, reagiert der Rinderkopf mit einer Vergrößerung. Man kann sich fragen, ob Enthornungen Auswirkungen auf die Tiergesundheit und somit auf die Qualität der Milch haben. Kommt es in einem Bestand zu aggressivem Verhalten bei Kühen mit Hörnern, erreicht man ein ruhigeres Verhalten, indem man die Spitzen der Hörner abschleift. Bei der Enthornungsfrage ist der Tierschutzaspekt und der ethische Aspekt sowie der ursprüngliche Anspruch an den biologischen Landbau längst hinter arbeitswirtschaftlichen und sicherheitsbedingten Argumenten zurückgetreten.

Tierschutz als Marketinginstrument?

Da in unserer Wohlstandsgesellschaft Tierwohl sich zu einem emotionalen Trend entwickelt, werden Haltungsformen, die diesem Ideal entsprechen, oder wenigstens Bilder, die dies suggerieren, für den Lebensmittel- und den Agrarmarketingsektor immer interessanter. Siegfried Jäckle lieferte in seinem Workshop einige interessante Beispiele, die dies deutlich machen und Probleme dieses Phänomens aufzeigen.

Eine namhafte süddeutsche Erzeugergemeinschaft wirbt mit einem Bild, auf dem im Vordergrund ein gutes Dutzend Schweine mit ihrem Hirten auf der Weide zu sehen sind. Im Hintergrund sind, neben Aufnahmen der Qualitätskontrolle und der eines mittelständischen Schlachthofes, zwei Bilder kleinstrukturierter Fleischereifachgeschäfte zu erkennen. Dies soll neben Kunden- und Handwerksnähe suggerieren, dass alle Schweine in Freilandhaltung leben würden. Mit der Wahrheit stimmt das nur bedingt überein, weil die Mast in Ställen erfolgt. Aber Bilder transportieren Botschaften. Botschaften lösen Emotionen aus und Emotionen beeinflussen maßgeblich unser Kaufverhalten.

Wie ist das Tierwohl ganzheitlich oder nachhaltig zu beurteilen?

Das Schweizer Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) beschreibt den Tierschutz in zwei Definitionen. Sie unterscheiden zwischen quantitativem und qualitativem Tierschutz.

Der quantitative Tierschutz definiert klare, scharfe Grenzen und ist weit entwickelt (z.B. Stallmaße, Auslauf, Weide, Alter der Tiere, Fristen).

Unter dem qualitativen Tierschutz versteht man Gesundheit, soziale Werte (Tier-Mensch-Beziehung, Herdengröße, Mutter-Jungtier-Beziehung, Herdenstruktur, Tiertransporte), Wohlbefinden und ethische Werte. Diese Definition ist nicht so klar zu definieren und zu kontrollieren und steht noch in den Anfängen. Hiermit sollte sich die bäuerliche Gemeinschaft auseinandersetzen und weiter daran arbeiten.

Von dem Tierschutzbeauftragten Karl Erlach von Bio-Austria ist das Tierwohl in fünf Freiheiten aufgeführt:

- Freisein von Durst, Hunger oder Mangelernährung
- Freisein von Mangel an entsprechender Behaglichkeit und Unterkunft
- Freisein von Krankheiten, Verletzungen und Parasiten oder rasche Diagnose und Behandlung
- Freiheit zum Ausleben der meisten Verhaltensweisen
- Freiheit von Angst (Stress)

Der Österreichische Weg im Tierschutz (Bartussek, sowie Sundrum in D) ist der Tiergerechtheitsindex (TGI). Der TGI beurteilt Haltungssysteme ganzheitlich nach fünf Kriterien mit einer Bewertung durch Punkte:

- Bewegungsmöglichkeit
- Sozialkontakt
- Bodenbeschaffenheit
- Licht und Luft (Stallklima)
- Betreuungsintensität

Die erreichte Punktzahl definiert die Stufe der Tiergerechtheit. Dabei gelten:

Bis 15 Punkte: nicht oder kaum tiergerecht

16 - 20 Punkte: wenig tiergerecht

21 - 24 Punkte: ziemlich tiergerecht (entspricht einer „tierschonenden“ Haltung)

25 - 28 Punkte: tiergerecht (entspricht einer „tiergerechten“ Haltung)

Mehr als 28 Punkte: sehr tiergerecht (entspricht einer „sehr tiergerechten“ Haltung)

Auch in der konventionellen Landwirtschaft wird der TGI mit geringeren Anforderungen angewendet. Die Ziele des TGI sind die Verbesserung des Nutztierhaltungsstandards durch Berücksichtigung von Standortbedingungen und Betreuung.

Diskussion

Teilnehmer: Was bedeutet Tierschutz eigentlich? Bedeutet es, dass wir Richtlinien einhalten? Es müsste eine Diskussion geführt werden, um bessere Richtlinien zu erlassen.

Jäckle: Wir würden vorankommen, wenn es gelänge, dass Tierschützer und Landwirte sich austauschen. Könnt Ihr mir Ebenen nennen, in denen eine Diskussion stattfinden kann?

Teilnehmer: In den verschiedenen Agrarbündnissen, z. B. in Niedersachsen und Bayern findet ein Austausch statt. Aber auf der lokalen Ebene sind Diskussionen sehr schwierig, da die Fronten verhärtet sind. Auf der höheren Ebene kann man sich für die landwirtschaftlichen Themen sensibilisieren.

Jäckle: Ich meine, wir müssen die Diskussionen auf der Ebene, in der Beschlüsse gefasst werden, führen. In der Umsetzung des Tierschutzrechtes in der bundesdeutschen Diskussion ist sehr wenig Handlungsfreiraum, denn die Umsetzung liegt in den Händen der Bundesländer. Aber wer leitet als Moderator solche Diskussionen von unterschiedlichen

Gruppen, sollten sie zusammen finden?

Teilnehmer: Ich fordere mehr Offenheit von den Seiten der Landwirte. Auf den Höfen wird oft noch hinter verschlossenen Hoftoren gewirtschaftet. Das „Sich-Öffnen“ gegenüber der Öffentlichkeit ist doch wichtig, damit man sehen kann, was dort passiert. Vielleicht ist das Bild, welches man dann vermittelt, auch eine Form der Kommunikation.

Jäckle: Da bin ganz Ihrer Meinung. Auf allen Ebenen muss die Bereitschaft, miteinander zu kommunizieren, verbessert werden.

Teilnehmer: Ich finde, dass der Tierschutz sehr verbohrt ist und sich davon entfernt, was Landwirtschaft im Kern meint. Ich kann mir auch nicht vorstellen, mich als Landwirtin in eine Tierschutzorganisation einzubringen. Ich weiß nicht, wo und mit wem ein Dialog stattfinden soll, wenn so militant agiert wird wie in einigen Tierschutzverbänden.

Teilnehmer: Ich denke, um den radikalen Tierschützern den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist es wichtig zu sagen, warum wir eigentlich Nutztiere halten. Wenn ich einem Tier mit Respekt begegne, finde ich es in Ordnung, dass es sein Leben gibt. Der Mensch soll endlich verstehen, dass ein Nutztier ein Lebewesen ist und aus vielen Gründen benötigt wird. Es kann keine Lösung sein, wie es der radikale Tierschutz fordert, keine Tiere mehr zu halten. Die Massentierhaltung ist aber auch nicht die Lösung. Am besten wäre es, einen Zwischenweg zu finden.

Teilnehmer: Vielleicht hilft es, sich zu verdeutlichen, was die Auslöser des heutigen Tierschutzproblems sind. Wie war das früher? Wurden früher die Schnäbel von Hühnern gestutzt oder von den Schweinen die Schwänze kupiert? Wie haben wir Tiere gehalten? Wie war unsere Beziehung zu Tieren? Wenn wir weniger auf die ökonomischen Gründe schauen und uns als Menschen wieder gut behandeln in einem menschlicheren Ökosystem, dann behandeln wir unsere Nutztiere automatisch besser. Über die Politik zu gehen, ist nur eine Symptombehandlung.

Teilnehmer: So wie wir mit Menschen umgehen, gehen wir mit Tieren um. Ich glaube nicht, dass früher der Umgang mit den Tieren besser war, sondern vielleicht viel instrumenteller, denn mit den Menschen ist auch entsprechend umgegangen worden. Heute ist mehr Bewusstsein vorhanden und es wird über Tierwohl geredet. Der Tierschutz prägt oft die Polarität: böser Mensch, gutes Tier.

Vortrag textlich bearbeitet durch M. Elsner

Literatur:

Landwirtschaftlicher Informationsdienst: <http://www.lid.ch/de/medien/mediendienst/artikel/infoarticle/6310/>

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz,
<http://www.bmelv.de>

Buchtipp: „Kühe verstehen, eine neue Partnerschaft beginnt“ von Martin Ott, erschienen im FONA & FARO Verlag AG, CH-5600 Lenzburg

Umweltbewegungen und politische Entscheidungen

Vortrag von Martin Hofstetter

Wie setzen Umwelt-NGOs (Non-Governmental Organisation) Lobbyarbeit ein, um ihre Ziele zu erreichen? Können Umwelt-NGOs angesichts der personellen und finanziellen Lobby-Übermacht der Industrie überhaupt erfolgreich auf diesem Gebiet sein? Wie besorgen sich NGOs Informationen? Wie versuchen sie politische Entscheidungen zu beeinflussen? Welche Rolle hat dabei die stille Lobbyarbeit? Wie werden die öffentlichen Medien genutzt? Diese Fragen sollen im Folgenden behandelt werden.

In Deutschland ist Greenpeace neben dem WWF die größte Non-Governmental Organisation mit 580.000 Unterstützern und Einnahmen von ca. 50 Mio €. Weltweit ist die Organisation mit 47 Büros vertreten. Die internationalen Schwerpunktthemen von Greenpeace sind Klima- und Energiepolitik, der Wald- und Meeresschutz, eine nachhaltige Landwirtschaft sowie Chemiethemata wie z.B. Einsatz von Pestiziden.

Wer macht die politische Arbeit von Greenpeace eigentlich?

Der Hauptsitz von Greenpeace in Deutschland ist aus historischen Gründen in Hamburg mit ca. 150 Mitarbeitern. In Berlin ist Greenpeace mit einem kleinen Büro, in dem vier Lobbyisten und zwei weitere Mitarbeiter arbeiten, vertreten. Die politische Vertretung in Berlin wird inhaltlich durch 30 Fachexperten aus Hamburg unterstützt, die vertieftes Wissen über Einzelthemen wie nationaler oder internationaler Meeresschutz oder Gentechnikzulassung haben. Neben der nationalen politischen Arbeit in Berlin besitzt Greenpeace in Brüssel ein EU-Büro. Dieses hat eine zunehmende Bedeutung für Greenpeace in Deutschland, da umweltpolitische Entscheidungen immer weniger auf nationaler, sondern auf europäischer Ebene entschieden werden. In Brüssel arbeiten zehn sogenannte Political Advisor zu den Themen Klima/Energie, Verkehr, Wälder und Gentechnik. Weltweit gibt es ein Netzwerk an Fachexperten, die von Greenpeace International in Amsterdam geleitet werden. Diese Experten nehmen an internationalen Konferenzen teil, halten Kontakt zu Wissenschaftlern und internationalen Gremien und sorgen für den Informationsfluss in beide Richtungen.

Ist Lobbyismus ein anrühiges Geschäft?

Im vereinfachten Sinne kann Lobbyismus auch als Beratungsbedarf der Politik bezeichnet werden, „eine Interessenvertretung mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen (...) ein elementares Gestaltungsmittel in einer Demokratie (...) eine Form der Mitwirkung an der Gesetzgebung und an politischen Entscheidungen, die nicht durch Gesetze geregelt ist.“ (LEIF/SPETH, 2003)

Greenpeace macht Lobbyarbeit für die Umwelt, die sich nicht selbst verteidigen kann, um die öffentlichen Güter gegen Partikularinteressen z.B. der Auto-, der Chemie- oder der Biokraftstoffindustrie zu schützen. Das ist ein zentraler Unterschied zur Lobbyarbeit von Unternehmen, deren Ziel es ist, Gewinnmaximierung der eigenen Unternehmen sowie „Störungsfreiheit“ zu sichern. Im Vergleich zu anderen NGOs hat Greenpeace den Vorteil, vollständig unabhängig agieren zu können, da die Organisation sich nur aus Spenden finanziert. Es werden grundsätzlich keine Gelder von Regierungen, Parteien, Unternehmen und Verbänden angenommen. Andere NGOs müssen häufig mit finanzieller Unterstützung aus Berlin, Brüssel oder Drittmittelgebern arbeiten und

sind diesen dann auch in gewisser Weise verpflichtet. Diese Rücksichtnahme muss Greenpeace glücklicherweise nicht machen. Greenpeace fühlt sich allein den eigenen Spendern verpflichtet. Öffentlich medial stark wahrgenommene Kampagnen zeigen zum einen den Spendern, wofür ihr Geld eingesetzt wird, setzen zum anderen aber auch Unternehmen und Firmen stark unter Druck.

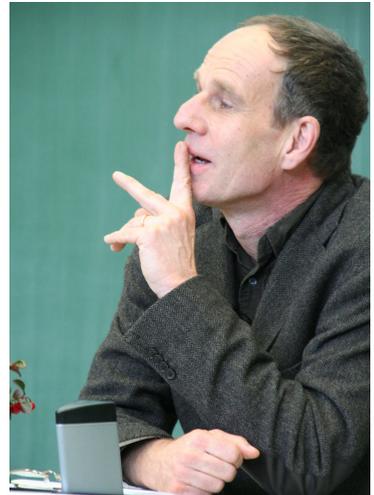
Allerdings reichen sie häufig nicht aus, um zu positiven Veränderungen zu kommen. Die Lobbyarbeit ist sozusagen die Kehrseite der öffentlich wirksamen Kampagnenarbeit, wird medial kaum wahrgenommen, ist aber ähnlich wichtig.

Die Instrumente der Lobbyarbeit sind z.B. direkte Gespräche mit Politikern, Ministerialbeamten und mit der Wirtschaft, die Teilnahme an politischen Terminen (Konferenzen, Konsultationen) und die Veröffentlichung von Positionspapieren. Gute Lobbyarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass Kontakte zu Entscheidungsträgern und politischen Schaltstellen wie Ministerien über längere Zeiträume gepflegt werden. Bei parlamentarischen Abenden auf Bundesebene lädt man gemeinsam mit einem Bundespolitiker ein, um über ein bestimmtes Thema zu diskutieren.

Die Repräsentation von Greenpeace kann über öffentliche Auftritte wie Podiumsdiskussionen, Vorträge, Empfänge oder Veranstaltungen, oder über eigene Veranstaltungen wie Diskussionsrunden oder ein Sommerfest erfolgen. Auch politische Medienarbeit ist sehr wichtig.

Gerät ein Thema auf die Tagesordnung der Politik, so sind die Lobbyisten von verschiedenen Interessengruppierungen, vor allem der Wirtschaft sehr schnell aktiv, um Einfluss auf den Prozess zu nehmen. Wenn beispielsweise die europäische Kommission sagt, dass bei einem bestimmten Thema Handlungsbedarf besteht, so kann man sicher sein, dass die spezifischen Wirtschaftsvertreter bereits die Klinke des zuständigen Sachbearbeiters in der Hand haben.

Aufgrund ihrer personellen Ausstattung nehmen NGOs leider erst später Einfluss auf Gesetzesänderungen als Wirtschaftsunternehmen. Die Erfahrung zeigt, dass es dadurch viel schwieriger wird,



Dipl. Ing. agr. Martin Hofstetter

Jg. 1961. Nach einer landwirtschaftlichen Lehre studierte er von 1983 - 1988 in Witzenhausen Landwirtschaft sowie im Anschluss Umweltsicherung und Landschaftsplanung an der Uni Kassel. Anfang der 90er Jahre hat er für Bioland in Niedersachsen gearbeitet, ist dann an die Uni Kassel zurückgekehrt und hat im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte agrarpolitische und agrarsoziologische Fragestellungen untersucht. Von 2002 - 2006 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Fachgebiet Landnutzung und regionale Agrarpolitik in Witzenhausen tätig. Seit 1998 arbeitet er bei Greenpeace, zunächst mit dem Schwerpunkt Gentechnik, später auch zu Pestiziden, Biomasse/ Biosprit, Patente, Agrarpolitik. Seit vielen Jahren ist er in der AbL, eine Zeit lang davon auch im Vorstand.

politische Prozesse positiv zu gestalten. Greenpeace lässt daher zunehmend von einer externen juristischen Abteilung juristische Expertisen und Gesetzesvorschläge schreiben, um frühzeitig und aktiv in politische Gestaltungsprozesse eingreifen zu können.

Agrarthemen

Vor einigen Monaten untersuchten Mitarbeiter der Uni Göttingen, welche landwirtschaftlichen Themen in den vergangenen Jahren am meisten in den wichtigsten meinungsmachenden Medien erschienen sind. Man kann aus dem Ergebnis schließen, dass NGOs beim Themensetting sowie bei der Themenbegleitung recht erfolgreich sind: Schaut man sich öffentlich sehr stark wahrgenommene Agrarthemen wie die Grüne Gentechnik, Umweltschutzthemen oder auch agrarpolitische Themen an, so stellt man fest, dass an all diesen Themenfeldern NGOs intensiv arbeiten, häufig aber mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Um die Effizienz der Arbeit zu erhöhen, gibt es regelmäßige Treffen zwischen den Gruppen und Organisationen. So können alle Themenfelder erfolversprechender bearbeitet werden.

Angesichts der Vielzahl an wichtigen Agrarthemen ist dies auch dringend notwendig. Hier seien nur einige Beispielthemen aus den vergangenen Monaten genannt: Dioxin in Futtermitteln und Eiern, EHEC, Biogas EEG/Vermaisung, Ökolandbau und Gesundheitseffekte, Veröffentlichungen zu Gentechnik und Gesundheitseffekten, Klimawirkungen wie Dürre in den USA auf Agrarpreise sowie Agrarpreise/Biosprit E10, Verschwendung von Lebensmitteln, Nahrungsmittelspekulationen, Land-Grabbing, Pestizideinsatz und Bienensterben, EU-Agrarreform etc.

Diese Vielfalt von Themen kann selbst in einer so großen NGO wie Greenpeace nicht ausreichend und umfassend behandelt werden. In kleineren NGOs sind die Mitarbeiter natürlich noch schneller überfordert. Die intensive Zusammenarbeit mit anderen NGOs ist für alle von großem Vorteil. So schließen sich mehrere NGOs zusammen, um z.B. in Brüssel bei Agrarthemen erfolgreicher zu agieren. Der Informationsfluss ist viel größer, jede Organisation hat andere Zugänge zu Informationen und es findet ein reger Informationsaustausch statt. Je nach Thema arbeitet man auch jenseits der Umweltverbände mit Organisationen zusammen (Ökoverbände, Ärzteverbände, Verbraucherschutzverbände).

Umso besser die Kommunikation zwischen den Organisationen ist, desto besser kann man bei bestimmten Themen gemeinsam vorgehen. Auch dadurch zeichnet sich gute Lobbyarbeit aus, gerade in Krisensituationen. Ein Beispiel: vor wenigen Monaten erschien eine amerikanische Studie mit der Hauptaussage "Ökolandbau ist nicht gesünder". Die Nachricht verbreitete sich medial sehr schnell, Ökobashing ist immer wieder mal on vogue. Die Gegenseite, voran der Bauernverband und im Hintergrund die Agrarindustrie, versuchten das Thema weiter zu pushen. Um solchen Situationen zu begegnen, braucht man ein gut funktionierendes Medienkrisenmanagement. Glücklicherweise ist die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Ökoverbänden immer besser geworden. Und gute Medienkontakte helfen durchaus, solchen Shitstorms etwas entgegen zu setzen.

Ein Beispiel für erfolgreiche Lobbyarbeit ist die Arbeit von Greenpeace zum Thema Gentechnik

Seit 1997, als das erste gentechnisch veränderte Soja aus den USA nach Europa importiert wurde, bearbeitet Greenpeace in Deutschland dieses Thema. Das Hauptziel dabei ist, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Europa zu verhindern und gleichzeitig den Verbrauchern zu ermöglichen, sich ohne gentechnisch veränderte Lebensmittel ernähren zu können. Der Import von GVO (Gentechnisch veränderter Organismus) Soja konnte nicht mehr gestoppt werden, doch stellte sich die Frage, wie man gegen die Strategie der Industrie, Europa mit GVOs zu überschwemmen, am besten vorgehen kann.

Die Lobbyarbeit von Greenpeace war zweigleisig. Sie zielte politisch sowohl auf die Zulassungsverfahren in der EU und Deutschland ab, aber auch auf den Konsumentenschutz. Daher forderten Greenpeace sehr frühzeitig eine praktikable Kennzeichnung auf Futtermitteln und Lebensmitteln (mit/ohne Gentechnik), wodurch die Verbraucher zumindest eine Wahlmöglichkeit erhalten sollten. Entscheidend war, dass eine Kennzeichnung der Lebensmittel erreicht wurde. Lebensmittel, die mehr als 1 %, später 0,9 % GVO Anteile enthalten, mussten gekennzeichnet werden.

Vorteilhaft war, dass 1998 SPD und Grüne auf Bundesebene die Regierung stellten. Dadurch war eine schnelle nationale Kennzeichnungsregelung möglich. Weitere Maßnahmen, wie die Regelung der Kennzeichnung von Futtermitteln und ein Gentechnikgesetz mit Anbauregeln und Haftungsregelungen, wurden in den kommenden Jahren notwendig, um die Gentechnik einzudämmen. Die weitere Zulassung von neuen GVOs konnte nicht vollständig verhindert werden, wohl aber de facto strenge Regeln für das Saatgut, indem immer wieder Fälle, in denen es zu kontaminiertem Saatgut gekommen war, öffentlich gemacht wurden. Dabei half die intensive Zusammenarbeit mit Landwirten bzw. Landwirtschaftsorganisationen.

Gute Lobbyarbeit zeichnet sich auch dadurch aus, dass man sehr genau beobachtet, wie die Gegenseite politisch und intern operiert, um ihre Interessen durchzusetzen. Die ursprüngliche Strategie der Lobbyarbeit der Gentechnikindustrie war beispielsweise die Überschwemmung der Märkte und gleichzeitig die verbilligte Abgabe von GVO Maisaatgut an Landwirte. Die Gentechnikindustrie kooperierte eng mit den Lebensmittelherstellern und dem Bauernverband. Entwürfe zur Kennzeichnung von Lebensmitteln und Haftungsregeln oder gar ein Gentechnikgesetz, das ein Anbaukataster zur Folge hatte, wurden strikt abgelehnt.

Als die Kennzeichnung nicht mehr zu verhindern war, versuchte man mit süßen Kinderriegeln und Importware in die Lebensmittelmärkte zu gelangen. Zielgruppenspezifische Imagekampagnen wie „mein Freund der Genmaisbauer“ sowie (bezahlte) Landwirte, die Genpflanzen anbauten und andere Landwirte überzeugen sollten, stellten sich als wenig überzeugend heraus.

Besonders lehrreich war die Diskussion um die Kennzeichnung von Lebensmitteln. Um den Widerstand der Verbraucher zu brechen, schlug man eine überscharfe Regulierung vor (Grenzwert 0,0 %), die zur Folge gehabt hätte, dass nahezu sämtliche Lebensmittel kennzeichnungspflichtig geworden wären. Es entstand die eigenartige Situation, dass Greenpeace und andere NGOs eine lockerere Regulierung forderten, als die Gentechnik-Befürworter: nämlich einen realistischen Grenzwert von GVO-Anteilen in

Lebensmitteln und Futtermitteln, der auch einzuhalten ist.

Einen Teilsieg erreichte die Industrie nach dem Wahlsieg der Schwarz-Gelben Koalition: die Lobbyarbeit der BASF war extrem erfolgreich. Die gentechnisch veränderte Kartoffelsorte Amflora wurde explizit im Koalitionsvertrag festgehalten; ein einmaliger Vorgang, der den Einfluss der deutschen Chemieindustrie auf die hiesigen Parteien deutlich macht. Doch sollte sich dies als Bumerang erweisen. Die extrem gute Kooperation von Umweltverbänden, Verbraucherverbänden und bäuerlichen Organisationen sorgte dafür, dass besonders die CSU an dem Thema Gentechnik keinen Gefallen finden sollte und zunehmend unter Druck geriet. Letztendlich mussten ausgerechnet CSU Minister Schritt für Schritt GVO Pflanzen wieder vom Markt nehmen und den Genpflanzenanbau in Deutschland bis auf weiteres beerdigen.

Ein schwieriges Umfeld ist die europäische Agrarpolitik. Greenpeace und viele andere NGOs arbeiten seit vielen Jahren daran, die EU Politik umweltfreundlicher und gerechter zu machen, zumeist leider mit nur geringem Erfolg. Bei Greenpeace stellte sich die Frage, wie man als Organisation in Brüssel und Berlin Einfluss auf dieses extrem komplizierte, für einen Laien weitgehend unverständliche Thema nehmen könnte. Es schien sinnvoll, das Thema etwas unkonventionell anzugehen.

Die Ausgangsüberlegung bei Greenpeace war, die Öffentlichkeit neugierig zu machen, indem man zeigt, dass finanziell gut gestellte Unternehmen oder Einzelpersonen Unterstützung erhalten, obwohl der Unternehmensschwerpunkt jenseits der Landwirtschaft liegt. Dafür wurden Beispiele gesucht, die auf die teilweise absurde, aber reale Verteilungspraxis hinweisen. Greenpeace wurde zahlreich fündig.

Um die Informationen über Subventionsempfänger zunächst zu bekommen, mussten rechtliche Schritte eingeleitet werden, die einen langen Atem benötigten. Zunächst wurden von den Bundesländern wie von den Bundesministerien die Daten nicht weiter gegeben. Nach teilweise langjährigen Rechtsstreitigkeiten wurde unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz die Liste der Empfänger der Agrarsubventionen nach einem Widerspruchsverfahren übermittelt. Und wie Greenpeace richtig vermutet hatte, stellte sich heraus, dass die größten Agrargeldempfänger nicht Landwirte, sondern Großunternehmen aus der Zucker- oder Fleischindustrie sind. Mit diesen Informationen war natürlich eine gute Schlagzeile in Zeitungen möglich. Denn warum bekommt ein Bonbonhersteller oder ein Flugzeug-Caterer Agrarsubventionen?

Durch die Aktivitäten von Greenpeace unter Druck gesetzt, erstellte die EU-Kommission ein Transparenzgesetz zur Offenlegung aller Agrarsubventionsempfänger. Die Offenlegung der Daten führte zu hektischen Reaktionen der Gegenseite, die an der Geheimhaltung und am Status quo der Mittelverteilung großes Interesse hat. Das Medieninteresse stieg dadurch aber weiter.

Auf Dauer ist mit einer Haltung gegen mehr Transparenz in der Politik und gegen mehr Bürgerbeteiligung glücklicherweise nichts zu erreichen. Die Bürger sollten die Möglichkeit haben, nachvollziehen zu können, wohin ihre Steuergelder fließen. Greenpeace unterstützt auch die Organisationen LobbyControl und Transparency International. Beide Organisationen stehen dafür, dass Politik und Lobby nicht im Geheimen operieren. Jeder Bürger soll nachvollziehen können, welche Organisationen bzw. Konzerne zu welchem Zweck bei welchen Politikern oder Ministerialbeamten Lobbyarbeit betreiben.

Die aktuelle Lobbyarbeit von Greenpeace zur EU-Agrarpolitik findet in enger Zusammenarbeit mit vielen anderen Verbänden statt, die ein Interesse an einer gerechteren und ökologischen Landwirtschaft haben. Neben Positionspapieren entstehen dabei gemeinsame Kampagnen wie „Meine Landwirtschaft“.

Natürlich gibt es auch Themen, bei denen die NGOs ihre Meinungen nicht teilen. So z.B. die Frage, ob die Landwirtschaft als Thema mit in die Klimaverhandlungen soll oder die Einschätzung, wie viel Biomasse in Deutschland auf den Äckern erzeugt werden und wofür diese genutzt werden sollte, als Biogas, Bioplastik oder Biosprit, für Wärme, Strom oder Kraftstoff. Die Meinungen driften da derzeit noch weit auseinander.

Zusammenfassend ist zu betonen, dass Lobbyarbeit fachlich qualifiziert unterlegt sein muss, um Gehör zu finden, denn alleine laut zu schreien reicht nicht. Außerdem ist der kontinuierliche Aufbau langfristiger Kontakte zu Politik und Medienvertretern notwendig. Zwar sind NGOs personell und finanziell gesehen der Industrie weit unterlegen, aber durch glaubwürdiges Agieren, strategische Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und die Nutzung der kommunikativen Stärken kann das zum Teil ausgeglichen werden.

Literatur:

Thomas Leif, Rudolf Speth (Hrsg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland, Westdeutscher Verlag 2003

Diskussion

Teilnehmer: Sie haben angesprochen, dass sich Greenpeace mit Firmen an einen Tisch setzt. Wie schützen Sie sich persönlich, dass sie nicht in eine Anpassungsfalle geraten?

Hofstetter: Es ist wahr. Die Industrie entwickelt ein großes Interesse an unserer Arbeit, aber aus rein strategischen Gründen. Firmen denken, solange sie mit den NGOs reden oder sogar Partnerschaften mit ihnen eingehen, sind sie besser vor Konflikten geschützt. Zur Strategie gehört es, regelmäßig anzurufen und zu fragen, was sie davon halten, wenn wir das so oder so machen. Ein gewisser Beratungsbedarf besteht auch bei den Firmen, zum Teil wird gezielt Fachpersonal aus NGOs eingestellt oder fungiert als Berater. Tatsächlich gibt es die Gefahr, dass die guten persönlichen Kontakte, die bei solchen Gesprächen entstehen, zu einer Anpassungsfalle werden. Es hilft, wenn man sich immer wieder klar macht: ich spreche hier mit Firmenvertretern und diese Firma hat per se erst mal kein Umweltinteresse, sondern das Hauptinteresse ist finanzieller Art. Natürlich wollen sich viele Firmen verbessern und in der Öffentlichkeit besser dastehen als andere Hersteller. Doch geht es letztendlich natürlich nicht um Umwelt, sondern um das Image bzw. Geld und das muss einem als NGO-Vertreter klar sein. Ich denke, jede NGO sollte sich gut überlegen, ob es sich lohnt, eine Allianz einzugehen. Greenpeace geht damit eher kritisch um, aber viele andere Organisationen lassen sich auf das Spiel mit der Industrie ein.

Teilnehmer: Wie entscheidet Greenpeace, welche Aktion gemacht wird und welche nicht?

Hofstetter: Die Entscheidungsgänge sind komplex. Grundsätzlich sind Aktionen immer in unsere Themenarbeit bzw. Kampagnen eingebunden. Sie sollen spannend und gewaltfrei sein und uns dem Ziel einer besseren Welt näher bringen. Jeder bei uns kann dazu Vorschläge machen. Über die Details möchte und kann ich aber hier aus juristischen Gründen nicht sprechen. Aber glauben Sie mir, wir machen uns viele Gedanken, welche Aktionen sinnvoll sein könnten.

Teilnehmer: Sie haben gesagt, wie wichtig die wissenschaftliche Grundlage der Arbeit bei Greenpeace ist. Wo kommen die wissenschaftlichen Informationen her und woher wissen Sie, dass sie fachlich richtig sind?

Hofstetter: Wir haben eine sogenannte Wissenschaftsabteilung, die Informationen aus der ganzen Welt sammelt und beurteilt, ob diese für unsere Arbeit tauglich und die Erkenntnisse valide sind. Bei Themen, die derzeit noch nicht stichhaltig wissenschaftlich belegt worden sind, halten wir uns zurück oder argumentieren vorsichtig.

Teilnehmer: Sie haben gesagt, wie wichtig es als NGO ist, Gesetzesvorlagen zu erstellen oder bei deren Entstehung dabei zu sein. Es sollte doch eigentlich so sein, dass die NGOs ein Ziel vorgeben und die Politiker gefordert sind, daraus ein Gesetz zu machen. Wie viel Energie sollte man als NGO in solche Gesetzesvorschläge stecken?

Hofstetter: Es ist besser, aktiv zu sein als reaktiv. Ich halte es für sinnvoll, dass NGOs nicht abwarten, sondern bei Bedarf den ersten Schritt machen. Man kann auch versuchen, durch gute Lobbyarbeit Parteien dazu zu bringen, sich mit einem Thema zu beschäftigen und so parlamentarische Initiative initiieren. Meistens schreiben Ministerialbeamte Eckpunktepapiere oder Gesetzesvorschläge, die wir kritisch gegenlesen und auf die wir Bezug nehmen zum Beispiel durch Stellungnahmen. Aber dann sind oft nur noch kleine Korrekturen möglich.

Vortrag und Diskussion textlich bearbeitet durch M. Elsner

Gefahr von Rechts - Braune in der Ökologiebewegung

Vortrag von Johannes Melchert

Der ökologische Landbau wird nicht von Nazis dominiert, genauso wenig wie die Naturschutzszene. Dennoch sind Rechtsextreme in diesem Feld aktiv und stehen damit in einer langen Tradition, die unter anderem auf dem Heimatschutz aufbaut. Es wäre also unklug, die sogenannten „braunen Ökologen“ zu ignorieren und daher ist es auch nur folgerichtig, im bunten Spektrum des ökologischen Landbaus auch die braune Facette zu beleuchten.

Wie kaum ein anderer ist der Heimatbegriff zentrales Merkmal des rechten Naturschutzes. Das 1897 von Ernst Rudorff veröffentlichte Werk „Heimatschutz“ prägte den Begriff. Im Zentrum stand für Rudorff und seinen 1904 gegründeten „Bund Heimatschutz“ die Kritik am Strukturwandel der Landwirtschaft. Das einfache bäuerliche Leben galt als Ideal und die Modernisierung der Landwirtschaft mit einem vermehrten Einsatz von Maschinen und der Umgestaltung der Landschaft wurde als Zerstörung der Heimat angesehen. Diese Heimatschützer finden in den 20er und 30er Jahren eine politische Heimat im rassistischen und völkischen Lager.

Mittlerweile ist davon auszugehen, dass sie dies nicht aus tiefster Überzeugung, sondern aus politischem Kalkül taten. Zudem legt die neuere Forschung nahe, dass die Naturschutzpolitik der Nazis nicht stringent war und wie im Falle des Reichsnaturschutzgesetzes durch das individuelle Interesse von Hermann Göring geprägt wurde.

Dieses Reichsnaturschutzgesetz blieb bezeichnenderweise bis Ende der 1970er in der Bundesrepublik in Kraft, ein Zeichen für die Kontinuitäten im deutschen Naturschutz nach 1945. Eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Naturschutz hat in der jungen Bundesrepublik nicht stattgefunden. „Für eine Naturschutzszene, die nur zu gut wusste, dass sie sich in der Kollaboration mit dem NS-Regime die Finger verbrannt hatte, war das die ideale Devise: Reihen schließen, entschlossene Arbeit, Konzentration auf das Hier und Jetzt“ (Uekötter 2012: 37).

So blieb der Schutz der deutschen Heimat weiterhin der Kern des deutschen Naturschutzes und erst Ende der 1960er Jahre änderte sich dies. Die entstehende Ökologiebewegung und die Biowissenschaften schufen ein neues Vokabular und ersetzten den Begriff Heimat. Der Heimatschutz verschwindet in der Folge dieser Entwicklung nahezu vollständig aus dem Naturschutzdiskurs. Heimat wurde folglich erst in den 1970er Jahren zu einem problematischen Begriff. Heimatargumente und auch der Rückgriff auf die „Blut-und-Boden-Ideologie“ existieren allerdings weiterhin.

Es waren Gruppen wie der Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL), die in der Folge die braune Ökologie prägten - eine Gruppe, die sich einen NSDAP-Kader als Präsidenten leistete. Die meisten Bestrebungen im rechten Spektrum hatten lediglich eine Binnenwirkung und konnten keine Kontinuität erlangen. Wirklich langlebig und breitenwirksam für die rechte Ökologie kann und muss insbesondere das Wirken der NPD gesehen werden. Im Düsseldorfer Programm der NPD (1973) taucht der Begriff Natur erstmalig auf. Augenfällig ist dabei der Zusammenhang von Volksgesundheit und Umweltschutz. Im Laufe der Jahre wurden die Positionen zum Umwelt- und Naturschutz immer umfangreicher. Wie im gesamten rechtsextremen Spektrum finden sich auch bei der NPD bestimmte Argumentationen für den Umwelt- und Naturschutz immer wieder. Um die Besonderheit dieser Argumente zu verstehen, sollen einige im Folgenden exemplarisch



Johannes Melchert, M.A.

Jg. 1982, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung im Projekt Kinderdemokratie.

Bis 2010 Studium der Kommunikations- und Politikwissenschaft an der Universität Greifswald; von 2006 bis 2009 für die dortige Forschungsstelle Rechtsextremismus tätig.

Mitautor der Studie „Braune Ökologen“ der Heinrich-Böll-Stiftung.

dargestellt werden:

Biologistische Argumente sind der Dreh- und Angelpunkt der rechten Ökologie: „Ebenso wie für den Rechtsextremismus im Allgemeinen, so gilt auch für die „Ökologie von rechts“ im Besonderen: Die ideologische Basis ist immer ein biologistisches Menschen- und Weltbild“ (Geden 1999: 58). Biologismus meint hierbei die Übertragung von Gesetzmäßigkeiten in der Natur auf die Funktionsweisen sozialer Gruppen. Als bekanntestes Beispiel kann die Pervertierung der Darwinschen Evolutionstheorie in sozialdarwinistische Argumentationen gelten. Damit wird impliziert, dass alles - auch der Mensch - seinen natürlichen Platz hat. Der Mensch steht somit nicht über der Natur, sondern hat sich als Teil der Natur ihren Gesetzmäßigkeiten zu unterwerfen: De facto werden damit völkische und rassistische Positionen als naturgegeben gerechtfertigt.

Eng mit dieser Vorstellung hängt der Ethnopluralismus zusammen. Jedes Volk, so die Vorstellung, sollte in seinem natürlichen Lebensraum verbleiben, da es nur dort im Einklang mit der Natur leben könne. Fremde Kulturen könnten demnach niemals die deutsche Heimat in adäquater Weise bewahren. Dieses Argument wird von den Rechtsextremen z.B. für den Kampf gegen den Klimawandel benutzt: Die Gefahr, dass Völker durch den Klimawandel ihren Lebensraum verlieren könnten und daher gezwungen sind, in andere Länder zu immigrieren, hätte nach dieser Logik andere Umweltprobleme zur Folge, da die Immigranten den neuen Lebensraum nicht in einer angeblich natürlichen Symbiose gestalten können. Ausländer werden folglich nicht nur als soziales, sondern auch als ökologisches Problem betrachtet, das die Heimat zerstört.

Während man sozialen Problemen durch eine andere Integrationspolitik abhelfen kann, werden Kategorien wie Flächen- oder Ressourcenverbrauch zu scheinbar objektiven Problemen der Zuwanderung stilisiert. Auf den Punkt gebracht wurde diese Idee - nicht nur im rechtsextremen Lager - gerne mit dem Satz: Das Boot ist voll!

Ein Thema, was sowohl in der NPD im Besonderen und im Rechtsextremismus im Allgemeinen auftaucht und das eng mit der „Entfremdung“ und „Entwurzelung“ des Menschen von seiner Heimat

zusammenhängt, ist die Schuld des Individualismus, verstanden als Egoismus und Liberalismus, der auf Materialismus reduziert wird, an fast allem - und so auch an der Umweltzerstörung. So wird die Überhöhung der eigenen Interessen im Individualismus, aber auch die Entfaltung wirtschaftlicher Interessen im Liberalismus als Grundübel der modernen Zivilisation angesehen.

Im aktuellen Parteiprogramm der NPD ist bspw. zu lesen: „Der Materialismus der letzten Jahrzehnte hat die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in unverantwortlicher Weise vorangetrieben. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik ließ Ökonomie und Ökologie in einen unnötigen Gegensatz geraten. Etablierte Parteien und wirtschaftliche Interessengruppen tragen die Verantwortung für radikale Landschaftsveränderungen, überzogene Industrieprojekte und eine falsche Förderpolitik zuungunsten ländlicher Räume“ (NPD 2010: 15). Im Sinne der NPD dürfte die Wirtschaft nur den Interessen des eigenen Volkes dienen und eine regionale und nicht globale Ausrichtung haben.

Die Besonderheit der hier stichpunktartig dargelegten Argumente - egal ob biologisch, ethnopluralistisch oder kulturkritisch - ist die angeblich gesetzmäßige Verknüpfung von Natur und Volk. Dies zeigt zum einen die besondere Bedeutung des Volkes, vor dem die individuellen Interessen zurückzutreten haben und zum anderen die Bedeutung der Natur, die nicht als Umwelt des Menschen gesehen wird, sondern als übergreifende Ordnung, in der der Mensch lediglich ein Teil ist. Oberflächlich betrachtet mögen einige dieser Argumente durchaus anschlussfähig sein, weil sie in Teilen auch in anderen, nicht-rechtsextremen Natur- und Umweltschutzargumenten auftauchen. Bei näherer Betrachtung und unter Beachtung der gesamten Argumentationsstruktur lassen sich die rechtsextremen Natur- und Umweltschutzargumente jedoch mit den Grundwerten unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie einem aufgeklärten Menschenbild nicht in Einklang bringen. Pointiert formuliert lässt sich festhalten: Die Themen der Rechtsextremen sind bedeutsam, die Begründungen hingegen höchst problematisch.

Ziel des Vortrages war es aber nicht nur, einen Einblick in Denkfiguren der braunen Ökologen zu geben, sondern auch aufzuzeigen, wo sich braune Ökologie in der Praxis findet. Unter der Fragestellung: „Wo findet sich braune Ökologie heute?“ können exemplarisch im Folgenden drei Beispiele und vor allem deren Ziele aufgezeigt werden.

Eine ganz konkrete und an historische Vorbilder anschließende Idee sind Siedlungsbewegungen im ländlichen Raum. Nicht nur, aber insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern knüpfen Rechtsextreme an historische Traditionen an. In Ablehnung der Modernisierung und vor allem der Urbanisierung in den 1920er und 30er Jahren entstand die Artamanenbewegung. Ihre Anhänger verstanden sich als „Hüter der Scholle“, um die Heimat zu verteidigen. Offensichtlich in dieser Tradition stehend fanden sich in der Nähe von Koppelow in der letzten Dekade einige Siedler zusammen, die die Idee einer unabhängigen und ökologischen Landwirtschaft mit ideologischem Dünger in die Tat umsetzten. In rechtsextremen Kreisen wird dies schon als gelebte Alternative zu unserer heutigen Gesellschaft gepriesen.

Ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich die praktische Arbeit der selbsternannten sozialen Heimatpartei NPD. Egal ob mit dem Headliner ihrer Fraktionszeitung: „Genfraß – Nein Danke“ oder dem Wahlkampfplakat zur letzten Landtagswahl „Atomtod aus Polen stoppen“, die NPD trifft mit den ökologischen Themen wichtige Debatten

in der Bevölkerung und versucht, ihren speziellen Argumentationsraum in diese Debatten einfließen zu lassen.

Ganz im Süden Deutschlands hat es die Zeitschrift „Umwelt und Aktiv“ geschafft, sich innerhalb des rechts-ökologischen Lagers zur bedeutenden Periodika zu entwickeln. In dieser Zeitschrift werden aktuelle ökologische Debatten und Probleme aufgegriffen und im Licht der oben gezeigten Argumentationsmuster gedeutet.

Es kann also nicht per se behauptet werden, das rechtsextreme Lager instrumentalisieren ökologische Themen lediglich für seine Interessen. In der Realität finden sich - wie im Falle der Siedler - auch Erscheinungsformen der braunen Ökologen, die ihren Lebensentwurf danach ausrichten. Ebenso steht das umweltpolitische Interesse der NPD in einer gewachsenen Tradition und ist Ausdruck einer spezifischen, biologistischen und völkischen Weltsicht und nicht Ausdruck einer Instrumentalisierung. Die konkreten Erscheinungsformen und die Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremen im Allgemeinen, aber auch in diesem speziellen Themenfeld geben Anhaltspunkte, wie sich eine demokratische Gesellschaft generell zu braunen Ökologen verhalten sollte: Nicht verharmlosen, nicht dramatisieren, aber wachsam begleiten und beobachten.

Vortrag textlich bearbeitet durch J. Melchert

Literatur:

Brauckmann, Stefan (2012): Nach dem Vorbild der Artamanen. Völkische Siedlungsbewegung, in: politische ökologie 131 / 30. Jg. S.52-59.

Geden, Oliver (1999): Rechte Ökologie: Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin.

Melchert, Johannes (2012): Die ökologische Frage als Aktionsfeld der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns. Berlin, 81-90.

NPD (2010): Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der NPD, Bamberg.

Olomski, Ronald(2004): Heimat – vom Unwort zum Zukunftsbegriff, in: Institut für Landschaftspflege und Naturschutz (Hrsg.), Der Heimatbegriff in der Nachhaltigen Entwicklung. Inhalte, Chancen und Risiken, Weikersheim 2005, S. 169-174.

Speit, Andreas (2012): „Umweltschutz ist nicht grün“. „U&A“ – das Ökomagazin der Rechten, in: politische ökologie 131 / 30. Jg. S.65-71.

Uekötter, Frank (2012): Wie grün waren die Nazis? Eine kurze Umweltgeschichte von 1933 bis 1945, in: politische ökologie 131 / 30. Jg. S.32-38.

Diskussion:

Teilnehmer: Gibt es neben Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland noch andere Gebiete, in denen Rechte aus der Ökologiebewegung siedeln? Was ist zum Beispiel mit einer Region wie Bayern, in der vermehrt ein traditionelles Gedankengut geteilt wird?

Melchert: Rechte Strömungen in der Ökologiebewegung treten in Deutschland nur in

der Region Mecklenburg-Vorpommern zu Tage. Dies hängt mit drei Faktoren zusammen. Erstens ist Mecklenburg-Vorpommern strukturschwach und man hat die Möglichkeit, für vergleichsweise wenig Geld Höfe zu kaufen. Zweitens trifft man kaum auf Gegenwehr, was zum einen mit dem traditionell geprägten Umfeld und zum anderen mit dem politischen Desinteresse zu tun hat. Drittens wird an Traditionen wie die Artamanen angeknüpft. Traditionelle Regionen wie Bayern oder Regionen, in denen es günstige Höfe gibt, wie in Nordniedersachsen, bieten allerdings theoretisch auch einen günstigen Nährboden.

Teilnehmer: Wir reden bei dieser Konferenz mit einem erheblichen Zeitanteil über rechte Strömungen in der ökologischen Landwirtschaft. Ist das Problem wirklich so groß oder geben wir der rechten Szene nicht mehr Macht, indem wir sie zum Problem machen?

Melchert: Man muss nicht die ganze Zeit thematisieren, dass es Nazis in der Ökoszene gibt, da weitaus wichtigere, praktische Probleme existieren. Wenn man aber weiß, dass es besagte rechte Strömungen gibt und die theoretisch zu einem größeren Problem werden könnten, sollte dies nicht gänzlich ausgeblendet werden. Berichte über Rechte geben der Szene zunächst eine Bühne. Die Alternative wäre schweigen, was jedoch bei einigen anderen Themen im Zusammenhang mit Randgruppen fehlgeschlagen ist. Der Anteil Rechter im Bereich der ökologischen Landwirtschaft könnte unbemerkt ein größeres, unüberschaubares Ausmaß annehmen.

Teilnehmer: Wie positionieren sich die NPD-Gruppierungen konkret zur Landwirtschaft? Ist die NPD tatsächlich gegen eine großbetriebliche Agrarstruktur und setzt sich für eine bäuerliche Landwirtschaft ein oder sind sie einfach nur „dagegen“?

Melchert: Nein, sie meinen das wirklich so. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hat die industrielle Landwirtschaft neben Traditionen viele soziale Strukturen zerstört. Die Landwirtschaft früherer LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) beschäftigten teilweise bis zu 60 Angestellte. Heutzutage werden sie nur noch von einem Bruchteil des Personals bewirtschaftet. Dies hat zu großen Zerwürfnissen geführt. Genau an diesem Problem setzt die NPD an. Ihr geht es darum, diesen Punkt zu brechen und einen Strukturwandel in der Beschäftigung durchzusetzen. Ein weiterer Kritikpunkt der NPD ist, dass die Bürokratie aus Brüssel über die Direktzahlungen der EU den deutschen Bauernstand strukturiert und dieser somit fremdbestimmt sei.

Diskussion textlich bearbeitet durch P. Prange

Links und Umwelt bewegt - Exkursion zur Kommune Niederkaufungen

Führung mit Maike Stetzka und Harald Weinel

Wir besichtigen die Kommune Niederkaufungen. Im ersten Teil des Nachmittags wird die Gruppe geteilt und wir bekommen von zwei Bewohnern der Kommune eine Führung über das Gelände. Während der Besichtigung kommt es zu Gesprächen über die Kommune und die Lebensweise dort. Anschließend kommen wir im Gemeinschaftsraum wieder zusammen und schauen uns Fotos von der Landwirtschaft und der Kommune an. Nebenbei können wir weiter Fragen stellen und den Ausführungen der zwei Mitbewohner lauschen.

Kommune

Die Kommune ist 1986 von einer Gruppe gegründet worden, die aus Hamburg kam, dort aber keinen geeigneten Ort für eine Kommunengründung gefunden hatte. Das Gelände, auf dem wir uns befinden, ist ein ehemaliger Gutshof, der später als Gastarbeiterwohnheim umgebaut wurde. Als die Kommune das Gelände 1986 bezog, wohnten noch einzelne Menschen in diesem Wohnheim. Die Einwohner von Niederkaufungen waren anfänglich sehr misstrauisch gegenüber der Kommune, aber insgesamt sind die Kommunarden umgängliche und arbeitsfreudige Menschen. Inzwischen ist ein gutes Zusammenleben im Dorf mit einem jährlich stattfindenden und immer gut besuchten Hoffest entstanden.

In der Kommune leben heute 60 Erwachsene und etwa 20 Kinder und Jugendliche in Wohngruppen von zwei bis neun Personen. Diese Wohngruppen haben eigene Badezimmer und z.T. eigene Küchen, wo man separat kochen kann. Je nach Bedarf hat jeder ein bis zwei Zimmer.

Ziel dieser Strukturen soll es sein, die kleinfamiliären Strukturen und vor allem das Machtverhältnis zwischen Eltern und Kindern aufzubrechen. In der Praxis wird es so gehandhabt, dass jedes Kind ein oder zwei sogenannte Paten hat, die sich mit um die Kinder kümmern und einen Tag der Woche etwas mit „ihrem“ Kind unternehmen. Das ist für die Eltern schön, und die Kinder haben mehrere Bezugspersonen. Einmal im Jahr gibt es einen 10-tägigen Kinderurlaub, wo alle Kinder mit Nicht-Eltern wegfahren.

Es wird fast alles gemeinsam genutzt. Die Kommune hat einen eigenen Fuhrpark mit verschiedenen Autos, auch einen Modellfuhrpark aus Elektroautos und -fahrrädern, die im Rahmen eines Projektes kostengünstig angeschafft werden konnten, die aber auch für Messen oder Firmen zur Verfügung stehen. Aber auch andere Dinge werden geteilt. Wenn jemand Kleidungsstücke hat, die er nicht mehr braucht oder möchte, kommen diese in die Kleiderkammer. Wer neue Kleidung braucht, der kann sich dort umschaun und muss nicht zwangsläufig etwas kaufen. Parallel dazu gibt es auch eine Möbelkammer. Auch das Geld wird geteilt. Von den Grundsätzen her wird in der Kommune eine gemeinsame Ökonomie gelebt, was bedeutet, dass jeder, der einsteigt, sein Vermögen mit einbringt. Auch der Verdienst kommt in die Gemeinschaftskasse. Für den Fall eines Austritts gibt es Austrittsverträge, die so ausgelegt sind, dass man sechs Monate finanziell unabhängig leben kann. Wenn jemand z.B. einen guten Job und keine Kinder

hat, wird er einen relativ kleinen Ausstiegsvertrag haben, jemand mit einer schlechten Ausbildung und eventuell auch Kindern, bekommt beim Ausstieg mehr Geld. Dabei soll nicht darauf geachtet werden, wer beim Einstieg wie viel mitgebracht hat. Aus der gemeinsamen Kasse kann sich jeder Kommunarde herausnehmen, was er braucht. Neben der Kasse liegt ein Kassenbuch, in dem die herausgenommenen und eingezahlten Beträge vermerkt werden. Gewünschte Ausgaben, die 150 € übersteigen, werden für eine Woche an der Plenumswand ausgehängt. Legt dann niemand ein Veto gegen die Anschaffung ein, gilt diese als genehmigt. Ansonsten kann man sich beraten, wo man das Gewünschte günstiger bekommt, oder ob es schon jemand hat und nicht mehr braucht. Knapp wird es nur im Sommer, weil dann viele Bewohner im Urlaub sind und auch nicht so viel Geld in die Kasse kommt.

Weil außer ein paar Ausnahmen alle Kommunarden in der Kommune arbeiten, muss auch die eigene Rente selbst verdient und das Geld zum Teil angelegt werden. Aber es ist schwierig, ethisch und politisch passende Investitionsmöglichkeiten zu finden. Inzwischen hat die Kommune Anteile an einem Windpark und einem Fond für erneuerbare Energien.

Zur eigenen Stromversorgung wurden auf zwei der Häuser Photovoltaikanlagen installiert und es wird ein mit Gas betriebenes Blockheizkraftwerk unterhalten. Das Kraftwerk produziert aber immer nur so viel Strom, wie gerade verbraucht wird. Die Abwärme wird verwendet, um das Wasser zu erwärmen. Im Winter werden noch zwei Öfen mit 1-m-Holzscheiten betrieben. Das reicht dann für die ganze Gemeinschaft.

Alle Entscheidungen in der Kommune werden im Konsens getroffen, was bedeutet, dass so lange diskutiert wird, bis jeder die Lösung tragen kann. Das dauert natürlich etwas länger. Für die Entscheidungsfindung, aber auch die Gemeinschaft allgemein ist ein regelmäßiges Plenum unerlässlich.

Der erste Teil ist als Mitteilungsplenum ohne Diskussion gedacht. Im zweiten Teil werden dann die zur Entscheidung stehenden Themen und andere Anliegen in Kleingruppen von drei bis zehn Personen diskutiert. Für jeden zugänglich und wichtig sind die Plenumswände. Diese sind nach Inhalten unterteilt. An diesen Wänden findet man z.B. die Protokolle der Kleingruppendiskussionen, Anträge an das Plenum, Informationen, die nicht ins Plenum kommen, Mitteilungen und aktuelle Veranstaltungen sowie die Monatsabrechnung der Gemeinschaftskasse.

Wie bereits erwähnt, arbeiten die meisten Kommunarden direkt in der Kommune. Es gibt aktuell zwölf Arbeitsbereiche, unter anderem die Verwaltung, eine Tagespflege für dementiell erkrankte Menschen mit aktuell zwölf zu vergebenen Plätzen, eine Schlosserei, Landwirtschaft, Gärtnerei und eine Schreinerei. Einer der neueren Arbeitsbereiche ist die Mosterei. Dafür werden Streuobstwiesen angelegt und bewirtschaftet. Es können auch Privatkunden kommen und von ihrem eigenen Obst Saft machen lassen.

Rote Rübe

Die kommuneninterne Gärtnerei „Rote Rübe“ ist 1986 zeitgleich mit der Kommune entstanden und wurde 1992 Mitglied beim Bioland-Verband. Das aktuelle Kollektiv, was dort arbeitet, ist seit 2009 zusammen. Ein Jahr später hat die Vermarktung in Form der solidarischen Landwirtschaft gemeinsam mit der Gärtnerei „Wurzelwerke“ in Escherode begonnen.

Die Gärtnereien beider Gemeinschaften ergänzen sich durch unterschiedliche Anbaubedingungen.

Während in Niederkaufungen eher Wurzelgemüse angebaut wird, gibt es in Escherode hauptsächlich Kohl, Spinat und Salat dagegen wird auf beiden Standorten angebaut. Die Landwirtschaft in Niederkaufungen hat direkt am Hof 5 ha und noch zusätzlich 5 ha gepachtet, die in der Gegend verteilt sind. Die Landwirtschaft arbeitet mit Kühen und Schweinen und versorgt sowohl die Kommune als auch private Kunden mit Milch, Käse und Fleisch. Dem Gartenbau stehen 1 ha auf dem Berg (etwa 1 km entfernt) und 1 ha in Richtung Kassel zur Verfügung. Außerdem werden zwei Gewächshäuser für Tomaten, Gurken und Auberginen und ein Jungpflanzentunnel mit je 120 m² bewirtschaftet. Da es in Escherode beheizbare Gewächshäuser gibt, können die Jungpflanzen dort angezogen werden. Für die Jungpflanzenanzucht verwendet die „Rote Rübe“ ausschließlich samenfestes Saatgut, die „Wurzelwerke“ z.T. Hybridsaatgut. Auf der anderen Seite sind die Escheröder aber mit ihrer Pferdearbeit ökologisch sehr weit vorne.

Zusätzlich zu der solidarischen Landwirtschaft wird ein Teil des Gemüses über den Hofladen vermarktet, wo es u.a. auch Brot, Marmelade, Käse, Brotaufstriche und Eier gibt. Der überwiegende Teil soll von der Kommune selbst kommen, doch im Winter muss das meiste zugekauft werden.

Neben diesen zwei Standbeinen wird ein Gemeinschaftsgarten, der durch pädagogische Angebote ergänzt wird, betrieben. Außerdem produziert die „Rote Rübe“ Saatgut für Dreschflügel e.V., einen Verein, der biologisches Saatgut vermarktet.

Solidarische Landwirtschaft

Bei der solidarischen Landwirtschaft geht es darum, sich sowohl als Erzeuger als auch als Verbraucher von der Wirtschaft unabhängig zu machen. Um einen Biobetrieb sammelt sich dann eine Gruppe von Abnehmern, die biologische Erzeugnisse kaufen möchten. Die Verbraucher verpflichten sich dabei, den Betrieb mit einem bestimmten Betrag, den er braucht, um wirtschaften zu können, zu unterstützen. Im Gegenzug dazu bekommen die Verbraucher jede Woche einen Teil der Ernte und somit regional erzeugte Bioprodukte.

Zurzeit gibt es 152 Anteile, also 152 Haushalte oder Personen, die einen Beitrag gezahlt haben und wöchentlich Gemüse bekommen. Damit sind die zwei Betriebe aber noch nicht ausgelastet. Sie bauen gerade weniger an, als sie könnten, denn die Kapazität würde für 240 Anteile ausreichen. Dafür bräuchte man dann zusätzliche Gärtner und mehr Abnehmer. Die Gemüseanteile kann man entweder in Escherode oder Niederkaufungen direkt oder in einer der sechs Abholstellen in Kassel erhalten. Dabei ist viel Kommunikation notwendig, weswegen es alle sechs bis acht Wochen ein Treffen zwischen den Verbrauchern und den Gärtnern gibt. Dort kann dann besprochen werden, ob die Gemüseportionen in Ordnung sind o.ä..

Das Besondere an der Kundschaft von „Rote Rübe“ und „Wurzelwerke“ ist, dass viele Gemeinschaften vertreten sind. Das birgt aber die Tatsache, dass bei gemeinschaftlichem Kochen weniger gebraucht wird, als wenn jeder einzeln kochen würde. Das Gemüse, was übrig bleibt und nicht als Anteil vermarktet wurde, bekommen die „Wurzelwerke“ in Escherode, weil diese zusätzlich Gemüse in Abo-Kisten verkaufen.

Politische Aktivität

Um in der Kommune Niederkaufungen leben zu können, muss man nicht unbedingt linksorientiert sein. Die meisten sind es aber und Personen mit rechter Gesinnung sind nicht willkommen. Wie politisch aktiv jeder einzelne ist, ist sehr individuell.

Die Kommune gehört einem Zusammenschluss aller linker Kommunen in Deutschland an. Viele Bewohner haben aber auch ihre eigenen Politgruppen in Kassel.

Manchmal geht es im Plenum auch darum, dass zu wenig politische Energie nach außen getragen wird und die eigenen Probleme mehr Gewicht bekommen. Das liegt an den Entscheidungen im Konsens, die viel mehr Zeit kosten, als wenn man Entscheidungen mit einer Mehrheit treffen würde. Aber genau das ist ein Teil der persönlichen Weiterentwicklung von jedem Kommunarden.

Maike Stetzka, eine junge Mitbewohnerin der Kommune sagt: „Wer sich dafür entscheidet, hierher zu kommen, der muss sich auch dafür entscheiden, an sich selbst zu arbeiten. Wenn man mit 60 unterschiedlichen Menschen zusammenleben muss, kommt man auch mal an seine Grenzen, aber man kann sich dadurch sehr gut weiterentwickeln. Es ist eine Herausforderung. Das ist vielleicht auch etwas Politisches. Zwar nicht im herkömmlichen Sinne, aber wenn man sich besser kennt, besser für sich einstehen kann und seine Grenzen kennt bzw. seine Grenzen setzen kann, ist das auch schon in gewissem Sinne politisch.“

Für Harald Weinel ist das tägliche Zusammenleben ein politisches Statement: „Zu unseren politischen Grundsätzen gehört der bewusste Umgang mit Hierarchien in der Arbeitswelt. Das ist etwas, was man jeden Tag lebt. Für mich ist es wesentlich politischer, meinen Alltag so zu organisieren, dass ich nicht ständig die Ellenbogen einsetze, um jemanden auszustechen, um dadurch mehr Profit zu machen. Das ist wichtiger, als alle zwei Wochen auf eine Demo zu gehen und zu sagen, ich bin gegen dies und das. Es mag richtig sein zu behaupten, dass „die da oben“ sowieso nur das machen, was sie wollen, aber das machen sie auch, wenn ich auf eine Demo gehe. Wir organisieren ein Gegenbeispiel und zeigen, dass es auch anders geht. Dass man auch mit weniger Autos pro Person zurechtkommt, dass man sein Geld auch zusammenschmeißen kann und trotzdem satt wird. Materiell geht es mir so sogar besser, denn alleine hätte ich keine Leinwand und keinen Beamer. Es gab vor ein paar Jahren auch eine Studie zum Energieverbrauch, in der sich zeigte, dass der Energieverbrauch pro Person in einer Kommune nur die Hälfte eines Durchschnittsverbrauchers beträgt. Letztendlich ist diese ganze Lebensform politisch.“

Dieses politische Statement kann auch öffentlich wirken, denn die Gemeinschaft ist nach außen hin relativ offen. So gibt es die Homepage und ab und zu Informationen über Zeitung und Fernsehen. Außerdem wurden anhand der Kommune auch schon Diplomarbeiten geschrieben.

Durch ihre Lebensweise präsentiert die Kommune, wie politisch alltägliches Handeln sein kann und ist damit Vorbild für ähnliche Projekte, wie z.B. die Kommune Oberkaufungen.

Workshop textlich bearbeitet durch E. Karpe

Erfahrungsbericht eines (Bauern- und Umwelt-) Aktiven

Workshop mit Georg Janßen

In dem Workshop mit Georg Janßen geht es um Bündnisarbeit, also um Gruppen, die sich zur Erreichung ihrer Ziele oder zur Einführung neuer Themen in Politik und Gesellschaft zusammenschließen. Oft entstehen Bündnisse durch die Initiative einiger weniger sehr aktiver Menschen, die gezielt nach Partnern suchen, die auch ein Interesse an dem aktuellen Anliegen der Initiatoren haben könnten. Georg Janßen hat als ein solcher engagierter Mensch viele Bündnisse über Jahrzehnte begleitet und kann somit aus einem großen Erfahrungsschatz berichten.

Auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), deren Bundesgeschäftsführer Georg Janßen seit fast dreißig Jahren ist, ist ein Bündnis. Das Besondere ist, dass die 1980 gegründete Organisation, die sich für einen Wandel in der Agrar- und Ernährungspolitik einsetzt, keine reine Standesorganisation ist, sondern auch an Landwirtschaft interessierte Menschen ohne Hof Mitglied sein dürfen.

Anhand von fünf Beispielen erläutert Georg Janßen im ersten Workshopteil die verschiedenen Facetten der Bündnisarbeit. Wie entstehen Bündnisse, wie können sie gelingen?

Das agrarpolitische Bündnis

Mitte der 80er Jahre haben der Deutsche Bauernverband und die CDU-Regierung alle Fragen, die die Landwirtschaft und die Agrarpolitik betreffen, unter sich ausgemacht. Andere landwirtschaftliche Organisationen hatten keine Chance, sich Gehör zu verschaffen oder gar Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Ein kleiner Kreis von Engagierten in der AbL wollte das nicht hinnehmen und hat überlegt, wie sie es schaffen könnten, bei der agrarpolitischen Debatte auch nicht-industrielle Stimmen einzubringen. Das funktioniert nur mit Vielen, und so suchten sie Bündnispartner_innen, die die gleichen Interessen haben, also Verbraucherorganisationen, Umweltorganisationen und Dritte-Welt-Organisationen.

Aus diesen Gruppen bildete sich ein Kernteam, bestehend aus Georg Janßen für die AbL, Ulrike Höfken von der Verbraucherinitiative Bonn, Wilfried Scheewe von der Buko Agrarkoordination und Hubert Weiger, damals noch Agrarreferent des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Parallel zum Deutschen Bauerntag in Aachen, bei dem der deutsche Bauernverband seine Bündnispartner_innen aus Industrie, Wirtschaft und Politik traf, veranstaltete das agrarpolitische Bündnis eine Tagung, auf der die Aachener Erklärung mit den gemeinsamen Zielen der Organisationen verfasst wurde. Die Resonanz in den Medien war groß und das Bündnis wuchs stetig um neue Organisationen an.

1990 gründeten sie den Dachverband der deutschen Agraropposition, was einer Kampfansage an den Deutschen Bauernverband gleichkam.

Nach dem Mauerfall, als alles auf Großstrukturen, Liberalisierung der Märkte und Globalisierung ausgerichtet war und die Debatte um kleine und mittelständische Betriebe, um umweltfreundliche Bewirtschaftung, tiergerechte Haltung und solidarische Politik zu den Ländern des Südens aus den Medien verschwand, fiel der Entschluss, das Bündnis inhaltlich zu schärfen. So wurden einerseits 1992 im ersten „Kritischen Agrarbericht“ die gängige Agrarpolitik und -praxis in Frage gestellt und Lösungen erarbeitet.

Andererseits wurde dem Wunsch, sich mehr in die Debatte um die europäische Agrarreform einzubringen, durch die Bereitstellung einer Plattform Rechnung getragen. Auf Initiative der AbL und Stiftung Euro Natur können hier Vorschläge für die GAP-Reformen (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) erarbeitet werden.

Um den Druck der Straße zu verdeutlichen, den Bauern, Bäuerinnen und Verbraucher_innen, die diese Agrarpolitik satt haben, eine Stimme zu geben, wurde 2010 ein Aktionsbündnis gegründet, das weit über das bestehende hinausreichte und zu einer Großdemonstration aufrufen sollte. Diese Großdemonstration sollte parallel zur Internationalen Grünen Woche in Berlin stattfinden, also im Januar 2011.

Obwohl die Organisationsspitzenvertreter entsetzt waren, da sie sich nicht vorstellen konnten, dass im Januar bei Eis und Schnee genug Menschen für eine Großdemonstration kommen, haben die Bündnispartner_innen mobilisiert, und es kamen tatsächlich 20.000 Menschen. Die Demonstration, die 2013 zum dritten Mal mit solch großem Zulauf stattfand, die Resonanz aus der Bewegung, Medien und Politik hat das Bündnis „Meine Landwirtschaft“ sehr gestärkt und die Brisanz des Themas verdeutlicht.

Die Gentechnikdebatte in Europa

In Deutschland ging die kritische Gentechnikdebatte los, als Anfang der 90er Jahre bekannt wurde, dass Monsanto und Eli Lilly das gentechnisch veränderte Rinderwachstumshormon R-BST auf dem europäischen Markt einführen wollten, damit die Kühe mehr Milch geben. Auch hier war die erste Frage einiger Aktiver: Wer könnte da etwas dagegen - und somit an einem Bündnis Interesse haben? Das entstandene Bündnis aus Verbraucher_innen, die keine gentechnisch veränderte Milch wollen, Bauern und Bäuerinnen, die nicht wollen, dass der Wettbewerbsdruck durch ein solches Produkt erhöht wird und Tierschützer_innen, die Probleme mit der Tiergesundheit erwarten, startete eine Informationskampagne, dass tatsächlich nach kurzer Zeit die meisten Politiker_innen mit dem Begriff R-BST etwas anfangen konnten und eine Meinung dazu hatten.



Georg Janßen

Georg Janßen wurde 1955 in Ibbenhausen, Kreis Friesland geboren.

Er hat zwei erwachsene Kinder und lebt in Lüneburg.

Nach dem Abitur 1975 studierte er Agrarwissenschaften an der Universität Kiel und schloss das Studium 1982 mit einem Diplom ab.

Von 1982 bis 1984 arbeitete er im politischen Büro des ASTA der Uni Kiel.

AbL: Im September 1982 war er der Initiator der Gründung der AbL in Schleswig-Holstein. Im November 1984 wurde er von der Bundesmitgliederversammlung zum Bundesgeschäftsführer der AbL gewählt und hat dieses Amt bis heute inne.

Das Bündnis hatte auf zweierlei Wegen Erfolg. Zum einen wurde R-BST in der EU tatsächlich nie zugelassen worden, zum anderen wurde eine breite Basis für spätere gentechnikkritische Aktionen gelegt. Heute gibt es viele Gruppen und Organisationen, die gegen die Zulassung und den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen kämpfen. Seit 2001 existiert ein kritischer Gentech-Think-Tank in Berlin. Alle vier bis sechs Wochen treffen sich Aktive aus den verschiedenen Organisationen und tauschen sich über ihre Informationen und Kampagnen aus, wodurch sie ihre Kräfte bündeln und ein größeres Spektrum abdecken können.

Die Interessengemeinschaft gegen Nachbaugesetze und Nachbaugebühren

Auf der AbL-Bundesversammlung 1998 wurde die Interessengemeinschaft von 15 Leuten gegründet. Ihr Ziel war, etwas dagegen zu unternehmen, dass die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH im Auftrag des Bundes der deutschen Pflanzenzüchter von den Bäuerinnen und Bauern alle Informationen über angebaute und nachgebaute Sorten einfordert. Da die Nachbaugebühren alle Bäuerinnen und Bauern betreffen und der Unmut über die Dreistigkeit der Treuhand GmbH bei der Informationsbeschaffung groß war, wuchs die Gemeinschaft schnell. Mit der finanziellen Unterstützung von 1000 Bäuerinnen und Bauern, quer durch alle Anbauverbände, konventionell genauso wie biologisch, konnten Anwälte und Gerichtskosten gezahlt werden, um nicht nur politisch, sondern vor allem gerichtlich dagegen vorzugehen. Während die Landgerichtsprozesse erst mal verloren wurden, konnten auf Bundes- und EU-Ebene enorme Erfolge erzielt werden. So wurden acht von zehn Prozesse am Bundesgerichtshof in Karlsruhe und vier Prozesse am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gewonnen.

Ein 11-köpfiger Sprecherrat aus den verschiedenen Bundesländern und die IG Nachbau sind weiter aktiv, weil der Bund der Deutschen Pflanzenzüchter die Ausforschung und die Gebührenabzockerei bei den Landwirten noch nicht aufgegeben hat.

Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Das bundesweite Netzwerk entstand aus dem Protest gegen agrarindustrielle Großanlagen in West- und Ostdeutschland, z.B. gegen den Stallneubau einer 10.000er Sauenanlage in Alt Tellin (Mecklenburg-Vorpommern). Eckhard Niemann, der auch schon viel zu diesem Thema für die Bauernstimme geschrieben hatte, organisierte die Vernetzung unter der AbL, Mitgliedern aller großen Tierschutzorganisationen und anderen Bürgerinitiativen, die sich an den Orten gründen, an denen solche industriellen Mastanlagen geplant sind. Durch das Bündnis werden die Probleme aus vielen verschiedenen Blickwinkeln gesehen, aus bäuerlicher Sicht ebenso wie aus den Interessen der Anwohner_innen und des Tierschutzes heraus.

Dieser Vorteil erschwert die Arbeit allerdings auch erheblich, da gerade die bäuerlichen Interessen mit denen der Tierschutzverbände manchmal nicht so leicht zu vereinbaren sind. Nach dem Erfolg, dass mittlerweile alle Parteien Tierschutzpläne haben und das Problem der industriellen Tierhaltung erkennen, wollen die großen Tierschutzorganisationen nun die Fleischindustrie, Großbauern und Konzerne mit in das Bündnis holen. Dafür verhandeln sie über ein Tierwohllabel, das gewisse Standards in der Tierhaltung festlegen soll. Die AbL allerdings meint, dass es dieses Label mit Neuland schon lange gibt und fraglich ist, was tatsächlich bei den Bäuerinnen und Bauern ankommt und was nur Marketing der großen Unternehmen mit dem Ziel der Umsatzsteigerung ist.

Die bäuerliche Notgemeinschaft

Schon seit über 30 Jahren wehrt sich die bäuerliche Notgemeinschaft gegen die Atomindustrie und das Atommülllager in Gorleben. Dabei sind sie Teil eines großen Protestes. Die verschiedenen Aktionen, vom Laternenumzug der Grundschüler_innen in Hitzacker über die Demonstrationen, Spaziergänge und Blockadeaktionen sind nur möglich, weil der Protest von den Menschen in der Region unterstützt wird. Dabei sind gerade bei Blockadeaktionen nur wenige Menschen in der Öffentlichkeit, aber hinter ihnen steht eine Gruppe, ohne die die Aktion nicht möglich wäre. Auch hier gibt es Reibungspunkte zwischen den verschiedenen Initiativen. Aber auch innerhalb der einzelnen Gruppen kommt es zu Konflikten, besonders in Bezug auf die Akzeptanz oder sogar Unterstützung verschiedener Aktionsformen. Gerade Autonome, die zum Protest anreisen, werden von einigen Leuten nicht gerne gesehen.

Die bäuerliche Notgemeinschaft hat sich von solchen Spaltungsversuchen nie anstecken lassen. Sie sagt, der breite Widerstand ist nur möglich, wenn jeder Mensch akzeptiert wird und die Menschen der unterschiedlichen Gruppen vernünftig miteinander umgehen.

Ein neues Bündnis entsteht

Im zweiten Teil des Workshops wurde als Planspiel ein neues Aktionsbündnis geplant. Als Thema wurde „Agrarfabriken verhindern“ gewählt.

Zuerst wird lebhaft diskutiert, wie ein erfolgreiches Bündnis gegen die Vergrößerung eines Milchviehbetriebes auf 1200 Kühe organisiert werden kann. Dabei stellt sich heraus, dass es wichtig ist, sich über die Fakten zu informieren und alle Beteiligten in den Prozess mit einzubeziehen. Die Beteiligten sind natürlich nicht nur die Dorfbewohner_innen, die sich gegen die erhöhte Lärm- oder Geruchsbelästigung wehren wollen und die (ortsansässigen) Tierschützer_innen, die das Tierwohl in so großen Ställen gefährdet sehen. Auch die Bauern und Bäuerinnen der umliegenden Höfe wollen keinen erhöhten Konkurrenzkampf und den Preisdruck, der durch solche Großanlagen mit ihrer Rationalisierung der Produktion entsteht. Allerdings sind sie meist verhalten, was das Engagement in einer Bürgerinitiative angeht, da sie einerseits der betroffenen Betriebsleiterin oder dem Betriebsleiter im sozialen Dorfgefüge verbunden sind und andererseits vielleicht selbst irgendwann vergrößern müssen.

Dabei ist es besonders wichtig, die Bäuerinnen und Bauern von Anfang an mit einzubeziehen, da sie Expert_innen sind. Wenn gleich zu Beginn der Kontakt zu der Betriebsleiterin oder dem Betriebsleiter gesucht wird, können nicht nur Befürchtungen entkräftet werden. Bei einer respektierenden Gesprächskultur können auch Kompromisse und vielleicht sogar eine Lösung gefunden werden, die für alle annehmbar ist.

Fazit

Um etwas zu erreichen, sind Bündnisse wichtig, da die verschiedenen Gruppen und Organisationen als Multiplikatoren eine viel größere Menschenmenge mobilisieren können, sodass die Wirkung auf die Politik erhöht wird. Außerdem erweitert die Diskussion in den Bündnissen den eigenen Horizont und auch andere Ansichten werden nachvollziehbar. Gerade durch die Verschiedenheit der Organisationen und Gruppen in interdisziplinären Bündnissen können mehr Menschen erreicht werden.

Im Bündnis kann ein viel breiteres Spektrum an Aktionsformen abgedeckt werden und

durch die Aufgabenverteilung und gegenseitige Informationsweitergabe können vorhandene Ressourcen besser genutzt werden.

Wichtig ist, dass die Bündnispartner_innen nach ihren gemeinsamen Zielen suchen und sich darauf einigen, was sie gemeinsam tragen können. Konflikte sind manchmal unausweichlich, aber gerade dann ist es von Bedeutung, dass die einzelnen Meinungen gehört und toleriert werden und man sich auf Kompromisse oder den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt. Das gemeinsame Ziel sollte immer im Vordergrund stehen. Wenn die Bündnispartner_innen nicht zusammenhalten, sondern einen Kleinkrieg führen, verbraucht das unnötig viel Kraft und setzt die Glaubwürdigkeit herab.

Bei Bündnissen, die aus größeren Organisationen oder Verbänden bestehen, ist es sinnvoll, einen Sprecherrat oder Ausschuß zur Planung zu haben. Aber letztendlich sind es die einzelnen Mitglieder, die das Bündnis tragen und deren Meinung bei Entscheidungen ausschlaggebend sein sollte.

Das Wichtigste ist, sich nicht unterkriegen zu lassen. Wenn die Resonanz der Medien ausbleibt, weniger Menschen zu Demonstrationen kommen oder allgemein das öffentliche Interesse nachlässt, dann sollen die Bündnispartner_innen herausfinden, woran das liegt, die gemeinsamen Ziele klarer formulieren und mit neuen Ideen weiter machen.

Workshop textlich bearbeitet durch D. Kratz

Witzenhausen – eine (R)evolution von unten

Workshop mit Holger Mittelstraß

Im Workshop stellte Holger Mittelstraß zuerst die Entwicklung des Fachbereichs „Ökologische Agrarwissenschaften“ vor. Anschließend berichteten die ehemals hochschulpolitisch aktiven Studierenden Eberhard Kölsch, Susanne Dlugowski und Nicola Jathe aus drei Zeitabschnitten, die für die Ökologisierung des Studiums und des Fachbereichs eine wichtige Rolle spielten:

die Einführung der Professur für Methoden des alternativen Landbaus 1981,

die Einführung des Studienschwerpunktes ökologischer Landbau 1993

und die Einführung der Projektwochen Ökologie 2005.

Jeweils im Anschluss wurden im Workshop die Bedingungen für den Erfolg der studentischen Initiativen herausgearbeitet. Diese wurden zum Abschluss miteinander verglichen.

1971 wurde die Gesamthochschule Kassel (ab 2002 Universität Kassel genannt) gegründet und die bestehende Max-Eythsschule und die Ingenieurschule für Tropenlandwirtschaft in die neue Hochschule integriert. Die junge reformorientierte Universität zog von Beginn an viele an neuen Lehrformen und Umweltfragen aufgeschlossene Lehrende und Studierende an.

Zuerst als Ergänzung zum Diplomstudiengang Agrarwirtschaft gedacht, wurde 1973 ein Ergänzungsstudium ökologische Umweltsicherung eingerichtet. Dieses war eines der ersten universitären Umweltstudienangebote in Deutschland.

Die Studierenden forderten schon Mitte der 70er Jahre, dass auch eine eigene Professur zur Erforschung von Methoden des Biolandbaus eingerichtet und das Agrarstudium ökologisiert wird. Im Fachbereich war der überwiegende Anteil der Hochschul-lehrer_innen nicht von der Notwendigkeit überzeugt. Eine Ausstellung „Grün kaputt“ an der Universität fand große Beachtung. Zusammen mit zwei inhaltlich aufgeschlossenen Professoren wurde ein Werkstattgespräch in Witzenhausen zum Biolandbau mit bundesweiten Vertretern aus Hochschulen veranstaltet. Der damalige Präsident der Gesamthochschule, Prof. Dr. Ulrich von Weizsäcker, setzte sich dagegen aktiv für eine eigenständige Professur ein und stellte dem Fachbereich eine zusätzliche Professur mit Ausstattung zur Verfügung. Der Präsident traf sich mehrfach direkt mit studentischen Vertretern. 1981 nahm die europaweit erste Professur für „Methoden des alternativen Landbaus“, ab 1989 ökologischer Landbau genannt, ihre Tätigkeit auf. Wahlfächer zum Biolandbau wurden im Studium angeboten.

Bereits 1983 gab es neue studentische Forderungen zur Einrichtung eines eigenen Studienschwerpunktes für ökologischen Landbau im damaligen Diplomstudiengang Agrarwirtschaft. Die Genehmigung wurde seitens des Hessischen Wissenschaftsministeriums an die Besetzung einer zusätzlichen Professur geknüpft. Dieser Forderung konnte aufgrund interner Auseinandersetzungen um die weitere Fachbereichsentwicklung und um das Thema ökologischer Landbau lange nicht entsprochen werden.

Zusammen mit interessierten Hochschullehrenden entwickelte der „Studentische Arbeitskreis Ökologischer Landbau“ (AG SPÖL) ab 1990 ein ganzheitliches, interdisziplinäres Lehr- und Lernkonzept für diesen Studienschwerpunkt, das als Lernziele nicht nur



Holger Mittelstraß, MSc

Geb. 1963 in Karlsruhe, 4 Kinder. 1987 absolvierte er seine landwirtschaftliche Gehilfenprüfung. Den Studiengang Agrarwirtschaft der Uni Kassel beendete er 1991 mit Diplomabschluss. Hiernach folgte 1998 ein Magisterabschluss (MSc) im Ergänzungsstudium Internationale Berufspädagogik an der Universität Kassel. Seit 1992 ist er Studienkoordinator, Praktikumsreferent und Geschäftsführer der Prüfungsausschüsse am Fachbereich „Ökologische Agrarwissenschaften“ der Universität Kassel/Witzenhausen, Lehrtätigkeiten im Bereich Permakultur, Veranstaltungsmanagement und Kommunikation. Von 1995 bis 1999 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Modellversuchs im Hochschulbereich ökologischer Landbau, Universität Kassel.

die Aneignung von Fachwissen vorsah, sondern insbesondere auch den impliziten Erwerb von beruflichen Schlüsselqualifikationen. Mit dem Fachbereich Landschaftsplanung der Gesamthochschule und mit der privaten Universität Witten-Herdecke fand ein fruchtbarer Austausch über Studienreformaßnahmen statt. Drei studentisch organisierte Probeläufe mit Unterstützung von Lehrenden wurden 1991 und 1992 durchgeführt. Die Stelle eines Studienkoordinators für den Schwerpunkt wurde 1992 geschaffen. Die Studierenden gründeten 1992 auch einen eigenen Verein zur Förderung der Lehre im ökologischen Landbau (Löla), um selbst aktiv um Spenden für studentische Projekte, Exkursionen und Gastreferenten anfragen zu können.

Erst durch Einwerbung von Drittmitteln und Besetzung der ersten Stiftungsprofessur am Fachbereich, Nutztierethologie und artgemäße Nutztierhaltung, konnte der Studienschwerpunkt ökologischer Landbau 1993 seinen offiziellen Lehrbetrieb aufnehmen.

1994 stellte die hessische Agrarstrukturkommission aufgrund des bundesweiten Rückgangs der Studiennachfrage und zweier hessischer Agrarfakultäten die universitäre Agrarbildung in Witzenhausen grundsätzlich in Frage. Durch Fokussierung von Forschung und Lehre auf ökologische Landwirtschaft und Erhalt einer internationalen Orientierung konnte die Agrarbildung mit dem zweistufigen Diplomstudiengang ökologische Landwirtschaft 1996 fortgesetzt werden.

In dieser für den Fachbereich schwierigen Zeit war es günstig, dass von 1995 bis 1999 von vier Fachgebieten ein Modellversuch im Bildungswesen "Ökologischer Landbau" durchgeführt wurde, der zuerst den Schwerpunkt ökologischer Landbau und dann auch den ganzen Fachbereich mit den Arbeitsschwerpunkten Arbeitsmarkt/Berufsfeld, Curriculum/Didaktik und Organisationsentwicklung wissenschaftlich begleitete und die weitere Entwicklung in der Lehre am Fachbereich maßgeblich prägte.

Aufgrund des Generationswechsels konnte der Fachbereich zwischen 1997 und 2010 15 Professuren und zwei weitere innovative Stiftungsprofessuren (ökologische Lebensmittelqualität und Ernährungskultur sowie biologisch-dynamische

Landwirtschaft) unter dem Profil ökologische Landwirtschaft besetzen. 1999 erarbeitete sich der Fachbereich ein gemeinsames ökologisch geprägtes Leitbild. Eine neue sehr aktive studentische Gruppe bildete sich mit dem Namen WOW – Witzenhausen ortsnah und weltweit. Der Fachbereich benannte sich 2002 um in „Ökologische Agrarwissenschaften“.

Die Modularisierung und Einführung des European Credit Transfer Systems wurde 2001 zuerst im Diplomstudiengang ökologische Landwirtschaft umgesetzt. Der SPÖL-Studienkoordinator wurde für den gesamten Studiengang zuständig.

2002 wurde der erste englischsprachige und modularisierte Masterstudiengang „International Ecological Agriculture“ (ab 2005 International Organic Agriculture genannt) mit Abschluss Master of Science extern akkreditiert und begonnen.

Der Diplomstudiengang wurde 2005 in den modularisierten Bachelor- und Masterstudiengang ökologische Landwirtschaft überführt. Aufgrund der studentischen Unzufriedenheit mit dem vorlesungslastigen Grundstudium im Bachelorstudiengang, beschäftigte sich die studentische AG WOW intensiv mit der Studieneingangsphase. Angeregt durch die Einführungsphase an der Universität Freiburg entwickelte sie ein Konzept für eine projektorientierte Studieneinführung. Im Austausch mit dem Dekanat wurde dieses 2005 überarbeitet und in Absprache mit den betroffenen Lehrenden in das Modul Ökologie und Einführung in Agrarsysteme integriert. Bereits zum Wintersemester 2005 konnte das Bachelorstudium mit drei intensiven Projektwochen Ökologie beginnen.

Vergleicht man die drei durchaus unterschiedlichen ökologischen Studienreforminitiativen, so stellen sich folgende Bedingungen und Maßnahmen als günstig für eine erfolgreiche Durchsetzung heraus:

- Eine studentische Gruppe arbeitet über einen längeren Zeitraum intensiv zusammen.
- Aufgeschlossene Lehrende und Verwaltungspersonal werden als Unterstützer_innen gewonnen.
- Es erfolgt eine Suche und Austausch mit vergleichbaren Initiativen an anderen Fachbereichen oder Hochschulen bzw. es werden vor Ort Tagungen mit externen Experten veranstaltet.
- Von anfänglichen Widerständen darf man sich nicht abschrecken lassen. Eine sachliche Argumentation und Auseinandersetzung kann Meinungen beeinflussen.
- Gut vorbereitete und erfolgreiche Probeläufe ermöglichen die dauerhafte Einführung.

Workshop textlich bearbeitet durch H. Mittelstraß

Braune in der ökologischen Landwirtschaft

Workshop mit Johannes Melchert M.A.

Der Workshop „Braune in der ökologischen Landwirtschaft“ hatte zum Ziel, den Vortrag vom Vormittag „Gefahr von rechts - Braune in der Ökologiebewegung“ zu vertiefen und stärker die landwirtschaftlichen Ambitionen von Rechten und Rechtsextremen zu untersuchen. Nachdem durch eine kurze Vorstellungsrunde die Teilnehmer_innen dargestellt hatten, was sie vom Workshop erwarteten, bearbeiteten sie gemeinsam mit dem Referenten verschiedene Texte aus dem rechten Kontext. Klar wurde, dass im Zentrum aktueller wissenschaftlicher und journalistischer Betrachtungen der rechtsextremen Szene stärker die Kameradschaften, die Musikszene, die NPD oder die Gewaltbereitschaft der Szene stehen. Warum ist es nun für einen Standort wie Witzenhausen interessant, sich mit dem Thema Rechtsextremismus in der ökologischen Landwirtschaft zu beschäftigen? Landwirtschaft wird im ländlichen Raum betrieben und prägt diesen strukturell und landschaftlich. Mehrheiten der NPD bei Wahlen entstanden vor allem im ländlichen Raum.

Landwirtschaft und Naturschutz (Punkt 14 im aktuellen Bamberger Parteiprogramm der NPD)

Liest man das aktuelle Parteiprogramm der NPD, werden Umweltbewegte bei vielen Aussagen ihre Zustimmung signalisieren können. Doch hinter den oft allgemein gehaltenen Formulierungen stehen strategische Interessen und ideologische Aussagen. Im Workshop wurden Deutungen vorgeschlagen, die sich hinter den Aussagen verbergen.

„Der Mensch ist Teil der Natur. Deshalb ist Natur nicht einfach nur „Umwelt“ des Menschen.“ (NPD 2010). An dieser Aussage zeigt sich die lange Tradition der Rechten, das christliche Weltbild abzulehnen. Sie glauben, dass der Mensch, wenn er Teil der Natur ist, den Gesetzmäßigkeiten der Natur unterliegt. Für gewisse Teile der Natur gibt es nach rechter Ideologie einen angestammten Lebensraum, an dem diese bleiben sollen. Weiterhin soll der Mensch sich die Natur nicht untertan machen, worin sich das nichtchristliche Weltbild darstellt. Im germanischen Verständnis von Natur gilt der Mensch als in die Natur eingebunden, nicht ihr übergeordnet. Dieser Satz zeigt also eine vordergründige Anschlussfähigkeit auf, in der hintergründig ein bestimmtes Weltbild mitschwingt.

„Eine verfehlte Wirtschaftspolitik ließ Ökonomie und Ökologie in einen unnötigen Gegensatz geraten. Etablierte Parteien und wirtschaftliche Interessengruppen tragen Verantwortung für radikale Landschaftsveränderungen, überzogene Industrieprojekte und falsche Förderpolitik zuungunsten ländlicher Räume.“ (NPD 2010)

Hier zeigt sich die Ablehnung der BRD (in Form von etablierten Parteien), von denen man glaubt, sie würden sich an Deutschland bereichern wollen. Wohingegen man im rechten Spektrum „Deutschland“ hervorhebt. Kritisiert werden muss hier die NPD, die sich mit einem Alter von 50 Jahren auch als eine etablierte Partei bezeichnen lassen muss. Der Hinweis auf die falsche Förderpolitik bezieht sich auf die Hauptzielgruppe der NPD - strukturschwache Räume.

„Die deutsche Landwirtschaft muß wieder den Stellenwert eines zentralen Wirtschaftszweigs bekommen. Dabei gilt es, mit landwirtschaftlichen Produkten weitestgehend nationale Selbstversorgung anzustreben.“

Dies ist früher unter dem Begriff Autarkie zusammengefasst worden. Aus dem Plenum kamen hierzu die Anmerkungen, dass in der Ökobewegung oft über regionale Selbstversorgung diskutiert wird. Wie Region definiert wird, ist dabei oft unklar, meist jedoch hört der Begriff an der Staatsgrenze auf. Als Beispiel wurden Tomaten aus Holland genannt, die manchmal viel dichter an unserer Region produziert wurden, als Tomaten aus entfernteren Teilen Deutschlands. Im Plenum wurde klar, dass der Begriff national in diesem Zusammenhang als inakzeptabel gilt und spätestens hier klar werden sollte, in welchem gedanklichen Kontext die Verfasser_innen des vorliegenden Parteiprogramms stehen. Als Selbstkritik wurde jedoch beschrieben, dass bei einer Umschreibung des Begriffs „national“ (z.B. mit der Idee, Transportwege verkürzen zu wollen), die Zustimmung aus dem Plenum leichter erfolgen könnte. Mittlerweile scheinen viele Menschen zu denken, dass regionale Produkte automatisch besser sind, weil sie aus der Nähe kommen und Produkte aus entfernteren Regionen schlechter. Dabei scheinen ökologische und ökonomische Gründe in den Hintergrund zu rücken. Die Teilnehmenden des Workshops fanden, der Begriff Region sollte neu und über Staatsgrenzen hinaus definiert werden. Bei der NPD nennt sich dieses Thema raumbezogene Volkswirtschaft. Dahinter steht die Angst, dass uns andere Völker mit ihren Produkten krank machen könnten. So wird der Slogan „Regional ist erste Wahl“ nicht nur von Bioläden, sondern auch von der NPD genutzt.

Gentechnik

„Jegliches natürliche Leben darf weder als Ganzes noch in Teilen privatisiert oder der Allgemeinheit vorenthalten werden.“ (NPD 2010)

Dieser Satz bezieht sich unter anderem auf die Kritik daran, dass Saatgut sich in der Hand von Konzernen befindet. In rechten Kreisen wird Individualismus stark abgelehnt. So gilt, dass jeder Mensch zur Gruppe gehört und sich der Allgemeinheit bzw. dem Volk nicht entziehen darf. Hier stellt sich die Frage, ob es um den Schutz des Natürlichen oder um die Bewahrung des Völkischen geht. Grundsätzlich stellt sich die NPD in Folge dieser Individualismuskritik gegen jegliche Monopolisierung.

Tier- und Pflanzenschutz

„Tiere sind keine Wegwerfware, sondern Lebewesen mit Empfindungen. Deshalb sind Tierversuche nur bei äußerster Notwendigkeit, für medizinische Zwecke, in begrenzter Zahl zu gestatten. Die industrielle Massentierhaltung ist abzulehnen. Die kleinteilige bäuerliche Landwirtschaft ist dagegen zu fördern.“ (NPD 2010)

Dieser Absatz beschreibt die intensiv gepflegte, so genannte „Deutsche Agrarromantik“ der NPD. Weiterhin basiert das obere Zitat auf der großen Angst der Rechten vor Brüssel bzw. der EU, welche in die deutsche Souveränität eingreift. Die massiven Agrarsubventionen der EU geben Großkonzernen den Vorrang und erhalten nicht den deutschen Bauernstand. Ziel ist es, mehr Menschen aus den Städten zurück in den ländlichen Raum zu bringen, wie das Zitat aus einem Gespräch mit Raimund Borrmann (damals Sprecher für Umwelt, Kultur und Heimatschutz in der ersten NPD-Fraktion in MV) zeigt: „Wir haben eine riesige Arbeitslosigkeit und es zeigt sich, dass die Nachfrage

nach biologischen Lebensmitteln gar nicht gedeckt ist. Also warum nicht eine Landwirtschaft betreiben, in der Menschen wieder mehr beschäftigt werden, in der intensive, auch die menschliche Arbeitskraft wieder eine Rolle spielt, aber in der ich gesunde Nahrungsmittel habe“.

„Tierquälerei - wie beispielsweise das kulturfremde Schächten - ist ein Verbrechen und strafrechtlich streng zu ahnden.“ (NPD 2010) Zu diesem Satz ist wohl nichts hinzuzufügen.

Abschließend kann man sagen, das Parteiprogramm ist in weiten Teilen anschlussfähig. Gefragt nach den Überschneidungen mit dem Ökolandbau erwiderte das Plenum, dass nur das kulturfremde Schächten heraussticht und ansonsten Übereinstimmung mit zentralen Forderungen der ökologischen Landwirtschaft herrscht.

Der Ordnungsruf

Der Ordnungsruf ist entstanden, als die NPD in den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern eingezogen ist. Die Abgeordneten haben regelmäßig Ordnungsrufe erhalten, da sie sich nicht an die Geschäftsordnung gehalten haben. Daraufhin nannten sie das regelmäßig durch ihre Landtagsfraktion veröffentlichte Informationspapier „Der Ordnungsruf“ mit dem Untertitel „Hier sprechen wir“. Als Headliner der ersten Ausgabe schaffte es das Thema „Genfraß - Nein Danke!“. Interessant sind hierbei die am Ende des Artikels aufgestellten Forderungen

- „Wir fordern ein umfassendes Verbot von gentechnisch veränderten Organismen!“
- „Wir fordern eine Förderung von gentechnisch freien Regionalmarken erst dann, wenn diese sich dem ökologischen Landbau verpflichtet haben und ihre Lebensmittel nicht etwa mit Pestiziden, Wachstumshormonen oder Antibiotika behandeln!“ (NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: 2007)

Dabei wurde aus dem Plenum angemerkt, dass der Begriff „umfassend“ aus der ersten Forderung auch andere Formen der Gentechnik, wie z.B. aus dem medizinischen Bereich betrifft. Im Rückschluss auf ihr Parteiprogramm wird erwähnt, dass die Forderung nach einem gentechnikfreien Deutschland (vgl. NPD 2010) auf das nationalsozialistische Weltbild schließen lässt. Sinnvoller, weil fachlich korrekt, wäre es, sich weltweit gegen grüne Gentechnik zu engagieren. Im Parteiprogramm von 1973 bezog man sich zumindest noch auf eine gemeinsame europäische Lösung. Da mittlerweile jedoch die EU (s.o.) abgelehnt wird, wäre eine solche Forderung heute nicht mehr tragfähig: „Die Bundesregierung ist zu verpflichten, im Rahmen der europäischen Gemeinschaft und mit allen übrigen Nachbarn, auf eine einheitliche Regelung und Handhabung des Natur- und Umweltschutzes in ganz Europa nachdrücklich hinzuarbeiten. Bei allen Maßnahmen zum Natur- und Umweltschutz muss die Haftung des Verursachers durchgesetzt werden.“

Diskussion

Melchert: Kann man dazu raten, nicht bei Bio-Bauern mit rechtem Hintergrund zu kaufen oder ist das nicht genauso verwerflich, wie zu sagen, kauft nicht bei den Juden?

Teilnehmer: Es ist ein Unterschied, ob ich jemanden ausschließe, weil er einer bestimmten

Volksgruppe angehört, die sich aus rassistischen Gedanken herleitet oder ob ich jemanden ausschließe, weil mir die politische Anschauung, die ein Produzent vertritt, nicht gefällt.

Teilnehmerin: Für mich stellt sich gar nicht die Frage, wie sich jeder einzelne von uns verhält, sondern wie die Biobranche reagiert? Denken die Leute, die Bio kaufen, das ist gentechnikfrei, das ist regional und das ist weltoffen oder denken sie, das ist gentechnikfrei, das ist regional und heimatverbunden? Kaufen nicht Bio-Konsumenten ein bestimmtes Weltbild mit ein? Ich finde, es ist der Großhandel und die Branche gefragt und nicht der einzelne Konsument.

Teilnehmer: In deinem Vortrag kam die Frage auf, was man machen kann oder wie man aktiv werden kann. Als Antwort wurde gesagt, die Verbände sollten darauf achten, wen sie aufnehmen.

Teilnehmer: Ist es nicht auch ein Problem der Verbände, wenn Rechte sich so mit ihnen identifizieren können, dass sie sich für einen Verband bewerben? Haben die Bioverbände da nicht verpasst, klar öffentlich Stellung zu beziehen?

Melchert: Bioland hat vor kurzem klar Stellung bezogen und die Satzung dementsprechend verändert, weil sie das als verbandsschädigend betrachten. Damit haben sie die Möglichkeit, Neubewerbern den Eintritt in den Verband zu verhindern und andererseits bestehende Verbandsmitglieder auszuschließen.

Fazit

Der Workshop hat durch die gezielte Textarbeit einerseits Überraschung hervorgerufen, da viele der Teilnehmer_innen sich mit den Forderungen aus dem rechten Spektrum identifizieren konnten. Andererseits zeigte sich auch ein Erschrecken und eine klare Ablehnung bezüglich der Begründungen für diese Forderungen und aus den während der Diskussion berichteten persönlichen Erfahrungen mit rechten Bio-Landwirten.

Die Teilnehmer_innen des Workshops forderten eine klare Distanzierung von jeglichem rechten Gedankengut, egal ob diese Personen im Handwerk, in Banken oder in der Biobranche arbeiten. Als erste mögliche Schritte, die in Witzenhausen durch Studierende gegangen werden können, nannte man die Möglichkeit eine Gruppe zu gründen, die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit leistet, eine Positionierung der Öko-Verbände fordert und Redebeiträge bei Demos vorbereitet.

Workshop textlich bearbeitet durch M.-J. Schmidt und T. Fibinger

Literatur:

Jurisch, Stephan (2011): Rückkehr - Die Artamanenbewegung als Beispiel alternativer Lebensgestaltung. Available Online. "<http://www.mupinfo.de/?p=11918>" <http://www.mupinfo.de/?p=11918>> (06.01.13)

NPD (2010): Landwirtschaft und Naturschutz. Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der NPD. Available Online. "<http://www.npd.de/html/1/artikel/detail/1699/>" (30.11.12)

NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern (2007): Genfraß - Nein Danke!. Der Ordnungsruf. Available Online. "http://www.npd-fraktion-mv.de/components/com_pdf/pdf/pdfartikel110.pdf"

Politik & Landwirtschaft
Welche Ideale hat die Ökologische Landwirtschaft heute?
Podiumsdiskussion mit:



Dr. Birgit Wilhelm
[Moderation]

Studierte von 1990 bis 1995 Agrarwissenschaften an der Fachhochschule Weihe-Stephan mit Abschluss Diplom Agrar-ingenieurin (FH). Danach arbeitete sie zwei Jahre in einem GTZ Projekt „Förderung der Tierzucht im Atacora“ in Benin (Westafrika). Von 1999 bis 2007 war sie Referentin in der internationalen Abteilung von Naturland e.V. 2007 bis 2010 promovierte sie an der Universität Kassel, im Fachgebiet Agrartechnik „konservierende Bodenbearbeitung im Ökolandbau“, mit einer abschließenden Dissertation im August 2010. Seit 2011 ist sie Referentin für nachhaltige Landwirtschaft und Ressourcenschutz, beim WWF Deutschland.



Phillip Brändle

1984 in Stuttgart geboren. Nach der Schule absolvierte er eine Ausbildung zum Landwirt und arbeitete anschließend ein knappes Jahr als landwirtschaftlicher Betriebsshelfer. Aktuell studiert er Ökologische Agrarwissenschaften an der Universität Kassel/Witzenhausen. Nebenher engagiert er sich bei den „Witzenhäuser Agrar-Studierenden, Landwirten und Gärtnern für eine gentechnikfreie Landwirtschaft“ sowie bei der „jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (jAbL).



Dipl. Ing. agr. Hans-Jürgen Müller

55 Jahre alt. Seit 1984 Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Betriebes „Gut Fahrenbach“ im Rahmen einer Betriebsgemeinschaft (mit einer Landwirtin und einem weiteren Landwirt). 1984 Umstellung auf ökologischen Landbau.

Erweiterung der Betriebsfläche von 53 ha (1984) auf 200 ha (2012). Betriebsschwerpunkte: Mutterkuhhaltung zur Rindfleischherzeugung und Getreideanbau mit intensiver Direktvermarktung in beiden Bereichen. Ausbildung von Lehrlingen und Praktikanten. Demonstrationsbetrieb für Ökologischen Landbau (Bundesprogramm Ökologischer Landbau). Seit 2012 Sprecher der Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen (VÖL). Seit 2006 Mitglied im Präsidium des Bioland e.v.



Prof. Dr. Anna Maria Häring

Dr. Anna Maria Häring ist seit 2004 Professorin für „Politik und Märkte in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“ und Leiterin des Bachelorstudiengangs „Ökolandbau und Vermarktung“ an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (FH) Eberswalde. Dort engagiert sie sich u.a. für eine intensive Vernetzung der Lehre und Forschung mit der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft. Ihre Promotion fertigte Anna Häring an der Universität Hohenheim zur Wirkung agrarpolitischer Maßnahmen auf ökologische Milch- und Ackerbaubetriebe in verschiedenen europäischen Ländern an. Während dieser Zeit arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an Publikationen mit dem Schwerpunkt „Politik für den Ökologischen Landbau“ mit. Anna Häring studierte an der Universität Hohenheim und der Ohio State University, USA. Nach einem Forschungsaufenthalt am Centro Internacional de Agricultura Tropical, Kolumbien arbeitete sie an einem Bodenschutzprojekt der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mit.



Dr. Jörn Sanders

Jg. 1974, hat an der University of Wales promoviert und zehn Jahre in der Schweiz am Forschungsinstitut für biologischen Landbau gearbeitet; zuvor Studium der Wissenschaftlichen Politik und VWL in Freiburg (DE) und der ökologischen Landwirtschaft in Witzenhausen (DE), Aberystwyth (UK), Kopenhagen (DK) und Viterbo (IT). Seit 2007 arbeitet er am Thünen-Institut für Betriebswirtschaft in Braunschweig, an dem er das Arbeitsgebiet „Ökonomik des Ökologischen Landbaus“ leitet und die Bundesregierung zu agrarpolitischen Themen berät. In den letzten zehn Jahren war Jörn Sanders an verschiedenen Forschungs- und Beratungsvorhaben beteiligt, die sich mit der Agrarpolitik im Allgemeinen und der Förderung und Wirtschaftlichkeit des ökologischen Landbaus in Europa im Besonderen beschäftigt haben.



Josef Jacobi

Geboren 1945 in Körbecke bei Warburg. Nach dem Gymnasium Ausbildung zum staatl. geprüften Landwirt. Seit der Übernahme des elterlichen Hofes (1972) Ausbildung zahlreicher Praktikanten und Lehrlinge. Weitere Stationen: Landesjugendarbeit, Jugendzentrumsbewegung, Umweltgruppenarbeit, Mitarbeit „Bauernblatt“. Gründung der AbL und von 1986-1996 deren Bundesvorsitzender. 1995 Vorsitzender einer Milcherzeugungsgemeinschaft. 1996 Gründung der Biomolkerei „Upländer Bauernmolkerei“ und deren Vorsitzender. 2001 Gründung und Aufsichtsratsvorsitzender der „Bio-Bauern-Beteiligungs AG“, (zur Finanzierung von Projekten im Biobereich) 2002 Einrichtung eines ökologischen Informationszentrums und Gründung einer Landchaftsstation.

Politik & Landwirtschaft

Welche Ideale hat die Ökologische Landwirtschaft heute?

B. Wilhelm: Ich möchte zunächst jeden hier auf dem Podium bitten, kurz seinen Standpunkt klar zu machen. Wie sehen Sie den Ökolandbau? Was sind die Ideale von heute? Wo geht's hin? Was hat der Ökolandbau vielleicht schon aus derjenigen Sicht erreicht? Was soll er noch erreichen?

J. Sanders: Ich denke, dass eine Ökologisierung der Landwirtschaft wichtig ist. Daran wird kein Weg vorbei gehen, weil wir in der Landwirtschaft Probleme haben und eine stärkere Ökologisierung eine angemessene Lösungsstrategie darstellt. Allerdings kann der Ökologische Landbau als eine Art Lösungspaket verstanden werden, während die konventionelle Landwirtschaft sich einige Ökologisierungsaspekte daraus nehmen und sich so flexibel auf unterschiedliche Situationen anpassen kann. Und ich kann mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, dass der Ökolandbau das Konzept ist für 100 % der Landwirtschaft, für alle möglichen Situationen und alle agrarpolitischen Ziele und Probleme. Eine Herausforderung für die Zukunft, die der Ökolandbau angehen sollte, ist, seine Authentizität und Glaubwürdigkeit beizubehalten und zu überlegen, was er eigentlich will. Der Ökolandbau sollte dabei den Mut zur Lücke haben und auch sagen: „Auf dieses Problem haben wir keine Antwort“. Man sieht immer wieder in den Medien diese Diskussion über „Billig-Bio“ und „Böses Bio“ und Bio ist doch nicht das, was der Konsument erwartet. Da kommt viel Arbeit auf uns zu.

J. Jacobi: Ich glaube, dass wir auch im ökologischen Landbau Grenzen brauchen. Ich habe nichts gegen Großbetriebe, aber Tiere, Boden und Menschen müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Der Mensch muss genug Zeit haben, um sich um die Tiere auch kümmern zu können. Darüber, finde ich, müssen wir uns in Zukunft viel mehr Gedanken machen. Natürlich ist für mich Ökolandbau so elementar wichtig, dass ich meine, ökologische Lebensmittel für alle ist schon ein Ziel. Ich möchte nicht, dass nur eine kleine vermögende Minderheit sich biologisch ernähren kann, sondern ich finde, dass es insgesamt im konventionellen Landbau so viele negative Auswirkungen gibt, dass wir da etwas dagegen setzen müssen. Für mich ist Ökolandbau die Alternative.

Da müssen wir uns im ökologischen Landbau Gedanken machen, was unsere Grundsätze sind. Wir brauchen flächendeckend mehr Leguminosen, daher brauchen wir auch in der Agrarpolitik Vorgaben, dass die Fruchtfolge nicht einseitig gestaltet werden darf. Und da müssen wir halt einfach eine Richtung einschlagen, die dazu führt, dass wir uns selbst versorgen können, was ja eine Grundlage des Ökolandbaus ist.

Wir brauchen Kreislaufwirtschaft in der Form, dass wir selber Eiweißfuttermittel herstellen und nicht von überall her aus der Welt das billige Futtermittel zusammen karren und möglichst billig unsere Tiere ernähren. Daneben müssen wir einen eigenen Markt aufbauen, damit wir unsere Produkte auch entsprechend loswerden. Dazu müssen wir die Verbraucher aufklären und selbst hinter unseren Produkten stehen. Dafür brauchen wir aber die Bereitschaft der Verbraucher, für Lebensmittel entsprechend zu zahlen. Ich meine, dass Öko die Zukunft ist, weil es gut für die Kulturlandschaft, die Tiere, die Artenvielfalt und den Menschen ist. Und ich glaube, dass wir Biobauern nicht die Letzten von

gestern, sondern die Ersten von morgen sind.

P. Brändle: Ich bin fest davon überzeugt, dass der Ökolandbau die einzig zukunftsfähige Wirtschaftsweise ist und ich bin auch davon überzeugt, dass es weltweit 100 % Ökolandbau braucht. Ich glaube, dass der Ökolandbau die besten Antworten hat auf zukünftige Herausforderungen, die an die Landwirtschaft gestellt werden, wie beispielsweise Fragen nach Klimawandel, Ressourcenknappheit und Biodiversität. Ich bin auch davon überzeugt, dass die meisten Menschen, die in der Biobewegung aktiv sind, ihren ursprünglichen Idealen treu sind. Es geht aber eben auch darum, überbetriebliche Strukturen ökologisch zu gestalten. Wir alle wissen, dass Bio boomt. Wie gehen wir als Biobewegung mit dieser gesteigerten Nachfrage um? Die gängige Antwort ist: Wir brauchen Wachstum, wir müssen möglichst schnell diese Nachfrage bedienen. Die große Gefahr, die ich darin sehe ist, dass sich die Biobranche und die Biobewegung den gängigen Marktmechanismen unterwirft und ihnen bedingungslos hinterherläuft. Die Folge dieser Entwicklung ist in meinen Augen eine industrialisierte Biobewegung und dadurch industrialisierte Biobetriebe mit hohem Input von außen und geringem Bedarf an Arbeitskräften. Wo soll es also hingehen? Ich glaube, dass wir eigene Wirtschaftsprozesse entwickeln müssen. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist für mich die CSA (Community Supported Agriculture), die es erstmalig schafft, den Gedanken des geschlossenen Betriebskreislaufes kreativ in die Vermarktung mit einzubringen und Verbraucher_innen in den Kreislaufprozess mit einzubinden. Zusammenfassend heißt es für mich, dass die Biobewegung aufpassen sollte, den Gedanken, den unsere Pioniere mal hatten, nämlich aus den Marktzwängen der Landwirtschaft auszubrechen, zu bewahren. Und ich glaube, dass der Kampf der Zukunft ist, dass wir ökologische und bäuerliche Betriebe bewahren und uns nicht der industrialisierten Marktwirtschaft hingeben.

A. Häring: Ich wurde im Vorfeld gebeten, zur Situation der Forschung für den Ökolandbau Stellung zu nehmen. Meiner Einschätzung nach, die auf mehrere aktuelle Studien zum Thema beruht, werden die speziellen Bedürfnisse der Forschung für den Ökolandbau von der Politik nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Ein großes Problem dabei ist die mangelnde Grundsicherung und die Art der Forschungsförderung. In der Regel sind die Förderzeiträume zu kurz, um langfristige Fragestellungen zu beantworten. Auch arbeitet die Wissenschaft im Ökolandbau oft inter- und transdisziplinär und versucht, sehr praxisnah und problemlösungsorientiert zu arbeiten, was sehr aufwendig ist. Also wäre eine stärkere Berücksichtigung dieser Aspekte dringend notwendig, um fundierte Ergebnisse mit einem deutlichen Nutzen für den Ökolandbau zu ermöglichen. Meine Wahrnehmung ist in dem Zusammenhang auch, dass die Kommunikation der Erfolge der Forschung zum Ökolandbau zu kurz kommt. Es gibt sehr gute Forschungsarbeiten zum ökologischen Landbau, aber die Forschergemeinde kommuniziert diese nicht selbstbewusst genug an die Politik. Wie soll die Politik dann auf die speziellen Belange des Ökolandbaus aufmerksam werden bzw. Forschung zum Ökolandbau als förderwürdig einschätzen?

Nicht zuletzt noch einige Gedanken zur Lehre: Mir ist in der Lehre wichtig, den Studierenden den Spagat zwischen problemorientierter und trotzdem wissenschaftlich fundierter Lehre und Forschung zu vermitteln und aufzuzeigen, dass es möglich ist.

H. Müller: In der Politik wird der Ökolandbau oft als Randerscheinung abgetan, z.B. fließen in Hessen große Teile der Gelder aus der 2. Säule in die Investitionsförderung. Dabei werden maßgeblich konventionelle, sehr große Betriebe gefördert. Das heißt, man erwirkt mit dieser Investitionsförderung nur, dass die großen noch größer werden, dass an den Stellen, wo wir sowieso schon eine Überproduktion haben, noch weiter aufgestockt wird, dass kleinere Betriebe noch schneller aufgeben. Das ist vor allem der erfolgreichen Lobby des Hessischen Bauernverbandes zu verdanken. Warum ist die Lobby für den Ökolandbau nicht genauso erfolgreich?

Ist der Grund vielleicht, dass die Ökoanbauverbände neben ihren politischen Idealen, der Lobbyarbeit, auch noch ihr Warenzeichen vertreten müssen?

Ein anderes Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Diskussion um die großen Tierhaltungsbetriebe, die es auch im Biobereich gibt und die jetzt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt sind. Und zwar als Negativbeispiel. Für mich hat das nichts mehr mit den Idealen der ökologischen Landwirtschaft zu tun und es ist nötig, sich von solchen Betrieben zu trennen. Wie kommt man dazu, dass die noch dabei sind?

Meist haben die ja auch als kleinere Betriebe angefangen, und es ist immer sehr schwierig, sich von Betrieben wieder zu trennen, die einmal dabei sind, ihnen dann zu sagen „Ab jetzt passt du nicht mehr zu uns“. Da ist es dann eben sehr wichtig, dass man frühzeitig seine Ideale formuliert. Die Ökoverbände haben z.B. ihre Tierhaltungsrichtlinien erst entwickelt, als die Nachfrage nach Bioprodukten gestiegen ist und man machte sich dabei sehr viele Gedanken über den Markt. Mein Eindruck damals war, dass die Richtlinien für die Legehennenhaltung unter der Prämisse entwickelt wurden, dass das Bio-Ei damals nicht mehr als 30 Pfennig kosten durfte. Es war nicht an dem Tierwohl orientiert. Das ist eine Falle, in die man nicht geraten darf. Wir hätten uns damals schon deutlicher von diesen Strukturen abgrenzen müssen.

B. Wilhelm: Kann es sein, dass sich die Verbände auch durch innere Reibereien von der Lobbyarbeit abhalten?

J. Jacobi: Aus Sicht der Bauern kann ich nur sagen, dass diese Reibereien unter den Verbänden sehr unbefriedigend sind. Ich setze mich seit Jahren dafür ein, dass man zumindest Bioland, Naturland und Gää zu einem Verband zusammenfasst. Es würde in der Öffentlichkeit positiver dastehen, wenn man mit einer Stimme sprechen würde und die Verbraucher würden nicht mehr durch so viele Siegel verwirrt werden. Das ist dringend notwendig.

B. Wilhelm: Herr Brändle, wie sollen wir 100 % Ökolandbau erreichen, wenn wir kein Wachstum im Ökolandbau haben.

P. Brändle: Ich stell mich ja nicht auf den Standpunkt, dass ich sage, wir brauche überhaupt kein Wachstum, sondern wir dürfen nicht aufgrund des Wachstumsgedankens alle Ideale, die wir haben, über Bord schmeißen. Wir müssen eigene Konzepte entwickeln, wie wir auf dem Markt agieren und eigene Märkte schaffen. Ich habe das Gefühl, dass dieser Wachstumsgedanke immer vorangestellt wird. Ich glaube, dass wir auch gerade in den sogenannten Entwicklungsländern anfangen müssen, ökologische Landwirtschaft zu betreiben und aufpassen müssen, dass dort keine Industrialisierungsprozesse

eintreten, weil wir dort Wissenstransfer brauchen und keine Agrarfabriken.

B. Wilhelm: Herr Sanders, zu diesem Punkt, wir brauchen Wachstum, da haben Sie sich ja auch sehr differenziert geäußert. Vielleicht können Sie da nochmal etwas zu sagen.

J. Sanders: Es macht keinen Sinn, immer davon auszugehen „Öko ist super“. Z.B. der Beitrag des ökologischen Landbaus zum Klimaschutz ist in der Wissenschaft hoch umstritten. Öko ist in der Tat in vielen Dingen ein Ansatz, der meiner Ansicht nach die richtige Strategie verfolgt, aber eine kritische Einstellung finde ich sehr wichtig.

Wenn wir von Wachstum sprechen, dann tun wir dies auf der Grundlage der EU-Ökoverordnung. Diese stellt aber in meinen Augen eine Art Kompromiss dar, weil man versucht hat, viele Dinge unter einen Hut zu bringen. Man hat beispielsweise gesagt, man möchte gerne, dass der Ökolandbau auf europäischer Ebene durch den Markt vorangetrieben wird. Und je größer man die Herden mit Legehennen macht, desto günstiger ist das Ei, desto eher kann man den Konsumenten erreichen, desto eher wird man den Biomarkt voranbringen. Man kann sicherlich viel mit einer verbesserten Konsumentinformation erreichen, aber auch das wird Grenzen haben. Ich denke, es ist illusorisch, dass alle Menschen es wichtig finden, qualitativ hochwertige Lebensmittel zu kaufen.

B. Wilhelm: Herr Müller, ist es der richtige Weg, die Richtlinien noch mehr zu verschärfen, um den Ökolandbau vor den Betrieben, die man nicht haben wollte, zu schützen?

H. Müller: Es kann nicht sein, dass man eine Legehennenverordnung oder die Richtlinien für die Legehennen so konstruiert, dass das Ei einen bestimmten Preis haben muss, damit irgendwelche Verbraucher das noch kaufen. Das kann für mich niemals Ziel sein, sondern das muss sich an dem Tierwohl orientieren. Und wenn Untersuchungen sagen, dass sich die Tiere ab einer bestimmten Herdengröße nicht mehr wohlfühlen, dann ist das die Obergrenze. Wenn die Menschen nicht bereit sind, etwas mehr dafür zu bezahlen, dann sollen sie es bleiben lassen.

J. Jacobi: Diese riesige Massentierhaltung hat zu dem massiven Bauernsterben geführt. Da müssen wir dagegen halten. Auf einem solchen Ökomarkt muss man zwar mehr für ein Ei ausgeben, aber wenn man den Menschen das entsprechend klar macht, dann sind sie auch bereit dazu.

A. Häring: Ich denke, die Herausforderung ist es, die Glaubwürdigkeit in ökologischer Prozessqualität zu erhalten. Aber ich wehre mich gegen eine Pauschalisierung bzw. Gegenüberstellung von Groß- und Kleinbetrieben. Da schwingt sicherlich mit, dass ich durch meine Tätigkeit in Ostdeutschland mit vergleichsweise flächenstarken Betrieben intensiv zusammenarbeite. Unter diesen Betrieben sind sehr gute Betriebe, die in keiner der angesprochenen Faktoren kleineren Betrieben nachstehen. Die Herausforderung liegt darin, wissenschaftlich fundierte Modelle zu entwickeln, die, egal in welcher Größenordnung, erlauben, um bei dem Beispiel der Legehennenhaltung zu bleiben, Legehennen artgerecht zu halten. Wenn also gewisse Rahmenbedingungen eingehalten werden, können diese Systeme o.k. sein und dem Konsumenten aufrichtig kommuniziert werden.

B. Wilhelm: Das war die Auftaktrunde. Ich würde jetzt gerne das Publikum mit einbeziehen. Was sind ihre Fragen?

Teilnehmer: Vor allen Dingen frage ich mich in diesem Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit und den Skandalen: Wo sind die Veterinäre? Und wer kann mir beantworten, warum die Veterinäre keine Strafanzeige erstatten und die Fälle an die Öffentlichkeit bringen müssen, wenn sie Missstände entdecken? Man könnte außerdem ohne Weiteres die Glaubwürdigkeit in der Tierzucht erhöhen, indem man zum Beispiel Kameras in den Ställen installiert und die Bilder ins Internet stellt.

Teilnehmer: Wie können wir mit dem Wachstum weitermachen? Das spricht ja im Kern eine ökonomische Frage an. Und wissenschaftlich ist mir diese Frage noch nicht ausreichend beantwortet. Ein Motiv der Studierenden war ja, dass sie gesagt haben „Halt, sind das denn noch die richtigen Theorien und Methoden, die wir lernen? Oder brauchen wir nicht andere Methoden und Theorien, auch gerade aus der Agrarökonomie?“

Teilnehmer: Kann man sich nicht wenigstens darauf verständigen, gewisse Bestandsobergrenzen einzuführen, die vielleicht auch an das Personal gebunden sind, oder könnte man eine Steuer ab einer bestimmten Bestandsgröße einführen?

B. Wilhelm: In zwei Punkten wurde die Wissenschaft direkt angesprochen, vielleicht fangen wir auch damit an.

A. Häring: Zunächst zur Frage der Methoden, die ist einfacher zu klären. Methoden dienen dazu, Sachverhalte transparent zu machen, zu beschreiben und zu objektivieren. Insofern kann eine wissenschaftlich fundierte und korrekt angewendete Methode nur zur allgemeinen Erhellung beitragen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Bei den Theorien könnte man tagelang diskutieren. Hier liegt der Teufel im Detail in der fundierten Kenntnis der diskutierten Methoden. Was mich teilweise an den häufig geführten Diskussionen stört, ist der Mangel an Differenzierung. Wachstum muss nicht notwendigerweise schlecht sein, sofern gewisse Normen, Regelungen und Werte beachtet werden. Dazu kann und sollte die Gesellschaft oder die Branche einen Diskurs führen. Welche Werte sollte und kann der Ökolandbau vertreten. Dabei ist die Kernfrage weniger „Was muss die Gesellschaft, die Politik, also möglichst abstrakte Dritte, tun? Sondern was können wir im Einzelnen, wir als Bürger und Bürgerinnen, wir als Konsumenten und Konsumentinnen oder, in meinem Fall, ich als Wissenschaftlerin und Lehrerin tun, um entsprechend dazu beizutragen.“

B. Wilhelm: Wenn man den Ökolandbau untersucht und man konzentriert sich auf ein bestimmtes Detail, dann kann man herausfinden, ob der Ökolandbau in dem Punkt besser oder schlechter ist, aber man lässt dabei die anderen Punkte komplett außer Acht. Damit ist eine Methode an sich natürlich schon in gewisser Weise objektiv, aber wie sie dann kommuniziert und angewandt wird, ist sie ganz klar zielorientiert. Kann man das so sagen?

M. Häring: Natürlich ist es auch eine Frage der Methoden. Ich greife einen Aspekt heraus und treffe eine Aussage zu einem Aspekt - „der ist besser oder schlechter zu bewerten“. Es ist eine Möglichkeit, fundiert zu argumentieren. Um das nochmal mit Blick auf die Lehre und die Studierenden als Fragen zu formulieren: Welche Argumente zählen in der Gesellschaft? Wie kann ich diese Argumente weiter verbreiten? Wie kommuniziere ich professionell?

B. Wilhelm: Herr Sanders, wie muss Wachstum aussehen? Oder wie soll es aussehen?

P. Brändle: Ich möchte gern die Frage nochmal ergänzen. Sie sagen, dass einerseits eine Ökologisierung wichtig ist, andererseits 100 % Ökolandbau aber auch nicht das Ding ist, was sich durchsetzen sollte. Meine Frage ist: Was schwebt Ihnen denn vor? Was ist die Landwirtschaft, die Sie anstreben und was halten Sie für die Zukunft für sinnvoll?

J. Sanders: Das Lustige ist ja in der Tat, dass es immer heißt, je mehr Öko desto besser. Das ist die Logik, in die man verfallen ist, mehr Umsatz, mehr Fläche usw. Wir haben als Grundlage die EU-Öko-Verordnung, die festlegt, was Öko ist und was nicht. Wenn wir das noch weiter differenzieren könnten, dann könnten wir natürlich auch qualitatives Wachstum operationalisieren und entsprechende Unterschiede deutlich machen und thematisieren. Die Wissenschaft ist sich weitgehend einig, dass der Ökolandbau in bestimmten Zielbereichen sehr gut und in anderen weniger gut ist. Aber unter dem Strich ist er besser als eine andere Alternative, dann muss aber berücksichtigt werden, dass man unterschiedlichen Zielen eine jeweilige Priorität beimessen muss. Dann sind wir bei einer normativen Diskussion, ob z.B. Vogelschutz oder Klimaschutz, nachhaltige Energieproduktion oder Tierschutz wichtiger ist. Das wiederum macht es dann sehr schwierig. Und in Bezug auf die GAP-Reform ist es so, dass das Geld mit der Gießkanne verteilt wird, wir aber auf der anderen Seite bestimmte agrarpolitische Ziele haben. Hier könnten klare Ziele definiert und die Gelder dann entsprechend zugeordnet werden.

J. Jacobi: Als Bauer bin ich natürlich auf Wachstum angewiesen. Wachstum ist das, wovon ich lebe. Ich gehe aufs Feld und es ist eine der schönsten Aufgaben zu sehen, wie das Getreide wächst, die Bullen wachsen oder die Schweine zulegen. Deshalb ist Wachstum grundsätzlich nichts Schlechtes, aber man muss sich über die Grenzen Gedanken machen. Und bei Herdengrößen finde ich schon, dass es da Grenzen gibt. Ich habe 1972 einen Betrieb mit 45 ha übernommen, heute haben wir 130 ha. Damals waren 2 Menschen dort beschäftigt und heute sind es 6 Personen. Man muss die Arbeit für den Menschen erleichtern und dadurch qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Dann denke ich, kommen wir eine ganze Ecke weiter.

B. Wilhelm: Eine Frage war noch im Bezug auf Veterinäre oder Tierärzte und Kameras in den Ställen. Wie macht es die Upländer Bauernmolkerei? Ist das ein wichtiger Punkt oder sagen Sie „wo kommen wir da hin, wenn Tag und Nacht Überwachung auf dem Bauernhof stattfindet? Das wäre dann ja wie Big Brother ist watching you“?

J. Jacobi: Wir haben jetzt keine Kameras in unseren Ställen. Aber ich denke, da muss

man phantasievoll mit umgehen. Wenn in diese Ställe, die im Fernsehen zu sehen waren, vorher Menschen hätten Einblick nehmen können, dann wären die nicht so geblieben. Die Betriebe hätten nichts mehr verkaufen können. Deshalb ist Transparenz sehr wichtig. Wenn man einfach die Stalltür aufmacht und mit den Menschen redet, dann haben sie auch Verständnis dafür, dass ein Ei 40 Cent kosten muss.

Teilnehmer: Ich möchte auch gerne als Landwirt etwas dazu sagen. Transparenz ist extrem wichtig auf den Betrieben, aber ich warne davor, irgendwo Kameras hinzuhängen und zu denken, das sei ein System, das zu mehr Lebensmittelsicherheit führt. Wenn ein Bauer 36 Hühnerställe hat, meinen Sie, ein Verbraucher guckt alle diese Ställe durch, bevor er ein Ei kauft? Und woher wissen Sie, dass die Kamera bei mir alle Ställe zeigt? Ich kann Ihnen ja einen Vorzeigestall zeigen.

Teilnehmer: Ein Bestandteil dessen, warum konventionelle Landwirtschaft heute so funktioniert, wie sie funktioniert ist, dass viele Dinge für die Verbraucher unsichtbar gemacht werden. Das fängt damit an, dass die Schlachtung in große Schlachtunternehmen ausgelagert wird und Privatpersonen keine Ställe mehr betreten dürfen. Das Positive glaube ich ist, dass der Ökolandbau das Ziel hat, dichter an die Menschen zu kommen, die Ökoprodukte kaufen.

Teilnehmer: Sie hatten ja gesagt, dass man mit wenig Input mehr Output haben kann. Wir machen einen Prozess also effizienter, aber was am Ende passiert, ist dass wir z.B. einen sehr großen und sehr effizienten Sojaanbau haben, aber wozu benutzen wir das? Um in den reichen Ländern die Tiere zu füttern. Und im Endeffekt bauen wir mehr und mehr Soja an und machen alle sozialen Strukturen dort kaputt, machen die Umwelt kaputt und das nicht nur in den armen Ländern, sondern auch hier in Europa. Und diese ganze Entwicklung basiert auf dem Wachstum und dem Kapitalismus in der Landwirtschaft.

Teilnehmer: Soll, und das hat man hier zu Recht thematisiert, die gesamte Landwirtschaft unter die EU-Öko-Verordnung passen? Dann müssten wir mit den Richtlinien einen ganz anderen Weg gehen. Welche Rolle nimmt der ökologische Landbau in der Form als Verbandsbio dann noch ein? Wird er seine Avantgarde-Rolle weiterhin einnehmen, indem er seine Verordnungen höher schraubt? Und wie offen sind die Verbände gegenüber einer Ökologisierung der restlichen Landwirtschaft, die in allen möglichen anderen Formen dann auch mehr macht?

Teilnehmer: Es ist ja immer das Problem, dass alles möglichst billig sein muss. Irgendwo auf der Welt findet man immer die Rahmenbedingungen dafür, dass es billiger wird. Wie kommen wir davon weg? Welche politischen Rahmenbedingungen braucht es? Wo muss einfach noch mehr getan werden und wo weniger?

B. Wilhelm: O.K., das ist, glaube ich, auch eine ganz große Anforderung an unsere Schlussrunde. Jeder kann diese Punkte nochmal aufgreifen und noch konkreter werden. Fangen wir doch mit Ihnen an, Herr Sanders.

J. Sanders: Ich denke, es ist wichtig, dass der Ökolandbau sich weiter ausbreitet und dass die Politik hier eindeutige Konzepte vorlegt. Ich finde, wir als Wissenschaftler haben hierzu viele Vorstöße gemacht und aufgezeigt, wie man ein kohärentes Maßnahmenbündel zusammenschneiden müsste, um Impulse zu setzen. Ich würde mir wünschen, dass das Verbandsbio weiterhin eine Vorreiterrolle übernimmt und thematisiert, wie man den ökologischen Landbau weiterentwickeln kann und dass das in der Tat auch eine Ausstrahlung auf die Ökoverordnung, wie sie in Brüssel gemacht wird, oder auch auf die konventionelle Landwirtschaft hat. Dass eben auch diese erkennen, dass bestimmte Konzepte eigentlich sehr sinnvoll sind und dass sie auch in der konventionellen Landwirtschaft Verbreitung finden.

B. Wilhelm: Jetzt haben Sie wieder gesagt 100 % EU-Ökolandbau geht doch. Vorhin haben Sie aber gesagt, Mainstream soll nicht der Ökolandbau sein. Zumindest habe ich das so verstanden.

J. Sanders: Ich denke, dass der Ökolandbau jetzt schon ein Glaubwürdigkeitsproblem hat. Teilweise sind es Regelverstöße, d.h. es ist gar nicht Öko, aber es ist auch vieles im Rahmen der bestehenden Ökoverordnung möglich. Ich denke, für die Zukunft stellt sich die grundsätzliche Frage, will man bei den Prinzipien und Überlegungen, die der Ökolandbau hat, bleiben? Und dann hab ich ein Fragezeichen dahinter gesetzt, ob das wirklich ein Konzept ist, was für die ganze Landwirtschaft in Deutschland und auch in Europa möglich ist. Ich denke, wenn wir z.B. 20 % erreichen, das wäre schon mal ein sehr großer Schritt. Ansonsten finde ich es wichtig, dass die Landwirtschaft insgesamt ökologisiert wird.

B. Wilhelm: Ja, da ist der Unterschied ganz klar herausgearbeitet. Wenn man die EU-Regelungen als Grundlage des Ökolandbaus sieht, sagen Sie, es wäre durchaus möglich. Aber wenn man darüber hinaus die Prinzipien und Werte zu Grunde legt, die eine Ökolandbaubewegung festlegt, dann stellen Sie das in Frage, denn diese Werte werden nicht überall gleich gewertet.

Teilnehmer: Was mich seit Jahrzehnten nervt, ist die Debatte, ob man den Ökolandbau nicht fördern sollte, damit die Preise sinken. Ich finde, man muss von dem Prinzip Abstand nehmen, die konventionelle Landwirtschaft ständig indirekt zu finanzieren. Durch die Internalisierung externalisierter Kosten würden konventionelle Preise steigen und dann stellte sich die Frage gar nicht mehr, ob wir den Ökolandbau so subventionieren müssen, dass die Preise dort sinken. Da wird einfach das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt. Das erfordert aber Mut und dieser Mut fehlt uns.

B. Wilhelm: Da würde ich gerne Herrn Müller fragen. Sie haben auch schon die Subventionen angesprochen. Das ist ein wichtiges Thema für die Lobbyarbeit, aber was wollen wir tatsächlich lobbyieren?

H. Müller: Der letzte Kommentar deckt sich ganz mit meiner Meinung. 100 % Ökolandbau können wir nur darüber erreichen, dass wir der Gesellschaft klar machen, was sie eigentlich für den konventionellen Landbau und die dort entstehenden Folgekosten

bezahlt. Letztendlich ist es unsere Aufgabe, der Gesellschaft klar zu machen, was ein „weiter so wie bisher“ im konventionellen Landbau für die Umwelt, das Klima, ihr persönliches Leben und für ihre Gesundheit bedeutet. Und das wäre auch Ihre Aufgabe in der Beratung der Bundesregierung, Herr Sanders. Noch ein Beispiel: Im Beratungskuratorium für das gartenbauliche und landwirtschaftliche Beratungswesen hat mal jemand die Frage gestellt, ob angesichts dieser Evaluierungen, dass die Förderungen für die Investitionsförderungen bei den Wachstumsbetrieben landen, also bei denen, die die Investition auch ohne Förderung getätigt hätten, ob das überhaupt sinnvoll wäre, weiter so zu verfahren. Und außer mir und einem weiteren Vertreter haben alle anderen mit JA geantwortet. Das müssen wir so weitermachen. Und das ist perfekter Lobbyismus des hessischen Bauernverbandes. Das Geld landet letztendlich bei den Betrieben, die den Lobbyismus finanzieren. Es ist kein Zufall, dass der Präsident des hessischen Bauernverbandes auch gleichzeitig der größte Milchviehhalter in Hessen mit über 400 Milchkühen ist. Genau dort müssen wir irgendwie ansetzen.

B. Wilhelm: Dann sind die Wähler gefragt, die Entscheidungsträger zu wählen, die Entscheidungen treffen, die man selber auch für gut hält. Herr Brändle, gehen Sie bitte auf die Frage ein, wohin es gehen soll. Wie stellen Sie sich das vor? Was fordern Sie?

P. Brändle: Es ist auf keinen Fall so, dass ich die konventionelle Landwirtschaft per se schlecht mache. Wenn es eine bäuerliche Landwirtschaft ist, dann kann ich auf jeden Fall dahinterstehen. Wir von der AbL haben ja konkrete Forderungen erarbeitet, die in dieser Konferenz schon angesprochen wurden. Aber ich möchte nochmal einen Punkt ansprechen, der mir in der Diskussion wichtig geworden ist. Sowohl Herr Sanders als auch Frau Häring haben sich immer wieder auf den Standpunkt gestellt, dass die Wissenschaft im Vordergrund stehen muss. Frau Häring hat gesagt, dass Wissenschaft immer Entscheidungsgrundlage sein muss und man immer mit Fakten und objektiven Informationen umgehen muss. Ich habe insofern ein Problem damit, dass ich das Gefühl habe, dass die Wissenschaft die Multifunktionalität der Landwirtschaft im Ganzen gar nicht erfassen kann. Z.B. wenn es um die Diskussion in der Agrogentechnik geht, dass dann irgendwelche Molekularbiologen kommen, die sich diese kleinen Zellen anschauen und mir sagen, diese Agrogentechnik ist doch für die Landwirtschaft genau das Richtige. Aber dieser Mensch kann sich überhaupt kein Urteil darüber bilden, wie ein landwirtschaftliches System aufgebaut ist und das sollte er auch gar nicht machen. Wenn eine Sache wie z.B. der Weltagrarbericht, der ja als innovative Methode versucht hat, die Gesamtheit und Komplexität der Landwirtschaft zusammenzufassen, von der Bundesregierung nicht ratifiziert wird, dann müssen die Wissenschaftler aufstehen und sagen, das ist ein super Projekt - Bundesregierung erkennt das an! Das ist eine neue Methode und ich glaube, diese neuen Methoden brauchen wir dringend.

A. Häring: Meiner Einschätzung nach bauen viele dieser Diskussionen auf Missverständnissen auf, z.B. Missverständnis dessen, was Wissenschaft ist. Wissenschaft schafft Wissen. Zu behaupten, dass die Wissenschaft sich selektiv einzelne Teilaspekte herausgreift, ist eben nur teilweise der Fall. Da würde ich mir wünschen, dass auch wissenschaftlich fundiert durchgeführte eher ganzheitliche Ansätze zur Kenntnis genommen werden. Nicht nur von der Politik, sondern von allen, die mit

diskutieren.

Ähnliches gilt für den Begriff des „Wachstums“. Es kann auch qualitatives Wachstum geben. Darauf hat ja Jörn Sanders schon hingewiesen. Der Schlüssel ist dabei wie der Sektor Wachstum definiert. Dabei geht es auch darum, wie diese Werte kommuniziert werden, wie politische Prozesse gesteuert werden oder wie ein Wertewandel in der Gesellschaft erreicht werden kann. Was kann jede/r Einzelne dazu beitragen? Daran schließt sich ein Aufruf an alle, die daran mitwirken wollen: zuhören, andere Standpunkte verstehen lernen und dann entscheiden, wer für welche Aufgabe bzw. welches Anliegen adressiert werden muss oder kann.

J. Jacobi: Nochmal kurz zu den Kameras: Ich will natürlich auch keine totale Überwachung, nicht dass da etwas Falsches aufkommt.

Ich wollte noch darauf hinweisen, welche Auswirkungen Wachstum hat, wenn es so abläuft, wie es gerade läuft. Bei uns im Dorf gibt es seit letztem Jahr eine Biogasanlage und einen Hähnchenstall mit 160.000, also vier mal 40.000 Hähnchen. Das hat Auswirkungen auch auf die Umgebungsluft, die Böden, usw. Es wurde ja vorhin auch gesagt, dass man in einer größeren Herde billiger produzieren kann. Wenn also die hier bei uns im Dorf produzieren, dann können andere nicht mehr produzieren, denn bei den Preisen kann kein anderer mehr konkurrenzfähig anbieten. Das ist ein Wachstum, was ich auf keinen Fall will.

Vorhin kam die Frage auf - Bezahlung oder Förderung? Ich als Bauer möchte eine Bezahlung meiner Arbeit über die Preise haben. Die Preise müssten die ökologische und ökonomische Wahrheit sagen. Da müssen wir hinkommen und wir müssen dort Auflagen machen, wo die Produktion zerstörerisch auf Umwelt, Menschen oder Tiere wirkt – sowohl im konventionellen als auch im ökologischen Bereich.

Ein positives Beispiel ist die Upländer Bauernmolkerei. Wir haben als Erste mit fairen Preisen angefangen, haben zehn Cent pro Liter Milch mehr bezahlt und das auf die Tüte drauf geschrieben und erstaunlicherweise haben wir eine Absatzsteigerung von 25 % gehabt. Das heißt eine Umkehrung allen Denkens. Dadurch, dass wir mehr Geld für ein Produkt genommen haben, haben wir mehr verkaufen können.

Und als letzten Punkt, was mich richtig froh macht und mir Mut gibt, ist, dass gerade von Witzenhausen aus sich die jAbL gegründet hat. Jetzt gibt es auf einmal junge Leute, die auf die Straße gehen, etwas machen, mit den Menschen reden und Veranstaltungen machen. Das gibt mir wirklich Hoffnung. Und Hoffnung gibt mir auch, dass so eine Bewegung wie in Berlin jetzt am 19.01.2013 zum dritten Mal sagt, „Wir haben es satt“. Dass 22.000 Menschen für eine andere Landwirtschaft, für gesunde Lebensmittel und für tierartgerechte Haltung auf die Straße gehen.

B. Wilhelm: Danke für dieses Schlusswort. Anmerken möchte ich nur noch, dass der Erfolg des Ökolandbaus auch daran zu sehen ist, dass man eigentlich die notwendige Ökologisierung der Landwirtschaft nicht mehr in Frage stellt, sondern dass darüber diskutiert wird, wie das aussehen muss. Und wir alle sind gefordert das zu gestalten und das nehme ich als ganz großen Erfolg der ökologischen Landwirtschaft wahr. Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme, fürs Zuhören und fürs dabei sein.

Diskussion textlich bearbeitet durch D. Kratz und E. Karpe

Danke!

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die diese Konferenz durch ihre Unterstützung ermöglicht haben.

Kooperationspartner_innen :
Evangelische Jugend in ländlichen Räumen
Heinrich Böll Stiftung

Unterstützer_innen:
Bioland e.V.
Demeter e.V.
Gesellschaft für Nachhaltige Entwicklung mbH
Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Mahle Stiftung
Naturland e.V.
Stoll Vita Stiftung
World in Balance

Sachspender_innen:
Bauckhof
Neumarkter Lammsbräu
Naturata
Rapunzel
Voelkel
Yogi Tea
Zwergenwiese

Ganz besonders danken wir Holger Mittelstraß sowie Andrea Fink-Keßler und Karin Jürgens für die gute Betreuung unseres Projektes, Ansgar Hinse für die Koordination des Cafes und das leckere Essen, Ansgar Bergau für die Unterstützung bei der Technik, dem Team vom LÖLA e.V. und allen anderen, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen.

Evaluation der 20. Witzenhäuser Konferenz von 2012

Die 20. Witzenhäuser Konferenz unter dem Thema „Natürlich Bunt – Das politische Spektrum der ökologischen Landwirtschaft“ wurde von 135 Personen besucht. 97 der Teilnehmer hatten eine Wochenkarte erworben. Die restlichen 38 Personen hatten eine Tageskarte. Von den 135 Teilnehmern haben 49 einen Evaluationsbogen ausgefüllt. Davon waren 26 Personen weiblich, 18 männlich und 5 haben keine Angaben zu ihrem Geschlecht gemacht.

80 % der Personen, die einen Fragebogen ausgefüllt haben, waren Studenten der Universität Witzenhäuser. 9 Personen kamen von außerhalb.

Aus den Kommentaren der Teilnehmer konnte man erkennen, dass ein Großteil der Teilnehmenden mit der Wahl des Themas sehr zufrieden war. Gewünscht hätten sich aber einige mehr kontroverse Positionen hauptsächlich in der Podiumsdiskussion, aber auch in den Vorträgen. Auch fehlte vielen mehr Zeit für Diskussionen, wogegen die Workshops kürzer hätten sein können.

Die Themenvorschläge für die nächste Konferenz waren sehr unterschiedlich und reichten von der ökologischen Tierhaltung und Tierschutz über Ökonomie und Naturschutz bis hin zur Ausbildung in der ökologischen Landwirtschaft.

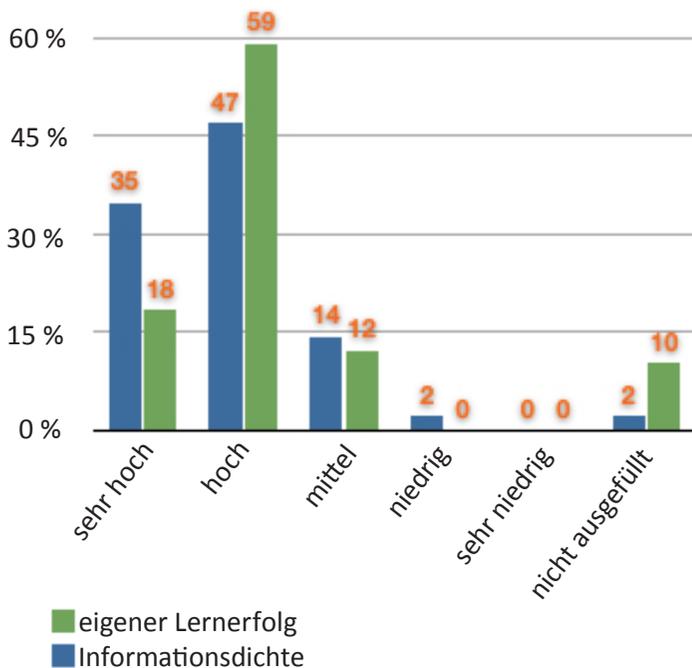


Abb. 3: Eigener Lernerfolg und Informationsdichte; n=49

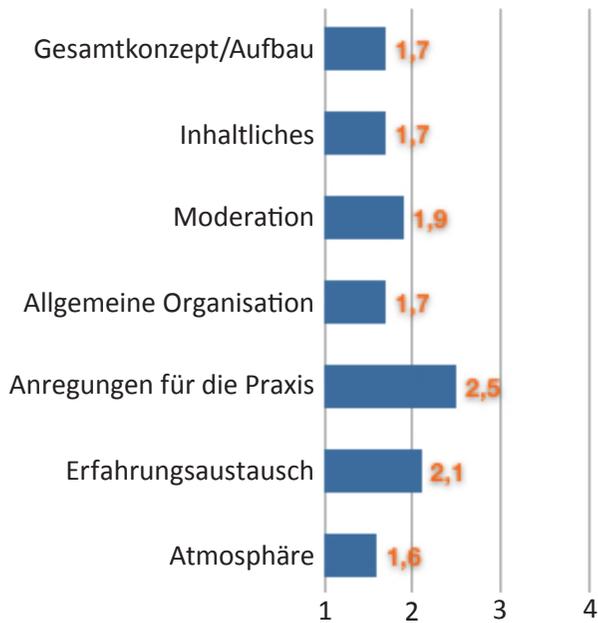


Abb. 4: Bewertung der Organisation; n=49
Mittelwert; 1=sehr gut, 5=sehr schlecht

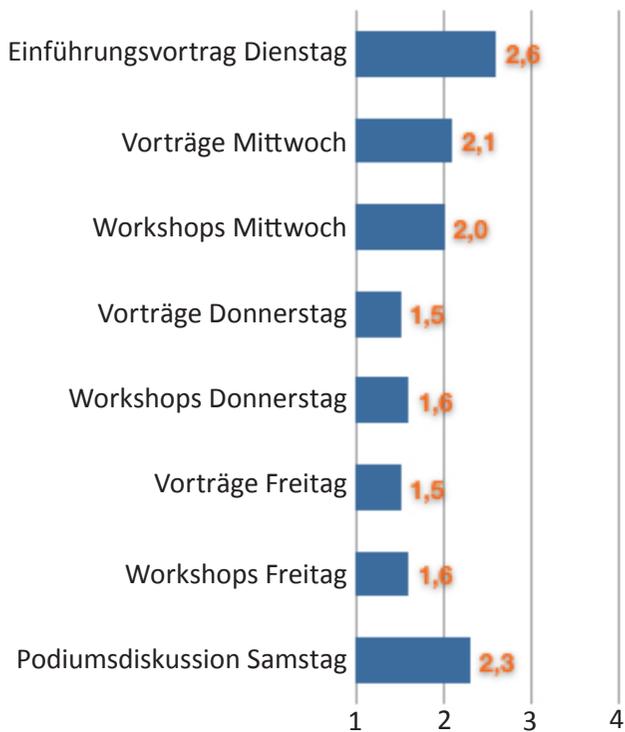


Abb. 5: Bewertung der einzelnen Veranstaltungsteile; n=49
Mittelwert; 1=sehr gut, 5=sehr schlecht

Die ökologische Landwirtschaft ist in jeder Hinsicht hoch politisch, von ihren Ursprüngen zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis hin zu den aktuellen Tendenzen.

Aber was geschieht hinter den Kulissen der großen Politik? Und welche Ziele und Ideale verkörpert der Ökolandbau heute?

ISBN 978-3-86219-470-4

www.konferenz-witzenhausen.de

